Die Ligapolitik des Bamberger Fürstbischofs Johann Gottfried von Aschhausen in den Jahren 1609—1617.

Inaugural-Dissertation

verfaßt und der hohen philosophischen Fakultät der Kgl. Bayer. Julius-Maximilians-Universität Würzburg zur Erlangung der Doktorwürde

vorgelegt am 13. Januar 1914

von

Johann Setterl
aus Hof i. B.

Bamberg 1915.

Druck von J. M. Reindl, Tagblatt-Verlag, Bamberg.

Die Ligapolitik
des Bamberger Fürstbischofs Johann Gottfried von Aschhausen in den Jahren 1609—1617.

Inaugural-Dissertation

verfaßt und der hohen philosophischen Fakultät der Kgl. Bayer. Julius-Maximilians-Universität Würzburg zur Erlangung der Doktorwürde

vorgelegt am 13. Januar 1914

von

Johann Setterl
aus Hof i. B.

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Bamberg 1915.

Druck von J. M. Reindl, Tagblatt-Verlag, Bamberg.

Referent:
Professor Dr. Anton Chroust.

Abkürzungen der häufiger zitierten Quellen.

Literatur.

Aretin, Chronologisches Verzeichnis der bayerischen Staatsverträge. Nebst einer Sammlung von Urkunden. Passau 1838.

Briefe und Akten zur Geschichte des 30jährigen Krieges. Herausgegeben von der Münchener Historischen Kommission. Bd. VII und VIII von K. Mayr-Deisinger, Bd. IX, X und XI von A. Chroust. München 1903—1908 (zitiert unter der Signatur BA).

Burger, Die Ligapolitik des Mainzer Kurfürsten Johann Schweikhardt von Cronberg in den Jahren 1604—1613. Würzburger Studien zur Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit. Herausgegeben von A. Chroust. Heft 1. Leipzig 1908.

Hefele, Der Würzburger Fürstbischof Julius Echter von Mespelbrunn und die Liga. Würzburg 1912.

Looshorn, Geschichte des Bistums Bamberg. Bd. V. Bamberg 1903.

Riezler, Geschichte Bayerns. Bd. V. Gotha 1903.

Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des 30jährigen Krieges. Bd. II. Stuttgart 1895.

[Stumpf,] Diplomatische Geschichte der deutschen Liga im 17. Jahrhundert. Mit Urkunden. Erfurt 1800.

Weber, Johann Gottfried von Aschhausen. Würzburg 1889.

Wolf, Geschichte Maximilians I. und seiner Zeit. Bd. II, III und IV. München 1807—1809.

Archive.

Mc. = Allgemeines Reichsarchiv in München.
Entst. = Abteilung daselbst, Entstehung des 30jährigen Krieges.
Ma. k. schw. = Geheimes Staatsarchiv in München, bayerische Abteilung.
Ba. = Kreisarchiv in Bamberg.
Wa. = Kreisarchiv in Würzburg.

I. Kapitel.

Die Anfänge der Ligapolitik Johann Gottfrieds bis zum Reichstag des Jahres 1613.

Am 26. Juni 1609 war der Bamberger Fürstbischof Johann Philipp von Gebsattel der seit Jahren im Stift viele Opfer heischenden Pest erlegen.[1]) Während seiner Regierung war es mit den schlimmen religiösen Verhältnissen des Bistums, wie sie sich im Verlauf der Reformationsbewegung herausgebildet hatten, nicht besser geworden. Von den früheren ungefähr 500 Pfarreien besaß die Bamberger Kirche jetzt mit samt den Filialen nur noch etwa 150; alle anderen hatten die umliegenden protestantischen Stände an sich gerissen, soweit sie eben auf ihrem Gebiet lagen. Gebsattel war wie seine Vorgänger der im Wege stehenden Schwierigkeiten nicht so Herr geworden, um eine nachhaltige Besserung erzielen zu können. Er hatte überdies von einer strengen Gegenreformation und besonders von der Einführung der Jesuiten wie im Nachbarstift Würzburg und im Herzogtum Bayern nichts wissen wollen. Der Klerus war abgesehen von wenigen Ausnahmen völlig entartet, die Bevölkerung zu einem großen Teil protestantisch, die noch katholisch gebliebenen Einwohner aber lebten in der tiefsten religiösen Verwilderung.[2]) Auch wirtschaftlich hatte sich unter ihm das Bistum nicht gehoben. Noch immer litt es einerseits an den schweren Wunden, die ihm der Markgrafenkrieg geschlagen hatte, anderseits waren durch den häufigen Wechsel[3]) der Fürstbischöfe in den letz-

ten Jahrzehnten große Mißstände in allen Zweigen der Landesregierung eingerissen;[4]) die Finanznot war geradezu erschreckend. Schon 1599 hatte Gebsattel seine Bitte um Ermäßigung der Taxen in Rom damit begründet, daß noch 100 000 fl. alter Schulden aus der Markgrafenfehde vorhanden, viele Ortschaften an Häretiker verpfändet seien; das Stift habe seit 21 Jahren, nämlich seit 1577, den sechsten Bischof, was bei der Konfirmation und dem Empfang der Regalien schwere Kosten verursacht habe. Dazu kämen dann die vielen ordentlichen und außerordentlichen Beiträge für das Reich und den Kreis aus Anlaß der Türkengefahr wie der Kriege gegen die Rebellen in Westfalen und am Rhein, ferner die Durchführung von Kriegsvolk und „andere fast tägliche Durchzüge". Die bischöfliche Kurie sei so ruinös, daß die Fürsten seit einigen Jahren in einem Kanonikatshaus wohnen müßten.[5]) Doch auch er hatte keine allzu großen Anstrengungen gemacht, in diesen verfahrenen Verhältnissen Wandel zu schaffen, sondern es in der Hauptsache bei den alten Mißständen bewenden lassen. Es fehlte dem Land an Kredit, die Regierung mußte sich wiederholt mit Zwangsanleihen bei den Untertanen behelfen.

Diese geringe Fürsorge Gebsattels für das geistliche und weltliche Wohl seines Bistums hatte in den streng kirchlichen Kreisen zu Würzburg, München und Rom schwere Besorgnisse hervorgerufen und jetzt, nach seinem Tod, galt es, einen Mann ihrer Richtung auf den Stuhl des hl. Otto zu erheben. Bei der schon am 21. Juli stattfindenden Neuwahl ging aus der ersten Abstimmung mit einer Mehrheit der 37jährige Johann Christof Neustetter, genannt Stürmer, Domdechant zu Bamberg und Domkapitular zu Mainz und Würzburg, hervor, der aber mit dem Hinweis auf seine schwache Gesundheit entschieden ablehnte. Darnach fiel die Wahl einstimmig auf den 34 Jahre alten Johann Gottfried von Aschhausen, Domkapitular zu Bamberg und Würzburg und Dechant des adeligen Stiftes Komburg.

Auch dieser zögerte zunächst mit der Annahme; denn die angebotene Würde bedeutete bei der bereits geschilderten schlimmen Lage des Bistums für einen seiner Verantwortlichkeit so bewußten Mann wie er eine schwere Bürde. Erst

nach allseitigem Zureden gab er im Vertrauen auf Gottes Beistand und die Unterstützung des Domkapitels seine Einwilligung.

Der neue Fürst, aus einer alten fränkischen Ritterfamilie hervorgegangen, deren Stammsitz in der Nähe des Zisterzienserklosters Schöntal an der Jaxt lag und als deren Ahnherr ein Konrad von Aschhausen um 1230 erscheint, war geboren am 22. August 1575 zu Lauda an der Tauber als das sechste von neun Kindern des dortigen Würzburger Amtmannes Gottfried von Aschhausen und seiner Gattin Brigitta aus dem Geschlecht der Zobel von Giebelstadt. Dort verlebte Johann Gottfried auch seine erste Jugend und erhielt von den Eltern eine streng religiöse Erziehung.[6]) Mit 12 Jahren kam er dann nach Fulda in das durch Papst Gregor XIII. gegründete und von den Jesuiten geleitete Seminar. Nach 3 jährigem Aufenthalt dortselbst siedelte er 1591 zu den philosophischen Studien nach Würzburg über, wo er nach Vollendung des vierjährigen Kurses mit dem akademischen Magistergrad ausgezeichnet wurde. 1593 trat er in die Würzburger, 1596 auch in die Bamberger Domherrnpfründe seines Bruders Philipp Heinrich ein, der resignierte und in den weltlichen Stand zurücktrat. Hierauf studierte er Rechtswissenschaft in dem von Kardinal Karl von Lothringen gestifteten Kolleg zu Pont-à-Mousson, Theologie zu Mainz und Würzburg; in beiden Disziplinen erwarb er sich den Doktorhut. Am 22. Dezember 1601 empfing der junge Kanoniker zu Bamberg durch den dortigen Weihbischof Johannes Ertlin die Priesterweihe und 1604 wurde er zum Dechant des Ritterstiftes Komburg gewählt.

Von Haus aus war Johann Gottfried nur wenig begütert; aber dies wurde ausgeglichen durch seine trefflichen persönlichen Eigenschaften. Dem ganzen Studiengang nach war er vielseitig gebildet,[7]) von einem tadellosen und ernsten Lebenswandel, voll Eifer für die Ausbreitung des katholischen Glaubens.[8]) Sein scharfer Verstand und seine unbeugsame Willenskraft befähigten ihn, eine nachhaltige Reform des Klerus und eine Erneuerung und Kräftigung des Katholizismus im Volk durchzuführen. Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet verriet er von Anfang an Verständnis und organisatorische Befähigung. Durch kluge

Sparsamkeit war er in den Stand gesetzt, mancherlei für das Stift wichtige Gutskäufe zu betätigen und damit seine landesfürstliche Macht zu erweitern. Ferner sei noch hingewiesen auf die Begründung des Ägidienspitals zur Versorgung alter treuer Diener des Hochstiftes Bamberg, des Ehehaltenhauses für alte brave Dienstboten, auf die noch heute bestehende Stiftung von Präbenden zur Aussteuer armer unbescholtener Bürgerstöchter bei ihrer Verheiratung und auf seine Fürsorge für Waisen und arme Studenten.[9]) Nur die Not der Zeit, die alsbald hereinbrechenden Kriegsläufte hinderten ihn, auf diesen Gebieten es dem Würzburger Bischof Julius Echter gleich zu tun.

Seine hervorragende staatsmännische Begabung und sein lebhaftes Interesse an der großen Reichspolitik befähigten ihn, eine kräftige Stütze des Reiches zu sein und erwarben ihm das volle Vertrauen der drei Kaiser Rudolf II., Matthias, Ferdinand II. und der katholischen Reichsfürsten, ja selbst der konservativen protestantischen Stände. So streng, ja asketisch[10]) er gegen sich selbst war, so hoch war die Auffassung von seiner fürstlichen Würde und jede Verletzung derselben, auch die geringste, vermerkte er aufs schärfste, wie er es denn auch liebte, bei seinen wichtigen und ehrenvollen kaiserlichen Kommissionen und auf den Fürstentagen im glänzenden Aufzug eines überaus zahlreichen Gefolges die Pracht und die Macht seiner Stellung zu bekunden.[11])

In den streng kirchlichen Kreisen vernahm man die Wahl Johann Gottfrieds mit großer Zufriedenheit; besonders Julius Echter in Würzburg, der seit Jahren mit dem neuen Bischof eng befreundet war und auch für dessen Wahl seinen Einfluß geltend gemacht hatte, sprach seine Genugtuung darüber aus.[12]) Von Madrid her gab der in der Politik jener Zeit eine so bedeutsame Rolle spielende Lorenzo da Brindisi[13]) über die Neuwahl an den Herzog Maximilian von Bayern seiner lebhaften Freude Ausdruck und der bekannte Jesuit Kardinal Bellarmin[14]) in Rom äußerte sich in verschiedenen Korrespondenzen darüber geradezu überschwenglich.[15])

Unter solchen Umständen traten von vorneherein die benachbarten protestantischen Stände und die zum größten Teil gleichfalls evangelische Reichsritterschaft dem neuen

Bischof mit unverhohlenem Mißtrauen gegenüber, das sich durch dessen alsbald beginnende gegenreformatorische Tätigkeit notwendig zu offener Feindschaft steigern mußte.

In der Tat, bei dem streng religiösen Geist und der Eifersucht, mit der Johann Gottfried gegenüber den offenen und versteckten Drohungen seiner feindlichen Nachbarn über die Unantastbarkeit seiner reichsfürstlichen Stellung wachte, konnte kein Zweifel über die Richtung seiner Politik obwalten. Nach den Vorgängen auf dem Reichstag von 1608[16]) und dem unmittelbar darauf noch im Mai des gleichen Jahres erfolgten Zusammenschluß einer Anzahl protestantischer Fürsten zur Union gab es keinen anderen Weg für ihn als die engste Verbindung mit den übrigen katholischen Reichsständen zu suchen. Hiebei kamen ihm die Verhältnisse selbst entgegen.

Wenige Tage vor Johann Gottfrieds Wahl, am 10. Juli 1609, hatten der Herzog Maximilian von Bayern, die Bischöfe Julius von Würzburg, Jakob von Konstanz, Heinrich von Augsburg, Leopold von Passau, Wolfgang von Regensburg, der Propst Johann Christof von Ellwangen und der Abt Heinrich von Kempten durch ihre Abgeordneten zu München den katholischen Bund der Liga aufgerichtet zur Abwehr feindlicher Angriffe gegen die katholische Religion im allgemeinen, gegen den Religionsfrieden und die Reichstagsabschiede im besonderen.[17]) Den Vorgänger Johann Gottfrieds auf dem bischöflichen Stuhl zu Bamberg hatte man wegen seiner engen Beziehungen zu verschiedenen protestantischen Reichsständen weder zu den Vorbesprechungen noch zur Münchener Beschlußfassung eingeladen, sondern in völliger Unkenntnis darüber gelassen. Anders war es mit dem neuerwählten Fürsten. Schon wenige Tage nach dessen Erhebung erteilte der bayerische Herzog als Bundesoberst seinem Jägermeister Lorenz von Wensin, der gerade in Ligasachen nach Mainz zur Zusammenkunft der drei geistlichen Kurfürsten reiste, Befehl, den Weg über Bamberg zu nehmen, wo dieser dann auch am 13. August abends eintraf und sich sogleich im Schloß Geierswörth durch den Hofmarschall anmelden ließ. Am anderen Morgen empfing ihn der Bischof in Gegenwart einiger Domkapitulare und der vornehmsten Räte. Wensin sprach dem Fürsten die Freude seines Herrn über die ge-

schehene Wahl aus und bot ihm zugleich Bayerns Rat und Beistand „zur Wiederemporbringung des im weltlichen Regiment und Wesen sehr heruntergekommenen Stiftes“ an mit der Mahnung, er möge sich die Erhaltung und Förderung der katholischen Religion eifrig angelegen sein lassen und etwaigen Schwierigkeiten mit Entschiedenheit entgegentreten. Zugleich ermunterte er zum Eintritt in die Liga. Wegen dieses letzten Punktes erbat sich Johann Gottfried Bedenkzeit und erklärte am 15. August in einer neuerdings gewährten Audienz durch seinen Kanzler im Beisein einiger Räte: die Wichtigkeit und große Notdurft des Werkes erkenne er an und lobe den Eifer Bayerns für Gott und die Kirche, der gewiß weder hier auf Erden noch im Himmel unbelohnt bleiben werde. Er wünschte, daß er sich mit gleichem Eifer dazu erklären könnte; aber wegen des traurigen Zustandes seines Stiftes müsse er erst mit seinen vertrautesten Domherrn und Räten weitere Überlegungen anstellen und wolle dann dem Herzog und dessen Vater Wilhelm V., welch letzteren er ohnedies demnächst zu Besuch erwarte, endgültige Antwort geben. Auch möge man ihm die Abschrift oder einen Auszug der Bundesnotel mitteilen. Mit dem Versprechen, die Übersendung eines Auszuges zu befördern,[18]) setzte dann der bayerische Gesandte, der während seines zweitägigen Bamberger Aufenthaltes „bei der Tafel, im Schloß und auf der Gasse“ mit der größten Ehre behandelt worden war, seine Reise zu der auf den 23. August vereinbarten Mainzer Versammlung fort.

Im Hinblick auf diese Tagung hatte inzwischen auch Kurfürst Johann Schweikhart von Mainz den gerade an seinem Hoflager zu Aschaffenburg weilenden Bamberger Gesandten, welche den Regierungsantritt des Neuerwählten offiziell ankünden und die herkömmlichen gegenseitigen Versicherungen guter Nachbarschaft austauschen sollten, vertrauliche Mitteilungen über den dort in Aussicht genommenen Anschluß der drei geistlichen Kurfürsten an den Münchener Bund gemacht und ihren Herrn zugleich zu einem Besuch in Mainz für eben diese Zeit eingeladen, um das Ergebnis der Beratung dortselbst abzuwarten. Johann Schweikhart hoffte so den Bamberger, den er ohnedies der Liga wohlgesinnt wußte, völlig zum Beitritt zu gewinnen.

Auch Würzburg unternahm um die gleiche Zeit einen ähnlichen Schritt. Von seinem Kuraufenthalt zu Waldaschaff aus gab Julius Echter einigen vertrauten Domherrn den Auftrag, Johann Gottfried bei einem Aufenthalt in Würzburg, den dieser nehmen mußte, um seiner „Residenzpflicht" als dortiger Domkapitular zu genügen, über den Zweck und die Verfassung der Liga die nötigen Aufschlüsse zu erteilen, zumal auf jenem Münchener Bundestag im Juli Würzburg die Gewinnung Bambergs zugewiesen worden war. In gleicher Absicht ließ sich auch der alte Herzog Wilhelm V. von Bayern gegenüber den oben erwähnten Bamberger Gesandten vernehmen, als diese vom Mainzer im nämlichen Auftrag auch an den Kölner Hof kamen, wo Wilhelm gerade zum Besuch seines Bruders, des Kurfürsten Ernst, und seines Sohnes, des Kölner Koadjutors Ferdinand, weilte.[19])

Johann Gottfried erklärte allen drei Fürsten sein volles Einverständnis mit dem Wesen und Zweck des neuen Bundes, den er bei den jetzigen gefährlichen Zeiten für hochnotwendig halte und zu dem auch er, soviel es seinem Stift möglich, das Seine leisten wolle. Doch könne er jetzt, so bald nach der Wahl, „aus allerlei Verhinderung" sein Land nicht verlassen; man möge ihm dies nicht übel auslegen. Er bat um vertrauliche Mitteilung der Mainzer Beratungspunkte; darauf wollte er sich endgültig so erklären, daß man mit ihm zufrieden sein und sehen würde, wie er sich diese Sachen nicht weniger als andere katholische Stände mit allem Eifer angelegen sein lasse. Dem Würzburger, der ebenfalls von Johann Schweikhart eine Einladung zum Mainzer Konvent erhalten und deshalb bei Bamberg eine gemeinsame Abordnung angeregt hatte, deutete er überdies noch an, daß die Zeit zu knapp sei, um mit ihm eine Spezialinstruktion zu vereinbaren, zumal man über die einzelnen Beratungspunkte in völliger Unkenntnis sei. Es war aber schon ein weiteres Zeichen seiner Teilnahme an der Sache der Liga, daß er dem Herzog Wilhelm überdies als erfreuliche Botschaft meldete, der Abt von Fulda habe durch seine Gesandten, die aus Anlaß der Neuwahl die Glückwünsche des Prälaten überbrachten, angedeutet, daß er wegen seiner exponierten Lage „in medio haereticorum" und, um vor künftiger Gefahr umsomehr

gesichert zu sein, auch dem Bund einverleibt werden möchte.[20])

Ende August 1609 vollzogen dann zu Mainz die drei geistlichen Kurfürsten wirklich ihren Anschluß an den Münchener Bund, hauptsächlich durch die infolge der brennend gewordenen Jülicher Erbfrage drohende Gefahr dazu veranlaßt. Die wichtigste Abänderung der vom bayerischen Gesandten Wensin vorgelegten Notel der Oberländer, d. h. der oberdeutschen Ligastände im Gegensatz zu den rheinischen betraf das Oberstenamt, welches geteilt und für die rheinischen Stände an Kurmainz übertragen wurde, doch in der Art, daß Herzog Maximilian die Kriegsdirektion für beide Bezirke in Händen hatte, die übrigen Geschäfte aber mit Johann Schweikhart teilen mußte. Auch die Rheinischen versprachen ihr Möglichstes zu tun, um die noch außenstehenden katholischen Stände zum Beitritt zu vermögen; zugleich ließen sie Bayern durch Wensin wissen, daß sie deswegen bei Bamberg, Eichstätt und Salzburg keine Schritte weiter unternehmen wollten, da Augsburg und Konstanz bereit seien, mit Salzburg zu verhandeln und Bayern mit den zwei anderen Bischöfen bereits einen guten Anfang gemacht habe. Letzteren beiden die Bundesnotel mitzuteilen und hiedurch die gewünschten näheren Aufschlüsse zu geben, schien ihnen nicht bedenklich, „diweil solche Personen ires ufrichtigen katholischen eifers halben wol bekannt".[21]) Die Oberländer sollten in ihren **Bemühungen nur fortfahren.**

Daraufhin erklärte sich Herzog Maximilian bereit, auch weiter das Seine zu tun, und noch im September ließ er an Johann Gottfried eine eigene Gesandtschaft abgehen, die diesem die verlangten vertraulichen Mitteilungen über die Versammlungen von München und Mainz machte und zugleich Auszüge der zwei Abschiede überreichte, womit sich dann der Bischof einverstanden zeigte, auch seine Geneigtheit zum Anschluß zu erkennen gab und zur nächsten Bundestagung eingeladen zu werden wünschte, ohne jedoch formell seinen Beitritt jetzt schon zu vollziehen.[22]) Um die gleiche Zeit äußerte er sich auch gelegentlich eines Besuches bei Bischof Heinrich von Augsburg zu Dillingen auf dessen wegen der Liga getane Erinnerung willfähig dazu, so daß dieser am 27. September bereits mit Bezug darauf

an den Herzog Maximilian schrieb: der auf dem Heimweg befindliche Herzog Wilhelm, der schon zu Bamberg angelangt sein solle, werde wohl mit Johann Gottfried abschließen, so daß man ihn auf den in Aussicht genommenen Bundestag, der möglichst zu beschleunigen sei, wohl auch beschreiben könne.[23])

Wirklich erreichte der Besuch des alten Bayernherzogs in Bamberg[24]) seinen Zweck. Noch im Oktober konnte Herzog Maximilian den geistlichen Kurfürsten berichten, daß sich der Bischof endgültig zum Eintritt in die Liga bereit erklärt habe.[25])

Die durch den Mainzer Tag ins Werk gesetzte Neugestaltung und Erweiterung des Bundes sollte indes nicht so schnell die darauf gesetzten Erwartungen erfüllen. Es trat alsbald der Interessengegensatz der rheinischen und oberdeutschen Ligastände hervor und auch die dem gleichen Zwiespalt entsprungene Teilung des Oberstenamtes bewährte sich nicht. Der durch allerlei Vorfälle[26]) genährte Gegensatz zwischen Mainz und Bayern zeigte sich auch besonders, als es sich um die Berufung eines allgemeinen Bundestages handelte. Während Maximilian und die Oberländer diesen zu beschleunigen suchten, wich Johann Schweikhart aus Besorgnis, dadurch die Aufmerksamkeit der Protestanten auf sich zu ziehen, und auch infolge seiner Befürchtung, von den Oberländern überstimmt zu werden, der Einwilligung möglichst lange aus. Solche Untätigkeit mußte natürlich bei den Ständen, die vom neuen Bund wirkliche Erfolge sehen wollten und davon ihren Beitritt abhängig machten, sehr nachteilig wirken und ihren Anschluß nur noch weiter hinausschieben.[27]) Deswegen meldete auch Herzog Wilhelm, der sich doch zu Bamberg so verheißungsvoll über die künftige Wirksamkeit der Liga ausgesprochen, dem Bischof Johann Gottfried noch unter dem 31. Oktober, daß er und sein Sohn besonders im Hinblick auf die gespannte Lage in der Jülicher Erbsache schon längst für die Einberufung des allgemeinen Bundestages gewesen, doch habe der Mainzer stets Bedenken dagegen geäußert; indes solle die Zusammenkunft bald ins Werk gesetzt werden.[28])

Endlich hatten sich die Bundesobersten soweit geeinigt, daß sie noch Ende November 1609 an Bamberg die Einla-

dung[29]) auf den 8. Februar des folgenden Jahres nach Würzburg samt einem Verzeichnis der Beratungspunkte abgehen lassen konnten. Der Bischof wurde ersucht, für sich selbst und sein Kapitel dahin Gesandte mit genügenden Vollmachten und Instruktionen abzuordnen. Als Zweck der Versammlung war angegeben, über die damals zu München und Mainz wegen allerlei Ursachen ausgesetzten Punkte eine endgültige Entscheidung zu treffen und dadurch die Liga völlig auszubauen. Zugleich war auch die Notwendigkeit dieser Zusammenkunft mit dem Hinweis auf die gefährlichen Zeitläufte dargelegt. Herzog Wilhelm ermahnte ebenfalls den Bamberger, das Seine zu tun, daß die Würzburger Tagung zu einem glücklichen Ende gelange unter dem Beifügen, daß auch der Kaiser mit dem Fortgang der Liga ganz zufrieden sei.[30])

Noch vor Ablauf des Jahres versprach dann Johann Gottfried, seine Gesandten auf den bestimmten Termin nach Würzburg zu schicken.[31]) Am 21. Januar einigte er sich mit seinen vornehmsten Räten und den vertrautesten Domherrn über die den Abgeordneten mitzugebende Instruktion.[32]) Diese sollten alles, was bei der Beratung vorgebracht würde, zunächst nur zu Bericht nehmen und im übrigen das Einverständnis des Bischofs mit dem Bunde und seine Bereitwilligkeit, das Möglichste dabei zu tun, abermals bekunden, auch zugleich darlegen, daß man sich noch nicht endgültig erklären könne, da man nicht wisse, was in den strittigen Punkten bereits früher verhandelt worden und wie man sich jetzt dazu stelle, besonders in Sachen der Kontribution. Damit man aber des Bischofs guten Willen sehe, sollten die Gesandten, da Bamberg von Würzburg „so weit nit entlegen", jeweils schriftlichen oder, wo nötig, auch mündlichen Bericht geben; darauf wollte er dann nach Möglichkeit noch während der Tagung mit seinem Kapitel die nötigen Entscheidungen treffen. Wenn man sich übrigens in der Frage der Kontribution geeinigt habe, könne man sich wegen der anderen Punkte gar wohl und ohne Mühe mit der Mehrheit vergleichen. Bei der Besteuerungsfrage sollten die Gesandten um Nachsicht für das Stift bitten, da dieses finanziell völlig erschöpft sei, und deswegen auch den davon genau unterrichteten Würzburger Bischof um seine Fürsprache ersuchen, damit Bamberg nicht

über Vermögen belastet werde. Auch sonst gingen die Weisungen dahin, mit Würzburg in den beide Stifter betreffenden Reichs-, Kreis- und anderen Sachen im Hinblick auf die alten guten Beziehungen enge Fühlung zu halten und Julius Echter jeweils um seinen Rat zu bitten. Desgleichen sollten die Abgeordneten mit den gerade in Würzburg anwesenden Bamberger Kapitularen im Verlauf der Tagung vertrauliche Beratung pflegen.[33])

Die am Abend des 7. Februar zu Würzburg eingetroffenen Bamberger Vertreter, nämlich der Domdechant Johann Christof Neustetter, genannt Stürmer, der Generalvikar Dr. Förner, der Hofmarschall Johann Onufrius von Pelheim und der juristische Beirat Dr. Leonhard Geutenstein, wurden am 9. von Julius Echter in Audienz empfangen, der auf ihren Vortrag hin aufs wohlwollendste versprach, alle gute Beihilfe zu tun besonders in der Kontributionsangelegenheit, damit Bamberg, dessen schlimme Finanzlage er genugsam kenne, nicht übermäßig beschwert werde.

Infolge verschiedener Hindernisse[34]) begannen die Beratungen erst am 10. Februar. Die Bamberger begehrten alsbald genaue Kopien der Bundesnotel und der sonstigen früheren Beschlüsse, um sich darüber eingehend informieren zu können, was auch gewährt wurde, ebenso wie die Zulassung zu den weiteren Beratungen, obwohl sie keine Vollmacht hatten „schließlich und ohne hinter sich zu bringen Handlung zu pflegen".

Beim ersten eigentlichen Beratungsgegenstand, der leidigen Kontributionsfrage, wurde nach allerlei Vorschlägen und Bedenken die Besteuerung nach der Reichsmatrikel beschlossen, da sich kein besserer Ausweg fand und Bayern überdies andeutete, daß die Hilfe auswärtiger Fürsten Erleichterung bringen werde. Nun legten die Bamberger ausführlich die völlige finanzielle Erschöpfung ihres Stiftes aus den bereits früher erwähnten Gründen dar und wiesen zugleich auf die dem Bistum bei den jetzigen schlimmen Zuständen inner- und außerhalb des Reiches noch weiter drohenden Heimsuchungen hin.[35]) Sie forderten also für ihren Bischof geduldige Nachsicht, damit er um so mehr Ursache und Möglichkeit erhalte, der Bundesvereinigung beizutreten. Weil diese nun auf 9 Jahre

abgeschlossen, möge man das Stift in den 3 ersten ganz mit der Besteuerung verschonen, in den 3 nächsten Jahren sollte dann die halbe und in den 3 letzten die ganze Angebühr nach der Reichsmatrikel erlegt werden; daraus könne man also ersehen, daß der Bischof, so viel erschwinglich, das Seine zur Liga gerne leisten wolle. Da aber dieser Vorschlag bei anderen Ständen das Verlangen nach den gleichen Erleichterungen hervorrief, konnte er der Konsequenzen wegen keine Genehmigung erhalten.

Bei den Beratungen über die Höhe der Beiträge verlangte Bayern zu den 30 schon in München bewilligten Monaten für das laufende Jahr noch 20 dazu, also 50 für 1610, für 1611 neuerdings 20 und dann für jedes weitere Jahr, bis alle Gefahr vorüber wäre, noch 7 oder 8 Monate.[36]) Gleich der Mehrzahl der übrigen Bundesglieder erhob auch Bamberg laute Klage über die Unerschwinglichkeit solcher Forderungen bei der jetzigen Notlage der Stiftslande. Doch so sehr es auch seine Armut und mangelnde Vollmacht betonte, immerhin gab es die Versicherung, das Mögliche gewiß tun zu wollen. Mehr der Not gehorchend als dem eigenen Trieb einigte man sich endlich auf 40 Monate, einschließlich der 30 zu München bewilligten, für das laufende Jahr, auf 10 für das folgende und je 6 für die weiteren Jahre. Außerdem wurden noch 2 Monate zum kleinen Vorrat vereinbart.

Der Bamberger Hofmarschall Pelheim erinnerte sodann in einer vertraulichen Unterredung mit dem bayerischen Oberstkanzler Joachim von Donnersberg an die dem Bischof Johann Gottfried von Herzog Wilhelm und anderen Fürsten gegebenen Vertröstungen, daß die Notlage seines Bistums eine wohlwollende Berücksichtigung finden werde. Doch der Kanzler entgegnete, er wisse nichts davon und habe auch keine Instruktionen darüber; zudem sei das Stift in einem Zustand, daß es zur Erhaltung des katholischen Glaubens und Abwendung der zu besorgenden Gefahren „ein mehreres anwenden sollte und uf kredit an gelt ufnemen könnte, dessen der bischof sich nit zu beschweren bräuchte". Auch Julius Echter riet eben dahin und erbot sich selbst zu einem Darlehen.

Die Bamberger Räte sandten darauf ihren Kollegen, den Generalvikar Dr. Förner, nach Bamberg zu ausführ-

licher Berichterstattung. Auch ihre Meinung ging dahin, daß der Bischof ohne die äußerste Gefahr sich nicht wohl von der Liga absondern könne.[37]) Nochmals überlegte Johann Gottfried die Dinge in einer am 14. Februar stattfindenden Sitzung mit den vornehmsten Domherrn und den vertrautesten Räten[38]) und der Schluß ging dahin: er hätte zwar mehr als genug Bedenken wegen der trostlosen Finanzlage des Stiftes; doch weil damit nichts ausgerichtet werde, müsse man aus der Not eine Tugend machen. Darum übersende er durch einen Eilboten[39]) die Generalgewalt zum Beschließen und zugleich die offizielle Beitrittserklärung zum Bund für sich und sein Kapitel. Die Gesandten sollten in Gottesnamen, da man sich nicht absondern könne und wolle, mit den anderen Ständen sich vergleichen; doch möchten sie sich wehren, so sehr sie könnten, daß mit dem Stift, das in der Reichsmatrikel ohnedies zu hoch und gleich einem Kurfürstentum belegt sei, Geduld getragen würde. Zugleich nahm der Bischof auch das Würzburger Angebot eines Darlehens mit Befriedigung entgegen und verständigte sich persönlich mit Julius Echter über dessen Einzelheiten.[40])

Inzwischen hatten die Beratungen zu Würzburg ihren Fortgang genommen. Wegen der Legstätte für die Bundesgelder einigte man sich nach langen Debatten dahin, die Entscheidung den beiden Bundsdirektoren anheimzustellen, die dann die Stände alsbald von ihrem Beschluß in Kenntnis setzen sollten.[41]) Als bei der Frage der Besoldung des Bundesobersten und der hohen Offiziere die bayerischen Räte eine monatliche Summe von 30 000 fl. verlangten, fand Bamberg mit der Mehrheit diese Forderung für unerträglich, worauf dann die Bayern sie zurückschraubten und schließlich in eine Verschiebung des ganzen Punktes auf spätere Zeit willigten. Trotzdem wurde dem Herzog Maximilian die baldige Bestallung der hohen Offiziere aufgetragen, doch mit der Auflage, ihre Zahl möglichst einzuschränken und nicht mehr als 3—4000 fl. Wartegeld darauf zu verwenden.[42])

Bei den Erörterungen über eine Erweiterung des Bundes deutete Bamberg an, daß der Abt von Fulda der Liga nicht ungeneigt sei, wogegen indes Trier mahnte, bei künftigen Verhandlungen mit diesem Prälaten vorsich-

tig zu sein, da ein Teil seiner Räte nicht katholisch sei. Als besondere Aufgabe wurde Bamberg und Würzburg die Gewinnung des Hoch- und Deutschmeisters Erzherzog Maximilian und des Eichstätter Bischofs Johann Konrad von Gemmingen zugewiesen. Bei der Beratung über den Namen des Bundes schlug Bamberg wie Köln die Bezeichnung „katholischer Bund" vor, weil die Gegner den ihren den evangelischen hießen. Zuletzt einigte man sich in Rücksicht auf die konservativen protestantischen Stände, mit denen man es nicht verderben wollte, auf den allgemein gehaltenen Titel einer Defensiv- oder Schirmvereinigung.[43])

Bei der Austeilung der geforderten 38 Stück Geschütze, der Munition und anderen Zubehörs wurde nach dem bayerischen Entwurf Bamberg mit Mainz, Trier, Köln, Bayern und Würzburg in eine Reihe gestellt und ihm gleich diesen die Lieferung von 4 Geschützen: einer ganzen und einer halben Kartaune und zweier Feldstücklein samt der dazu gehörigen Munition aufgetragen.[44]) Solchen weiteren Anforderungen gegenüber erklärten die Bamberger Räte in einer neuen Audienz dem Würzburger Bischof den Eintritt ihres Herrn in die Liga für unmöglich. Doch Julius Echter riet trotzdem dringend dazu und suchte ihre finanziellen Bedenken mit der für ihn typischen Erklärung zu beschwichtigen: „zum fal man ihrer einen also erschepfen wolte, müßte er das liegen laßen, so er nit erheben möchte." [45])

Allein die Bamberger konnten sich mit dieser Meinung des Würzburgers nicht befreunden und ließen ihrem Fürsten durch einen Eilboten wissen, daß sich die Dinge von Stunde zu Stunde beschwerlicher erzeigten; er möchte also seine Entscheidung wegen des Beitritts aufschieben bis zu ihrer Heimkunft und ihrem mündlichen Bericht. Er solle sich durch ein Schreiben an die Würzburger Versammlung dahin entschuldigen, daß sein Domkapitel, mit dem er sich zuvor nochmals beraten müsse, jetzt nicht bei einander sei und darum könne er sich noch nicht endgültig erklären; nach der Beratschlagung aber wolle er seine Entschließung den beiden Direktoren schriftlich zukommen lassen.[46]) Der Gesandten sichere Überzeugung war eben, das Stift könne bei so hoch geschraubten Forderungen an den

einzelnen Bundesstand seinen Beitritt nicht erklären, und, um nicht diesen abschlägigen Bescheid vor versammelter Tagung abgeben zu müssen, wollten sie ihn hinausgeschoben wissen. Nicht als ob die Abgeordneten den Anschluß an die Liga hintertreiben wollten; auch sie sahen ja, wie schon erwähnt, bei der gefährlichen Zeit darin für das Stift einen großen Vorteil. Aber eben da sie an maßgebender Stelle in der Verwaltung des Landes standen und so mehr als andere seine drückende Schuldenlast kannten, glaubten sie die Übernahme neuer finanzieller Verpflichtungen von solcher Größe nicht verantworten zu können. Waren doch die Einkünfte der Bamberger Hofkammer so gering,[47]) daß ein Fürst, der nicht Privatvermögen besaß, nur schwer den an ihn durch die nötige Repräsentation gestellten Forderungen entsprechen konnte. Darum hatte der Papst auch Johann Gottfried erlaubt die Würde eines Dekans beim Ritterstift Komburg noch auf zwei Jahre beizubehalten und sein Würzburger Kanonikat auf so lange, als er der Bamberger Kirche vorstehe. Aus den gleichen Gründen legte man auch seiner 1610 erfolgten Wahl zum Würzburger Dompropst und zum Propst des Kollegiatstiftes Haug zu Würzburg im Jahr 1611 weiter keine Schwierigkeiten in den Weg.[48])

Doch die ablehnende Haltung der Bamberger Gesandten auf der Würzburger Tagung war nunmehr zwecklos, da Johann Gottfried sich gegenüber den seit seiner Wahl von den verschiedensten Seiten an ihn herangetretenen Aufforderungen zum Beitritt schon so weit erklärt hatte, daß er nicht gut mehr zurück konnte. Hatte doch Herzog Maximilian von Bayern bereits am 11. Dezember 1609 dem spanischen Botschafter in Prag, dem Grafen Zuñiga, den Beitritt Bambergs als Tatsache gemeldet, worüber dieser dann alsbald seiner lebhaftesten Freude Ausdruck verliehen.[49]) Ja, der Bamberger wollte auch gar nicht mehr zurück; denn er war klug genug, um einzusehen, daß er bei den von allen Seiten am politischen Horizont aufsteigenden Wetterwolken sein Heil nicht in einer kraftlosen Neutralität finden könne, die im Falle eines ausbrechenden Kampfes niemand respektieren würde. Er verständigte also seine Gesandten dahin, daß er es bei der ihnen erteilten Generalgewalt lasse, so schwer es auch falle;

nur möchten sie darauf bedacht sein, eine Erleichterung für das Stift zu erhalten.[50])

Doch auch jetzt legten die Bamberger Räte ihre Generalvollmacht noch nicht vor. Die für 1610 bewilligten 42 Monate sollten dem Beschluß gemäß in 2 Raten auf Johannis und Michaelis erlegt werden. Dem gegenüber beklagten sich nun die Bamberger, daß man von den neu eintretenden Bundesständen die ganze Summe vor Ablauf von Jahr und Tag verlange und sie den schon länger bei der Liga befindlichen Mitgliedern gleichsetze, welche doch davon bereits 30 Monate im Vorjahr erlegt hätten; das sei eine Unbilligkeit. Um ihrem Fürsten den Beitritt nicht allzuschwer, ja unmöglich zu machen, sollten die 42 Monate für 1610 und die 10 für 1611 zusammengelegt und für die 52 ein Termin auf 2 Jahre gemacht werden. Für den Fall der Genehmigung dieses Vorschlages, was ihr Herr zuversichtlich hoffe, hätten sie eine schriftliche Gewalt, ihren Beitritt zur Liga offiziell zu erklären, anderenfalls aber müßten sie neuerdings nach Bamberg berichten und die ferneren Befehle des Bischofs abwarten. Auch müßte man erwägen, daß durch eine „so geringe Nachwart" ihrem Fürsten um so mehr Ursache zum Anschluß an den Bund gegeben werde. Der Antrag wurde von der Versammlung, da man darauf nicht instruiert war, lediglich zu Bericht genommen.[51]) Da aber auch andere schon länger der Liga angehörige Stände infolge Finanznot mit den 30 Monaten für 1609 noch im Rückstand waren, wurde wenigstens die Erleichterung getroffen, daß diejenigen, welche mit den 42 Monaten auf die beiden oben erwähnten Termine nicht aufkommen könnten, ihre Quoten spätestens bis Jakobi und Weihnachten erlegen sollten. Für die 10 Monate von 1611 und die 6 Monate der folgenden Jahre blieb Ostern als Termin.[52])

Nochmals gaben die Bamberger Räte ihrem Herrn jetzt durch einen Eilboten zu bedenken, ob er seine Entscheidung nicht doch auf ihre Rückkunft und ihren ausführlichen Bericht verschieben wolle, da es fast unmöglich sei, in derartig kurzen Fristen eine so stattliche Summe Geldes aufzubringen, von dem Geschütz, der Munition und anderer für den Notfall angedeuteter Hilfe ganz zu geschweigen. Doch zugleich erklärten sie, daß sie keineswegs

„ein so heilsames und notwendiges Werk" verhindern, sondern nach Möglichkeit jederzeit fördern wollten, und baten um seine letzte und endgültige Meinungsäußerung.[53]) Die Antwort des Bischofs blieb die nämliche: sie möchten sich mit der Mehrheit vergleichen, so schwer es auch falle; er habe die Dinge genugsam mit den Seinen beraten, es sei nichts anderes zu tun. Sollten noch fernere Bedenken vorfallen, so könnten sie sich darüber mit den eben zu Würzburg ihrer Residenzpflicht nachkommenden Bamberger Kapitularen einigen.[54])

Dieser erneuten Weisung zufolge überreichten nun die Bamberger Gesandten der Versammlung ihre Generalvollmacht, worin der endgültige Beitritt des Bischofs und seines Kapitels deutlich ausgesprochen war.[55]) Indes, kurz bevor man zur Unterzeichnung des Abschiedes zusammentrat, erhob Bamberg zugleich mit Konstanz und Würzburg nochmals in einigen Punkten, welche dem Bundesobersten zu große Vollmachten eingeräumt hätten, schwere Bedenken. In der darüber gepflogenen Beratung der Gesandten wurde dann einhellig, mit alleiniger Ausnahme der Stimme Bambergs, beschlossen, den Rezeß, so wie er laute, zu unterschreiben, über die nachträglich geäußerten Einwendungen aber im Protokoll die Erklärung beizufügen: eine Änderung der Legstätten für die Bundesgelder dürfte nur mit Zustimmung aller Mitglieder erfolgen; desgleichen sollte deren Genehmigung eingeholt werden, falls das aus dem kleinen Vorrat zu entnehmende Wartegeld für die Bundesoffiziere 4000 fl. überstiege. Hierauf wurde der Abschied am 19. Februar von sämtlichen Gesandten, auch von den drei Bamberger Räten trotz ihres vorausgegangenen Protestes, unterschrieben.[56])

Der Antrag Bambergs auf dem Würzburger Tag, ihm zur Bezahlung seiner Kontribution die gleichmäßige Verteilung der 52 Monate auf zwei Termine, nämlich Ende 1610 und Ostern 1611, zu gewähren, war von den Gesandten, wie schon bemerkt, zu Bericht genommen worden. Bereits am 7. März erklärte sich dann Herzog Maximilian in entgegenkommender Weise damit einverstanden, doch sprach er die Erwartung aus, der Bischof werde bei einem unvermuteten feindlichen Angriff trotzdem sein Möglichstes tun; auch der Mainzer hatte nichts dagegen einzuwen-

den.[57]) Der Wunsch Johann Gotfrieds war also bereits gewährt, fast ehe noch ein neuerliches Gesuch des Bischofs in dieser Angelegenheit den beiden Bundesdirektoren in die Hände kam.[58]) Dies zeigte, daß man den Beitritt Bambergs in Ligakreisen wohl zu schätzen wußte und es durch möglichstes Entgegenkommen sich zu verpflichten suchte. Was das eben erwähnte Begehren Bayerns für den Fall eines unerwarteten Angriffs betraf, so erklärte sich der Bischof völlig damit einverstanden. Auch in der Frage der Legstätte ließ Bamberg jetzt seine Bedenken fallen und gab nach vorhergehender Verständigung mit Würzburg gleich den anderen Ständen seine Einwilligung zu ihrer Übertragung nach München.[59])

Um die gleiche Zeit traten noch von einer anderen Seite neue finanzielle Anforderungen an Johann Gottfried heran. Der Reichshofratspräsident Graf Johann Georg von Hohenzollern ersuchte im Auftrag Rudolfs II. und im Einverständnis mit Mainz gleich den übrigen Ligaständen auch ihn als einen „gehorsamen und getreuen Reichsfürsten" mit dem Hinweis auf die Notlage des Kaisers zur Zahlung von 15 Römermonaten als Hilfe für dessen in Jülich stehendes Volk.[60]) Allein dieser entschuldigte sich mit der finanziellen Erschöpfung seines Stiftes und wies darauf hin, daß er deswegen unlängst zu Würzburg um Aufschub für die Bezahlung seiner Bundesbeiträge habe nachsuchen müssen. Auf eine zweite Anmahnung des Grafen aber erklärte er anfangs Mai noch deutlicher, daß er mit allen Renten, Steuern und sonstigen Einkommen des Stiftes kaum die jährlichen Zinsen für die vorhandenen Schulden aufbringen könne, von einer Heimzahlung der entliehenen Summen ganz zu geschweigen. Überdies werde eben sein Land mit Durchzügen, Einlagerungen zahlreicher Kriegsvölker dermaßen ausgesogen, „daß es eine Art habe".[61])

Mit Eifer ging Johann Gottfried alsbald an die ihm und Würzburg übertragene Gewinnung des Eichstätters und des Deutschmeisters, freilich ohne Erfolg. Gleichzeitig damit tat er die Anregung, den Erzherzog Maximilian nicht bloß in seiner Eigenschaft als Hochmeister des deutschen Ordens, sondern auch zugleich als „ein vornehmes Mitglied des Hauses Österreich" zum Beitritt zu ersuchen, wo-

von aber Bayern, das im ganzen bisherigen Verlauf die Habsburger immer bestimmer von seinen Plänen ausgeschlossen hatte, nichts wissen wollte.[62])

Die durch den Zwist des Kaisers Rudolf mit seinem Bruder Matthias und durch die religiösen Gegensätze zerrütteten Verhältnisse Österreichs,[63]) nicht minder die brennende Jülicher Erbfrage, drohten den Widerstreit zwischen Union und Liga im Reich zum offenen Kampf, die Einmischung des Auslandes zum europäischen Krieg zu entzünden. Der Kaiser hatte gegenüber den Ansprüchen von Kurbrandenburg und Pfalz-Neuburg den Erzherzog Leopold mit der Sequestration der Jülicher Lande betraut und dadurch den Verdacht der Protestanten auf sich geladen, als wolle er sein Haus selbst in den Besitz des Erbes bringen. Eine Festsetzung des Hauses Habsburg in Jülich-Cleve raubte den Protestanten jede Aussicht, am Niederrhein und damit in der rheinischen „Pfaffengasse" je festen Fuß fassen zu können. Zugleich wurden die deutschen Habsburger dadurch in den Stand gesetzt, ihren spanischen Vettern in den Niederlanden unmittelbar die Hand zu reichen und so wurde die Jülicher Erbfolge nicht bloß zu einer Machtfrage zwischen Katholiken und Protestanten, sondern auch zu einer europäischen Angelegenheit. Die Hilfsgesuche der beiden possidierenden Fürsten fanden ein williges Gehör bei der Union wie bei den Generalstaaten, England und Frankreich. Im Januar 1610 beschlossen die Unierten zu Schwäbisch-Hall im stillen Einverständnis mit Frankreich, die von Erzherzog Leopold in seinen Stiftern Passau und Straßburg veranstalteten großen Werbungen mit kräftiger Gegenrüstung zu beantworten, besonders da man infolge der Trägheit der Katholiken die Liga sehr gering einschätzte. Markgraf Joachim Ernst von Ansbach, der unmittelbare Nachbar Bambergs, setzte als General der Union umfangreiche Truppenwerbungen ins Werk, die Johann Gottfried, der sich inzwischen durch seine in Angriff genommene tatkräftige Gegenreformation den tiefsten Groll der Protestanten zugezogen hatte,[64]) alsbald sehr unliebsam zu Bewußtsein gebracht werden sollten.

Schon zu Anfang März 1610 wurde der Bischof durch den Rittmeister Hans Otto von Schaumburg benachrichtigt, daß die Bestallungen der Unierten herausgekommen seien;

so werbe Veit von Selbitz bei Kassel ein Regiment Reiter, Hans Philipp Fuchs von Bimbach in der Ellwanger Gegend ein Regiment zu Fuß. Auch Markgraf Friedrich von Baden lasse durch einen Herrn von Herdingshausen zu Fulda und Kassel Reiter in Bestallung nehmen; für den Sommer seien also schwere Gefahren in Sicht. Auch sonst begann rings um das Stift Bamberg, besonders auf Ansbacher und Nürnberger Boden, eine lebhafte Werbetätigkeit der Unierten, die bei Gelegenheit trotz aller Verbote des Bischofs immer wieder auf das Bamberger Gebiet selbst übergriff. Allerdings ließ auch der Kaiser auf Stiftsboden und zu Nürnberg eine Anzahl Reiter durch Ramée und Knechte für zwei Regimenter zu Fuß durch Trautmannsdorf in Bestallung nehmen mit dem Musterplatz zu Passau. Diese kaiserliche Werbungen gestattete zwar Johann Gottfried stillschweigend, aber in Rücksicht auf die Protestanten forderte er, daß sie insgeheim „ohne Rührung der Trommel" geschehen möchten.[65]) Denn schon meldete neuerdings der Propst von Ellwangen die Äußerung des gewesenen Reichspfennigsmeisters Zacharias Geizkofler: die Unierten würden in 5—6 Wochen ein solches Volk bei einander haben, daß man sich darüber verwundern werde; es sei zwar nach Jülich den beiden possidierenden Fürsten zur Hilfe bestimmt, doch dabei würden Bamberg und Würzburg wohl den Schaden haben. Zudem machte man sich bei den Protestanten allgemein in Drohreden und scharfen Pasquillen gegen die geistlichen Stifter, besonders aber gegen den Bischof von Bamberg, Luft.[66]) Da der Anschlag der Unierten dahin gerichtet sein sollte, den Main und Rhein zu sperren, so erklärte es Johann Gottfried gegenüber Julius Echter für eine hohe Notdurft, solchem Versuch zeitlich zu begegnen. Er ließ also die Wehrbesichtigung bei den Untertanen in allen Stiftsämtern vornehmen und setzte sich auch mit Würzburg darüber ins Benehmen, um diese Maßregel in den so genannten „vermengten" Orten[67]) gleichfalls durchzuführen.[68])

Im übrigen nahm der Bischof trotz aller Alarmmeldungen eine abwartende Stellung ein. Dies war begründet in seinem Verhältnis zu Julius Echter, mit dem ihn seit Jahren enge Freundschaft verband. Der Würzburger nämlich gefiel sich gegenüber den Rüstungen der Gegner

längere Zeit noch in einer gewissen Sorglosigkeit,[69]) aus der ihn zunächst selbst die eindringlichsten Warnungen des Bambergers nicht emporzuscheuchen vermochten. Dazu kam seine ausgesprochene Abneigung vor so großen, nach seiner Anschauung unproduktiven Ausgaben, wie sie die Werbung von Soldtruppen verlangte. Er schreckte daher immer wieder vor entschiedenen Gegenmaßregeln zurück und rechnete mit einer friedlichen Lösung aller Verwicklungen; kurz, es fehlte ihm eben an politischem Weitblick. Johann Gottfried dagegen war von ganz anderer Art. Er besaß von Haus aus eine viel schnellere Entschlußfähigkeit zu energischem Handeln und, wenn Not am Mann war, zeigte er sich sofort zu den größten Opfern bereit. Sein scharfer Blick hatte alsbald die Größe der drohenden Gefahr erkannt und, da er Julius Echter nicht für umfassende militärische Rüstungen gewinnen konnte, wäre er gewillt gewesen, diese auf eigene Faust ins Werk zu setzen, wenn nicht wieder die leidige Finanznot seines Stiftes hindernd in den Weg getreten wäre, die sich gerade jetzt mehr als je fühlbar machte, da das Jahr 1609 eine völlige Mißernte gebracht hatte und nun in den fränkischen Landen allenthalben eine große Teuerung herrschte.[70]) So mußte er sich denn wohl oder übel der zurückhaltenden und zaudernden Politik des Würzburgers anschließen und seine letzte Hoffnung bei der eigenen Hilflosigkeit auf Bayern setzen. Unter diesen Verhältnissen[71]) versuchte er durch eine möglichst korrekte Haltung seine protestantischen Nachbarn zu beruhigen und im übrigen rechtfertigte er seine ihnen so anstößige Gegenreformation mit dem durch den Augsburger Religionsfrieden von 1555 anerkannten Grundsatz, daß der Landesherr die Religion seiner Untertanen bestimmen dürfe.

Dem Unionsvolk war inzwischen sein Sammelplatz Kitzingen für den 26. März festgesetzt worden und so erwartete der Bamberger im Hinblick auf die wiederholten friedlichen Versicherungen des Markgrafen von Ansbach mit Sicherheit die Musterung für die nächstfolgenden Tage in der Zuversicht, diese Truppen würden dann bald an den Rhein ziehen und das Stift Bamberg, abgesehen von einigem „Streifen und Garten", das sich ja nie ganz vermeiden lasse, nicht weiter belästigen, zumal auch er gleich den anderen Oberländern die Jülicher Erbfrage, der die Wer-

bungen des Kaisers wie der Unierten galten, als eine die Liga nicht berührende Angelegenheit betrachtete. Noch Ende März gab er an Bayern seiner Hoffnung dahin Ausdruck, daß Gott alles zum Besten des deutschen Vaterlandes, sowie zur Bewahrung und Erhaltung der alten katholischen Religion lenken werde.[72])

Aber schon die ersten Tage des April zeigten, daß es dem Ansbacher nicht um einen raschen Fortzug zu tun war. Er richtete sich vielmehr nach seinem Aufbruch zu Kitzingen in den Landen der beiden Bischöfe recht häuslich ein. Vom Hochstift Bamberg wurden besonders die dem Ansbacher Gebiet zunächst liegenden Ämter Schmachtenberg, Ebersberg und Lichtenfels heimgesucht. In einzelnen Orten, wie Sand, Zeil, Knetzgau, Schney, Oberwallenstadt lagerten sich Reiterei und Fußvolk in Abteilungen von 200—300 Mann ein.[73]) Dabei hatte das kurz vorher von einer schweren Teuerung heimgesuchte Land an Geld, Getreide, Wein und dergleichen Dingen nicht die geringsten Vorräte, ja nicht einmal die Notdurft. Bedeutete so diese Einlagerung ohnehin eine neue schwere Heimsuchung, so wurde sie noch weiter ins Ungemessene gesteigert durch das rohe und zügellose Verhalten der Soldaten, so daß Johann Gottfried um jene Zeit dem Reichshofratspräsidenten Grafen Hohenzollern schrieb: Wenn Gott nicht einen Ausweg schaffe, seien die Untertanen in Bälde mit Weib und Kind an den Bettelstab gebracht und das Stift völlig zu Grunde gerichtet.[74]) Gleich dem Würzburger wandte auch er sich beschwerdeführend an den Markgrafen Christian von Bayreuth als Obersten des fränkischen Kreises und bat um sein Eingreifen. Doch dieser, selbst Mitglied der Union und überdies ein Bruder des Ansbachers, antwortete nur mit allgemein gehaltenen Zusagen, daß er „nach Möglichkeit" den baldigen Abzug befördern wolle und suchte das Vorgehen der Unierten zu beschönigen durch den Hinweis auf das im Stift Passau stehende kaiserliche Volk: bevor man nicht vor diesem sicher sei, könne man nicht an einen Abmarsch zum Rhein denken.[75]) Indes gegenüber einer solchen Begründung sagte sich der Bamberger: falls die Passauer Truppen tatsächlich durch Franken auf Jülich zögen, wäre sicher zu erwarten, daß auch Kurpfalz, Bayreuth, Hessen-Kassel und Nürnberg dem Markgrafen Joa-

chim Ernst zur Hilfe kämen, um jenen den Weg zu verlegen. Dann aber mußten die Stifter von so vielem Volk völlig ausgesogen werden und überdies noch den Kampfplatz für beide Parteien abgeben. Da auch der Ansbacher selbst auf die angebrachten Beschwerden stets nur leere Ausflüchte und Vertröstungen hatte, kamen die zwei Bischöfe immer mehr zur Überzeugung, man wolle sie nur mit Erklärungen hinhalten, bis man alle Macht beisammen habe, um dann die bisher verdeckten Pläne zur Vernichtung der katholischen Stände nach Belieben auszuführen.[76]) Der Einfall von Kurpfalz, Württemberg und Baden in das Stift Straßburg und die Klagen von Mainz und Speier über die vielfachen Belästigungen durch das unierte Kriegsvolk mußten sie in ihrer Meinung nur noch bestärken. Schon sahen sie für ihre Lande die furchtbare Heimsuchung des Markgrafenkrieges von 1552/4 aufs neue wiederkehren. Gleich dem Straßburger Bischof, Erzherzog Leopold, suchten auch sie nunmehr die Hilfe des Bundes.[77]) Aber Herzog Maximilian war dazu für den Augenblick gar nicht in der Lage; denn die Ligakasse war noch leer und die Entscheidung darüber, ob hier der Bund einzugreifen habe oder nicht, stand bei der Gesamtheit der Stände. Er setzte zwar auf den 16. Mai eine Beratung der Adjunkten nach München an, um dort über die zu ergreifenden Maßregeln Beschluß zu fassen, den Bischöfen aber konnte er nur den Rat erteilen, zunächst schnellstens mit eigenen Mitteln die Gefahr abzuwenden.

Jetzt gab auch Julius Echter seine bisherige Abneigung gegen den durch Johann Gottfried von Anfang an vertretenen Plan einer umfassenden militärischen Rüstung auf und entschloß sich endlich, seine reichen Geldmittel dazu anzugreifen. Er brachte in aller Eile 800 Soldknechte zusammen, wie er auch dem Bamberger zu Werbezwecken ein kleines Darlehen bewilligte. Damit und durch eine von seinem Domkapitel und den drei Bamberger Kollegiatstiftern neu bewilliate „ganze Jahressteuer“[78]) wurde es letzterem ermöglicht, 400 Mann zu Fuß in Bestallung zu nehmen und bis auf weiteres zu unterhalten. Außerdem mahnten beide Bischöfe neuerdings ihre adeligen Vasallen zum Lehensdienst auf. Desgleichen reichten sie beim Kaiser Klage gegen die Friedensstörer

ein und baten um Abhilfe.[79]) Sogar die aus Anlaß des Prager Fürstentages versammelten Reichsstände wurden von ihnen dringend ersucht, sich bei Rudolf II. für die schwer heimgesuchten Stifter zu verwenden. Auch die Kreisverfassung nahmen sie neuerdings in Anspruch, wobei besonders Bamberg als ausschreibender Stand eine lebhafte Tätigkeit entwickelte; der Kaiser selbst sollte zum geplanten Kreistag Gesandte schicken. Doch infolge allerlei Unstimmigkeiten kam dieser zunächst nicht zustande; überdies war davon für die Bischöfe von Anfang an wenig zu erwarten, da hier die Protestanten die überwiegende Mehrheit hatten.[80])

Schon war über ein Monat verstrichen, ohne daß der Ansbacher Miene machte aufzubrechen, er setzte vielmehr seine Werbungen fort und die einzelnen Fähnlein wurden von 300 auf 500 Mann gebracht. Immer weiter breitete sich das unierte Volk aus; wie im Würzburger Hochstift belief es sich auch in den Bamberger Landen bereits auf etliche 1000 Mann. Schon stand es nicht mehr als 3 Meilen von der bischöflichen Residenz Bamberg entfernt, so daß man sich keinen Tag mehr in der offenen Stadt für sicher hielt. Johann Gottfried selbst klagte, der Umfang des bisher erlittenen Schadens und Verderbens sei so groß, daß man ihn noch gar nicht berechnen könne.[81])

Obwohl er nun diese Heimsuchung mit Recht als Landfriedensbruch und mithin als Bundesfall ansah, so wollte er die Gegner doch nicht durch zu scharfes Vorgehen noch mehr reizen. Wurde ja bereits unter den Protestanten allgemein erzählt, daß der Ansbacher sich persönlich in die Bamberger Lande begeben wolle, um gegen den Bischof, der ihre Glaubensgenossen gefangen habe fortführen lassen, in der gleichen Weise zu verfahren.[82]) So sehr Johann Gottfried früher zu entschiedenen Gegenmaßregeln gedrängt hatte, solange noch Zeit und Gelegenheit dazu genugsam vorhanden war, im gleichen Maße riet er als kluger Realpolitiker jetzt nachdrücklich zu behutsamem Vorgehen. Die Feinde hatten eben einmal die Oberhand, wogegen auch die von beiden Bistümern geworbenen 1200 Söldner nichts auszurichten vermochten. Die geringste Feindseligkeit konnte die Gegner veranlassen, sich der Stifter völlig zu bemächtigen, und dann war erst recht jede

Hoffnung auf ihren Abzug zerstört. Voll Mißmut darüber, sich bei so frevelhafter Heimsuchung seiner Lande zu derartiger Untätigkeit verurteilt zu sehen, meinte der Bamberger in bitterer Resignation: man müsse eben das Unglück walten lassen und sich damit trösten, daß man unschuldig leide.[83]) Um aber wenigstens etwas zu tun, erhob er nochmals am 2. Mai beim Bayreuther dringende Klage, bat um Abhilfe und verlangte für das unierte Volk die Stellung einer entsprechenden Kaution gemäß den Reichsbestimmungen. Zur Beförderung dieses schriftlichen Ansuchens ordnete er nach einigen Tagen auch noch seine beiden Räte Georg Philipp von Berlichingen und Dr. Johann Peßler an Markgraf Christian ab.[84])

Inzwischen kam der Termin für die nach München ausgeschriebene Zusammenkunft der Ligaadjunkten heran. Da Johann Gottfried auch hier seine Beschwerden entsprechend vorbringen wollte, er selbst aber kein Adjunktenamt begleitete, wohl aber der Würzburger, so verglich er sich mit letzterem dahin, daß dessen Gesandte dort neben den eigenen auch die Bamberger Beschwerden über das unierte Volk vorbrachten und im Namen beider Stifter schleunige Abführung samt Leistung von Schadenersatz forderten. Der Bund selbst aber sollte an den Markgrafen von Ansbach nur eine glimpfliche Mahnung richten, dagegen den Kaiser zum Einschreiten bewegen.[85])

Indes der Adjunktentag vom 18.—24. Mai blieb ohne Ergebnis und steigerte den inneren Zwiespalt der Liga nur noch mehr.[86]) Auch die Mahnungen des Prager Fürstenkonventes an den Ansbacher und die Mandate Rudolfs II. gegen die Unierten[78]) hatten keinen Erfolg, da ihnen der Ernst nicht sogleich folgte.

Schließlich verzog sich das Ungewitter doch wieder, indem Joachim Ernst Mitte Mai endlich die beiden Bistümer räumte.[88]) Johann Gottfried atmete zwar zunächst erleichtert auf, aber die Gefahr war damit nicht beseitigt. Es war klar, daß die Unierten nicht nach Jülich ziehen würden, solange das kaiserliche Volk noch bei Passau stand, und bereits ging wieder die Kunde, die feindlichen Truppen wollten sich neuerdings in nächster Nähe der Stifter Bamberg und Würzburg konzentrieren. Schon rückte der markgräfliche Oberst Veit von Selbitz mit seinen 100 neu-

geworbenen Reitern von Coburg her gegen die Residenzstadt Johann Gottfrieds, um dort ihre Musterung vorzunehmen. Nur der entschiedene Protest des Bischofs veranlaßte den Vormarsch des Volkes nach der nahen Oberpfalz; aber auch später zogen dem Selbitz noch fortwährend Söldner durch die Bamberger Lande zu und belästigten dabei die Stiftsuntertanen aufs schwerste. Ferner ließ der Markgraf von Ansbach in Fürth noch einen neuen Musterplatz für ein Regiment zu Pferd unter Graf Johann von Nassau errichten, wodurch die Bevölkerung des dortigen Bamberger Dompropsteiamtes gleichfalls viel zu leiden hatte.[89])

Als die Unierten mit ihrer überlegenen Macht das Stift Straßburg zum zweiten Male heimsuchten, zweifelte Johann Gottfried nicht länger, daß es die Protestanten in erster Linie auf die geistlichen Gebiete abgesehen hätten; denn auch ihm war von ihnen bei ihrem oben angedeuteten Abzug aus den Bamberger Landen gedroht worden, daß sie bald wiederkommen würden. Überdies schien sich vom Niederrhein her ein neues Unwetter entladen zu wollen. Ein staatisches und ein französisches Heer waren im Anmarsch auf die mit kaiserlichem Volk besetzte Festung Jülich und Christian von Anhalt zog alle verfügbaren Truppen der Unierten gleichfalls dorthin zusammen, um sie mit den Scharen des Auslandes zu vereinigen.[90])

Der Bamberger sah gleich seinem Würzburger Freund nirgends eine Hilfe und die bereits am eigenen Leib erfahrene Heimsuchung bestimmte beide, in rascher Ausnützung der ihnen durch die augenblickliche Lage gewährten Bewegungsfreiheit sich zunächst auf eigene Kosten und Verantwortung zu rüsten. In wiederholten Besprechungen zu Kloster Ebrach und Gerolzhofen während des Monats Juni einigten sie sich dahin, ein Regiment Fußvolk von 8 Fähnlein mit 2400 Mann und 3 Kornet Reiter von ungefähr 500 Mann zu werben.[91]) Um nicht die Aufmerksamkeit der Unierten allzusehr auf sich zu lenken, sollte nicht mit der Trommel „umgeschlagen", sondern die Soldaten in aller Stille durch die Befehlshaber angenommen werden. Unter die 2400 Knechte sollten indes auch die bereits Ende April von den Bischöfen geworbenen 1200 einbegriffen sein. Die Austeilung des Volkes erfolgte nach der Reichs-

matrikel in der Weise, daß Johann Gottfried 3 Fähnlein Fußvolk und 2 Kornet Reiter stellte,[92]) und zwar wurde dabei jedes Fähnlein mit 300, jedes Kornet mit 170 Mann bemessen. Jeder Bischof sollte sein Volk im eigenen Stift unterhalten und auch auf eigene Kosten ausrüsten. Da es aber Johann Gottfried bei der schlimmen Finanzlage seines Bistums unmöglich war, die zu so umfassender Rüstung nötigen Geldmittel in der Eile aufzubringen, schoß Julius Echter neuerdings gegen das Versprechen baldiger Rückzahlung eine ansehnliche Summe vor.[93]) Auch die Bamberger Landstände bewilligten dann zum Unterhalt des geworbenen Volkes eine 3jährige Vermögens- und Einkommensteuer, wozu das Domkapitel und der Fürst selbst das Ihre gleichfalls leisteten.[94]) Beide Bischöfe einigten sich auf gegenseitige Hilfeleistung und überdies sollte das ganze Volk so quartiert werden, daß es aufs längste binnen 24 Stunden bei einander war.[95])

Hatte die Ohnmacht der Liga Bamberg und Würzburg endlich zur Selbsthilfe veranlaßt, so trat aus dem gleichen Grunde Ende Juni 1610 Herzog Maximilian mit dem Plan eines Sondervereins der Oberländer innerhalb des alten Bundes hervor, was auch schon die Würzburger Ligaversammlung im Februar empfohlen hatte. Der beabsichtigte Partikularverein sollte in einen fränkischen, schwäbischen und bayerischen Kreis zerfallen. Da weitere Bundessteuern manchem Stand schwer fallen mußten, war geplant, jedem der 3 Kreise die Verpflichtung aufzulegen, sich mit einem Regiment zu Fuß und 500 Reitern zur Hilfeleistung für den Notfall bereit zu halten. Für diesen Vorschlag suchte Maximilian besonders Bamberg und Würzburg zu gewinnen und hauptsächlich setzte er dabei seine Hoffnung auf Johann Gottfried, der stets für entschiedenes Handeln eintrat, wenn er nur einigermaßen die nötigen Mittel dazu aufbringen konnte. Deswegen sandte der Herzog seinen Jägermeister Lorenz von Wensin nach Bamberg, um die ganze Angelegenheit zunächst dem dortigen Bischof vorzulegen. Wenn sich dieser dazu geneigt zeigte, sollte ihn der Abgeordnete auch um seine guten Dienste bei Würzburg ersuchen. Ein Beweis dafür, welche Bedeutung Maximilian dem Urteil und dem Einfluß des Bambergers beimaß, ist seine Weisung an

Wensin: „Wollte dan Bamberg nit an die sach, so wurde bei Wirzburg auch nit vil zu richten sein, derwegen auf solchen fahl er sich wider nach hauß verfiegen solle". Besonders hatte der Gesandte Johann Gottfried nahezulegen: wenn er und Julius Echter sich bereit zeigten, würden auch die anderen Oberländer nicht fehlen und Salzburg sich gleichfalls nicht weiter absondern; außerdem sollten die beiden Bischöfe neuerdings Eichstätt zu gewinnen suchen.[96]) Der Bamberger war mit den bayerischen Plänen wohl einverstanden; aber dem Würzburger erforderten sie zuviel Auslagen neben dem alten Bund. Auch die Kreiseinteilung gefiel ihm nicht, da Würzburg und Bamberg als die vorläufig einzigen Bundesstände im fränkischen Kreis zu stark belastet worden wären. Er war vielmehr für einen Schutzvertrag der nächstbenachbarten Stände und regte bei Kurmainz im Hinblick auf dessen zum fränkischen Kreis gehörige Rieneckischen Besitzungen eine derartige Vereinigung der katholischen fränkischen Reichsstände an. Damit wenigstens etwas erreicht würde, willigte Johann Gottfried auch hierein.[97]) Johann Schweikhart aber verschob trotzdem die Angelegenheit auf den Bundestag und so blieb die Liga zunächst im alten gebrechlichen Zustand.[98])

Schon auf dem Adjunktentag im Mai hatte Herzog Maximilian infolge des Widerstandes gegen seine Vorschläge und der Zurückhaltung des Papstes wie des Königs von Spanien, welche nur dann die Liga unterstützen wollten, wenn das ganze österreichische Haus in dieselbe aufgenommen und ein Mitglied dieser Dynastie an ihre Spitze treten würde, sein Bundesoberstenamt aufgekündet. Nur auf allgemeines Ersuchen hatte er sich schließlich dazu verstanden, noch bis zum nächsten Generalkonvent auf seinem Posten zu bleiben. Dieser Tag wurde auch alsbald auf den 20. Juni nach München angesetzt und der Bamberger beeilte sich seinen Hofmarschall Pelheim mit den nötigen Vollmachten und Weisungen dahin abzufertigen. Er trat mit aller Entschiedenheit für die weitere Fortdauer der bayerischen Führung ein, da er wohl wußte, daß Herzog Maximilian die Seele des ganzen Bundes war und mit seinem Rücktritt von der Leitung die Liga in sich zerfallen würde. Darum gab er auch seinem Gesandten in dieser Hinsicht die bündigsten Instruktionen. Er wies

nachdrücklich hin auf Bayerns hochfürstliches Herkommen, auf seinen Eifer in der katholischen Religion, auf seine Macht an Land und Leuten, auf seine für die meisten Bundesstände günstige territoriale Lage und endlich auf seine leitende Stellung beim früheren Landsberger Bund. Pelheim sollte deswegen den Herzog dringend bitten, die übernommene Direktion für die verglichenen 9 Jahre fortzuführen. Für den Weigerungsfall regte der Bischof an, im Namen aller Bundesstände den Papst und den König von Spanien schriftlich oder durch Gesandte genau über das Wesen der Liga und die Lage im Reich zu verständigen, um so von ihnen eine bessere Entschließung zu erzielen. An Maximilian selbst aber sollte zugleich mit dem Versprechen, ihm alle Schuldigkeit und Willigkeit zu erzeigen, nochmals das allgemeine Ersuchen gestellt werden, wenigstens vorläufig das wichtige Amt weiterzuführen, da man bei so offenkundiger Gefahr nicht ohne Haupt bleiben könne und es gerade jetzt eine Notdurft sei, sich gegenüber einbrechender Gewalt mit einem „ergiebigen" Heer in Bereitschaft zu setzen. Desgleichen war Johann Gottfried dafür, daß die Anwerbung des Ligavolkes sofort unter die einzelnen Bundesglieder ausgeteilt werde; alsdann sollte gemäß der Bundesnotel den bedrängten Ständen, besonders Köln und Straßburg, alle nötige Hilfe geleistet werden.[99]) Schon hatte der Bamberger Hofmarschall seine Reise nach München angetreten, als Bayern in letzter Stunde die ganze Tagung bis auf weiteres verschob mit der Begründung: es seien verschiedene Beratungspunkte zur Zeit noch allzusehr in der Schwebe, als daß man darüber zu einem endgültigen Schluß kommen könne.[100])

Indes die allgemeine Not der Ligastände drängte zur Beschleunigung des Tages und so beriefen die beiden Direktoren den Generalkonvent auf den 16. August nach Augsburg.[101]) Am Rhein und in Oberdeutschland standen die Unierten und das kaiserliche Volk einander gegenüber und die davon drohende Gefahr rief einen erneuten Bundeseifer bei allen Ligagliedern wach. Auch die auf dem Münchener Adjunktentag in Erscheinung getretenen vielfachen Irrungen waren unter diesen Umständen glücklich beigelegt worden, worüber besonders Johann Gottfried „in tröstlich guter Zuversicht" war. Sein Vertreter — es

war wieder Pelheim — hatte sich gleich den Räten der anderen Stände rechtzeitig in Augsburg eingefunden, aber Herzog Maximilian ließ die Versammelten dann durch seinen Geheimsekretär Dr. Esaias Leuker nach München einladen, da der Hauptgrund, warum man den Tag nach Augsburg angesetzt, inzwischen hinfällig geworden war: die in Aussicht genommene persönliche Teilnahme des Mainzers, Kölners und Würzburgers mußte unterbleiben.[102])

Am 22. August wurden dann zu München die Sitzungen eröffnet.[103]) Die Stände waren über die Größe der Gefahr einig. Alle gütlichen Mittel hatten nicht verfangen; die Stifter Köln, Straßburg, Worms, Speier, Bamberg und Würzburg hatten durch die feindlichen Einlagerungen schwer gelitten. Es war zu fürchten, daß die Feinde nach der Eroberung von Jülich aufs neue die Bistümer heimsuchen und alle ihre schlimmen Pläne endgültig ausführen würden. Alsbald erstattete der Vertreter Bambergs Bericht über die außerordentliche Schädigung der beiden fränkischen Stifter und verlangte Hilfe für sie, da die Feinde drohten, dort ihr Winterquartier zu nehmen, und die eigenen Rüstungen der Bischöfe gegenüber der Übermacht der Unierten nicht ausreichten. Daraufhin beschloß man die nötigen Vorbereitungen zur „wirklichen Gegenwehr" zu treffen. Doch sollte die Union zunächst nochmals verwarnt und zum Ersatz der bisher zugefügten Schäden aufgefordert werden, damit man nicht den Katholiken die Schuld an den etwa entstehenden Kämpfen in die Schuhe schieben könne, wie denn die Protestanten bisher stets das kaiserliche Volk zu Jülich, Straßburg und Passau zum Vorwand für ihre Einlagerungen genommen hätten; dadurch würden dann auch viele Stände desto eher zum Eintritt in die Liga bewogen. Bezüglich der Rüstungen war die Mehrheit für die Übernahme des Passauer und Elsässer Volkes in die Dienste des Bundes, während Bamberg, wie schon früher, für eine Verteilung der Werbungen auf den bayerischen, fränkischen und rheinischen Kreis war und bezüglich der Passauer Truppen meinte, man müsse sich wohl vorsehen, daß man „keinen Schimpf aufhebe" und nicht wieder den Gegnern Anlaß gebe, für ihr Volk eine andere Weide als das eigene Gebiet zu suchen. Der glei-

chen Meinung war auch Würzburg. Es äußerte sich eben bei beiden Fürsten darin die Besorgnis vor dem Markgrafen von Ansbach, der sich ja bisher stets auf jenes Volk hinausgeredet hatte. Zugleich verbanden aber auch beide Bischöfe damit die Absicht, ihr schon bestelltes Volk beim Bund unterzubringen und zum eigenen Schutz zu vermehren. Wegen der Höhe der Werbung erklärte Mainz, daß diese sich jeweils nach der Macht des Gegners richten müsse. Dem pflichtete auch Bamberg bei mit dem Bemerken: man möge es so einrichten, daß es erträglich sei. Der allgemeine Schluß ging zuletzt dahin, die ganze Angelegenheit Bayern anheimzustellen; dieses sollte zugleich auch nach ausländischer Hilfe trachten, damit die Unkosten nicht den Bundesständen allein aufgehalst würden. Die Bayerischen Räte verlangten sodann zur Anwerbung von 15 000 Mann zu Fuß und 5000 Reitern außer den zu Würzburg bewilligten 40 Monaten noch weitere 40 und für den Fall einer längeren Unterhaltung dieses Volkes noch monatlich 12 Römermonate. Vor so hohen Forderungen schreckten zunächst alle Gesandten trotz ihres Bundeseifers zurück.

Inzwischen hatte der Prager Fürstentag Rudolf II. zur Wiederaufrichtung seiner zusammengebrochenen Macht 40 Monate bewilligt und dessen katholische Mitglieder mahnten jetzt die Bundesversammlung, diesem Beschluß beizutreten. Doch Bayern stellte die Stände vor die Wahl, ob sie ihre Mittel lieber der Liga oder dem Kaiser anvertrauen wollten. Während Köln den bayerischen Räten das größte Entgegenkommen bekundete, verhielten Mainz und Trier sich ablehnend, erklärten aber zuletzt wenigstens durch Kuriere von ihren Fürsten Bescheid erholen zu wollen. Bamberg gab im Verein mit Würzburg und Straßburg gleich Köln gegenüber den bayerischen Vorschlägen seine Bereitwilligkeit kund, verlangte aber zuvor der kurfürstlichen Räte endgültige Erklärung zu hören. Darauf trat Pelheim mit den Abgeordneten der schwäbischen Prälaten zu einer gesonderten Beratung ab und ließ sich hernach vernehmen: der Bescheid wegen der Steuer könne von Mainz und Trier nicht vor 3 Wochen eintreffen, so lange hier in München zu sitzen, sei zu kostspielig; darum möge man lieber gleich 20, 30 oder 40 Monate bewilligen. Was die Hilfeleistung an die rheinischen Stände, besonders an

Köln betreffe, und zumal diese vom Bundesobersten etwas weit entlegen, so stelle man dies Bayern anheim; nur sollte die für Köln inzwischen genehmigte Hilfe von 80 000 fl. aus der rheinischen, nicht aber aus der oberländischen Kasse entnommen werden. Auch die übrigen Oberländer stimmten dieser Erklärung Pelheims bei, wollten aber im übrigen zunächst nur bis zu 15 Monaten gehen.

Der Bewilligungseifer der Oberländer hatte seinen Grund darin, daß der Markgraf von Ansbach im Hinblick auf die Werbungen von Bamberg und Würzburg nochmals 2 neue Regimenter aufstellte, wodurch man sich schwer bedroht fühlte. Bayern hatte inzwischen in seinen Forderungen 1 Regiment zu Pferd fallen lassen und erklärte 15 000 Mann zu Fuß und 4000 Reiter für ausreichend, wodurch sich die monatlichen Ausgaben auf 234 000 fl. ermäßigten. Der Bamberger Gesandte ging nun in der einmal ergriffenen Initiative weiter, trat für völlige und sofortige Bereitschaft mit der ganzen Werbung und, entgegen seiner früheren Anschauung, auch für Übernahme des Passauer Volkes ein mit dem Beifügen: man solle nach dem Beispiel der Gegner dann „die Pferde an einen fremden Zaun binden" und sofort einen Anschlag machen, wieviel jeden Stand von den 234 000 fl. treffe, dann wolle man sich weiter erklären. Bamberg votierte gleich nach den drei Kurfürsten und Bayern vor allen übrigen Ständen und konnte so einen großen Einfluß auf die Stimmenabgabe der anderen, besonders der Oberländer, üben. Tatsächlich schlossen sich auch Würzburg und alle sonstigen oberländischen Stände den Vorschlägen Pelheims in seltener Einmütigkeit an, so daß schließlich selbst Mainz und Trier dieselben zu Bericht nahmen und der Hoffnung Ausdruck gaben, ihre Fürsten würden sich der Notdurft nach darauf erklären. Hinsichtlich der Höhe der zu genehmigenden neuen Steuer einigte man sich gegenüber den weitgehenden Bamberger Bewilligungen dahin: zunächst den bayerischen Obersten Hannibal von Herliberg und den Passauer Gesandten Dr. Stefan Plank nach Prag abzuordnen und dort beim päpstlichen Nuntius wie beim spanischen Botschafter die Erlegung der versprochenen monatlichen Hilfsgelder schon im ersten Halbjahr völlig für das ganze Jahr zu bewirken.[104]) Wäre diese Abordnung erfolgreich, dann soll-

ten 15, sonst aber 20 Römermonate monatlich gezahlt werden. Hiebei erhielten Bamberg und Würzburg im Hinblick auf ihre exponierte Lage und die dadurch hervorgerufene Gefährdung von Geldtransporten[105]) die Vergünstigung: „daß sie etwas an ihrer zukünftigen quota durch wechsel antizipierten und das übrig bei sich in bereitschaft hielten".[106])

Obwohl nun Bamberg in seiner Sorge vor einem neuen feindlichen Überfall entschieden forderte, daß die Liga auch „gegen und mitten im Winter" mit der einmal beschlossenen Werbung fortfahre, da die Unierten kaum ihr Volk bei Eintritt der kalten Jahreszeit abdanken würden, so mahnte es doch zur größten Sparsamkeit bei Festsetzung der Bestallungen für die hohen Offiziere[107]) wie für das Kriegsvolk, um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stände nicht auf eine allzuschwere Probe zu stellen. Natürlich dachte es bei dieser Begründung zunächst an sich selbst und wußte demgemäß weiterhin im Verein mit Würzburg auch durchzusetzen, daß die von ihnen beiden auf eigene Rechnung geworbenen Truppen unter die Ligaarmee gestoßen und von der Verabschiedung des gegenwärtigen Konvents an in die Bezahlung des Bundes genommen wurden; doch sollten beide Stifter alle bis dahin für dieses Volk gemachten Aufwendungen aus dem eigenen Beutel bestreiten.

Wichtig war ferner jetzt wieder die Frage der Erweiterung des Bundes. Hiebei vertrat auch Pelheim gleich den anderen Räten den Gedanken, man dürfe sich durch das Mißlingen der ersten Versuche nicht abschrecken lassen, sondern müsse vielmehr die Union auf jede Weise zu schwächen suchen, und empfahl besonders nachdrücklich die Gewinnung der beiden „ansehnlichen" Häuser Frankreich und Lothringen, wo nicht zu ersprießlicher Hilfe, so doch zu wohlwollender Neutralität. Am 5. September wurde dann der Abschied unterzeichnet.[108])

Alsbald nach der Rückkehr seines Gesandten drückte der Bamberger Bischof im Gegensatz zum zaudernden Würzburger[109]) Bayern sein volles Einverständnis mit den Münchener Beschlüssen aus, versprach ihnen treulich nachzukommen, so schwer es ihm auch bei der durch die markgräfliche Einlagerung und durch die eigenen Rüstungen

gesteigerten Notlage seines Stiftes falle, und dankte zugleich dem Herzog für den Eifer, mit dem er sich die Liga angelegen sein lasse.[110])

Indes um die gleiche Zeit war in Jülich und im Stift Straßburg bereits die Entscheidung gefallen. Die Ermordung des Franzosenkönigs Heinrich IV., der Tod des Pfalzgrafen Friedrich IV. und besonders die finanzielle Erschöpfung der Union hielten nochmals die Waffen auseinander. Der kaiserliche Oberst Johann von Ruischenbergh hatte die Feste Jülich den Possidierenden übergeben und Holländer wie Franzosen hatten wieder den Heimweg angetreten. Im Elsaß waren die Gegner durch den Frieden von Willstätt übereingekommen, das beiderseitige Volk ganz aus dem Bistum Straßburg abzuführen.[111]) Noch mehr zeigte sich das Vorherrschen der Friedensstimmung darin, daß der Markgraf Joachim Ernst selbst Bayern von der Geneigtheit der Unierten ihr Volk abzudanken verständigte.[112]) Freilich, zunächst machte diesen das immer noch kampfbereit dastehende Passauer und Bamberg-Würzburger Volk ernste Sorge, aber jetzt erklärte Johann Gottfried auf die Kunde von den friedlichen Absichten der Protestanten im Verein mit Würzburg an Herzog Maximilian, daß sie ihr Volk nur zur eigenen Sicherheit geworben, niemanden zur Bedrohung. Man könne ihnen dies um so weniger verdenken, als auch von anderen benachbarten Ständen, ja sogar von den kleinen teilweise im Gebiet der beiden Stifter selbst gelegenen Reichsstädten einige 100 Mann in Bestallung genommen worden und ihre eigenen Lande durch fremde Einlagerung bereits schwer gelitten hätten. Wenn sie gegen jeden Überfall und jede Beschwerung versichert seien, wollten sie gern ihr Volk entlassen und alle bisherigen Unkosten auf sich nehmen, auch die seit dem Münchener Bundesabschied aufgelaufenen. Sie regten weiter bei Bayern an, diese ihre Erklärung dem Ansbacher kund zu tun und so die Bedenken der Unierten wegen des bischöflichen Volkes zu zerstreuen. Die beiden Fürsten wollten eben bei der augenscheinlichen Entspannung der Lage von weiteren großen Ausgaben nichts wissen; denn die Heimsuchung durch das unierte Volk hatte eine verstärkte Teuerung und einen allgemeinen Rückgang des Kredits nach sich gezogen. Allein Herzog Maximilian

wandte gegen die Anregung der Bischöfe ein: ihr Volk sei jetzt in die Bestallung der Liga genommen; darum müsse man auch die Meinung der anderen Stände hören, welche vielleicht auf den Ersatz ihrer erlittenen Schäden nicht verzichten wollten, womit sich endlich Bamberg und Würzburg gleichfalls einverstanden zeigten.[113])

Um die Übernahme ihres Volkes auf den Bund auch praktisch durchzuführen, übersandte Maximilian ihnen die vom bayerischen Kriegsrat festgesetzten Bestallungen, damit sie diese für ihre Truppen in Geltung brächten. Allein die Bischöfe hatten, da bei der kriegerisch bewegten Zeit und den vielen Werbungen nur schwer Volk zu bekommen war, eine viel höhere Besoldung gewähren müssen und konnten dies jetzt nicht ändern.[114]) Für den Fall, daß sich noch weitere Werbungen nötig erweisen sollten, versprachen sie zwar die bayerische Bestallung in acht zu nehmen, doch äußerten sie gleichwohl Bedenken, ob sich die Soldaten darauf einlassen würden.

Mit der Verpflichtung ihrer Truppen für den Bund hielten sie noch zurück, bis die ganze Ligamacht bei einander und zum Widerstand stark genug wäre; denn schon ging aufs neue das Gerücht, als beabsichtige das Unionvolk wieder nach Franken herauszuziehen und in beiden Stiftern das Winterquartier zu nehmen. Sie wollten dem Ansbacher nicht noch mehr Anlaß geben, mit ihnen wie mit dem Bistum Straßburg zu verfahren. Ein weiterer Grund war, daß ihre Untertanen auch durch die eigenen Truppen schwer zu leiden hatten und die Bischöfe, solange das Volk in ihren persönlichen Diensten stand, viel leichter gegen Disziplinlosigkeiten einschreiten konnten. Überdies erklärten sie, daß die Verpflichtung nötigenfalls jederzeit ohne Aufenthalt erfolgen könne.[115])

Aber schon ballten sich die etwas gelichteten Wetterwolken neuerdings um so schwärzer am politischen Himmel zusammen. Der größte Teil der Unionsvölker rückte zur Abwehr der Passauer und der Ligatruppen über den Rhein durch das Kinzigtal nach Schwaben herein und die Donau hinab, überall Furcht und Schrecken verbreitend. Die Unionsfürsten schritten außerdem zu neuen Werbungen und mahnten ihre Lehensleute auf.

Die Rüstungen der Liga dagegen waren ungenügend und so schien die Heimsuchung des Frühjahrs abermals über Bamberg und Würzburg hereinzubrechen. Schon Ende September traf Johann Gottfried mit Eifer alle kriegerischen Vorbereitungen. Er verordnete eine allgemeine Wehrbesichtigung der Untertanen, mahnte die Stiftsvasallen zum Lehensdienst auf, traf Maßregeln zum Schutz der festen Orte und Pässe, ließ Gottesdienste und Prozessionen abhalten „in der tröstlichen Zuversicht, die göttliche Allmacht werde ihr katholisches Häuflein im väterlichen Schutz und Schirm erhalten und vor allem Unheil bewahren". Auch Bayern hielt mit Aufmunterung und gutem Rat nicht zurück und so blickte der Bamberger im Gegensatz zum verzagenden Julius Echter mit Mut und Entschlossenheit der Gefahr entgegen,[116]) so daß es Herzog Maximilian an seiner Anerkennung nicht fehlen ließ.[117])

Bereits zog der Markgraf von Ansbach mit ungefähr 18 000 Mann gegen Ulm. Trotzdem der Kaiser das Passauer Volk nicht dem katholischen Bund überlassen hatte, vereinigte Bayern in den ersten Oktobertagen 8000 von ihm selbst geworbene Söldner um sich und ersuchte jetzt auch die beiden fränkischen Bischöfe, ihr Volk in möglichster Stille mit der nötigen Munition auf etliche Tage versehen, sofort auf einen Sammelplatz zu konzentrieren, der soweit als möglich gegen die Donau zu, jedoch noch auf Stiftsboden läge. Herzog Maximilian versprach, daß innerhalb 2 Tagen ein eigener Gesandter die Gründe, welche man ihrer Wichtigkeit halber keinem Brief anvertrauen könne, den Fürsten mündlich überbringen werde, und gab zugleich der Hoffnung Ausdruck, daß sie nicht erst diese Botschaft abwarten, sondern zur Gewinnung von Zeit sofort in aller Eile die Vereinigung ihrer Truppen veranlassen würden. Er wies auch darauf hin, daß er im entgegengesetzten Fall von vornherein aller ihnen, sowie anderen Bundesständen daraus entstehenden Schäden und Beschwerden entschuldigt sein wolle. Der Oberst von Mersberg sollte dann als bayerischer Kommissär das bischöfliche Volk der übrigen Ligastreitmacht zuführen. Maximilian berief sich bei dieser Verfügung gegenüber Bamberg und Würzburg auf den letzten Münchener Bundesbeschluß mit dem Beifügen: an der Donau drohe die meiste Gefahr, also müsse man ihr hier auch

beizeiten steuern. Sie selbst hätten jetzt nichts zu befürchten, weil die Unionstruppen eben die Donau entlang die Grenzen der eigenen Lande besetzten; sollte aber trotzdem irgendwie eine Gefahr an sie herantreten, dann wollte er ihnen nicht blos das eigene Volk sofort zurücksenden, sondern auch mit den übrigen Streitkräften des Bundes, soviel es nötig, zu Hilfe eilen.[118])

Die eben zu Würzburg bei einander weilenden Bischöfe trafen denn auch sofort noch vor Ankunft des angekündigten bayerischen Gesandten solche Vorbereitungen, daß ihr Volk in wenig Stunden beisammen und in völliger Marschbereitschaft sein mußte. Nur machten sie sich Sorge, der Fortmarsch an die Donau durch so viele meist feindliche Gebiete, die notwendig berührt werden mußten, möchte nicht ohne Verluste von statten gehen. Doch schon zwei Tage später tat der Herzog ihnen durch einen Kurier kund: die Dinge hätten sich inzwischen etwas geändert; wenn die Zusammenführung noch nicht geschehen oder sich sonst noch füglich ändern lasse, möge es einstweilen wieder beim alten Stand bleiben.[119]) So freudig auch die Bischöfe diese Wendung zum Besseren begrüßten, so wollten sie doch nichts destoweniger für alle Fälle ihr Volk vorläufig in Bereitschaft zum Fortzug halten; denn über die bei Ulm liegenden Unierten kamen nur widersprechende Meldungen: bald war von ihrer Abdankung die Rede, bald von ihrer Absicht, die Winterquartiere in den geistlichen Fürstentümern zu nehmen. Auch Johann Gottfried und Julius Echter hielten das Letztere für wahrscheinlicher und mahnten Bayern, auf den Abzug der Feinde gut acht zu haben mit der Begründung: wenn sich einmal dies Volk in den Stiftern festgesetzt und verschanzt habe, könne seine Vertreibung nur „mit schwerer Verderbung der armen Untertanen" erfolgen.[120])

Die plötzliche friedliche Wendung der Dinge aber war hervorgerufen worden durch die erneuten Friedensanträge der Unierten. Diese waren nämlich infolge finanzieller Erschöpfung zu weiterer Fortsetzung des Kampfes nicht imstande, die Liga dagegen schien eben erst ihre volle Macht zu entfalten. Unter solchen Umständen hielten es die protestierenden Fürsten für besser, Frieden zu schließen, als die errungenen Vorteile wieder aufs Spiel zu setzen. Aber

auch die Liga selbst hatte allen Grund, sich zu einem Vergleich herbeizulassen. Die bereits zu Würzburg bewilligte Bundessteuer von 42 Monaten belief sich für die Oberländer auf 348 852 fl., wovon aber erst 128 732 fl. entrichtet waren. Bamberg und Würzburg hatten ihre Beiträge nicht zur Kasse bezahlt, sondern zur Anwerbung und zum Unterhalt ihres Kriegsvolkes benutzt.[121]) Von den rheinischen Ständen wurde außer den 60 000 fl. von Worms kein Heller erlegt.[122]) Überdies war auch die Liga wie die Union durch Parteiungen zersplittert. Besonders der Zwiespalt zwischen Mainz und Bayern hatte sich neuerdings verschärft.[123]) Somit war alle Aussicht für eine friedliche Einigung der Parteien gegeben, als gegen Mitte Oktober eine Gesandtschaft der Unierten zu München erschien, um mit Herzog Maximilian darüber in Verhandlungen zu treten. Am 24. Oktober kam ein Vertrag[124]) zustande, nach dem beide Teile Niederlegung der Waffen gelobten und ihr Kriegsvolk bis auf einen kleinen Rest zur Sicherung gegen die Passauer abzudanken versprachen. Die Frage der den Stiftern zu leistenden Entschädigung für die erlittenen schweren Heimsuchungen sollte vor dem „zuständigen Richter" entschieden werden.[125]) Sofort setzte der bayerische Herzog gleich den übrigen Bundesständen auch Bamberg von dem Hauptergebnis in Kenntnis und begründete ausführlich sein eigenmächtiges Vorgehen.[126]) Zur Ratifikation des Vergleiches aber und zur Beratung der sich daraus ergebenden Fragen, besonders der verfahrenen Finanzverhältnisse, lud er zu einem allgemeinen Tag nach Augsburg für den 7. November 1610.[127])

Um die Stellung der bedeutendsten Bundesglieder zum Münchener Frieden und zum Weiterbestehen der Liga genauer kennen zu lernen und um sie mit den Einzelheiten des eingegangenen Vergleichs bekannt zu machen, sandte Herzog Maximilian seinen Rat Dr. Wilhelm Jocher an verschiedene Höfe. Auf dem Weg über Augsburg, Burgau, Speier und Aschaffenburg kam der Abgeordnete am 11. November abends auch nach Würzburg,[128]) um mit Julius Echter und dem dort weilenden Bamberger Bischof gleichfalls Rücksprache nehmen zu können. Am 12. hatte dann Jocher beim Würzburger, am 13. bei Johann Gottfried je eine mehrstündige Audienz. Beide Fürsten gaben ihrer

Genugtuung über den abgeschlossenen Vertrag lebhaften Ausdruck, nur die Bestimmung über die Vergütung der erlittenen Schäden war nicht nach ihrem Geschmack; denn der Weg des gewöhnlichen Prozesses versprach im besten Fall eine späte Lösung des Streites. Aber während Julius Echter mit seiner endgültigen Antwort zwei volle Tage auf sich warten ließ, erklärte sich der Bamberger auf das Anbringen des Gesandten sofort „cathegorice in optima forma", daß er alles ratifiziere, sich dem Herzog als seinem „Protektor" empfehle und daß es sein entschiedener Wille sei, an der Liga festzuhalten und das Äußerste daran zu setzen.[129]) Der Würzburger dagegen ratifizierte erst am 14. November den Münchener Vertrag, nicht zum wenigsten dabei dem Drängen Johann Gottfrieds folgend, der überzeugt war, daß der Herzog eben nicht mehr hatte erlangen können und bei seiner Tatkraft und Entschiedenheit mit allem Nachdruck auf den baldigen Vollzug der getroffenen Abmachungen bestehen würde. Aber beide Bischöfe ließen dem Herzog eindringlich die schleunige Durchführung des vereinbarten Vertrages empfehlen, um baldigst zu ihrer Entschädigung zu kommen. Desgleichen waren sie zur Ersparung weiterer Unkosten für möglichst rasche Abdankung des Kriegsvolkes, ohne daß zuvor die Beschlüsse des geplanten Augsburger Bundestages abgewartet würden. Aber so lange es ungewiß war, ob gleichzeitig auch der Ansbacher den Abmachungen nachkam, war zu fürchten, daß das abgedankte bischöfliche Volk zu den Feinden überging oder die Truppen der letzteren, wenn sie nicht völlig entlohnt werden konnten, beim herannahenden Winter in den Stiftern Entschädigung suchten. Bayern sollte also wegen der Abrüstung beim Markgrafen eine endgültige Erklärung fordern.[130])

Inzwischen hatte Johann Gottfried gleich den anderen Oberländern seinen Gesandten, den Hofmarschall Pelheim, pünktlich zum Augsburger Bundestag auf den 7. November abgeordnet. Auch die neuen Mitglieder, Erzherzog Ferdinand und die schwäbischen Grafen, waren vertreten. Nur die rheinischen Stände fehlten und entschuldigten sich mit der Kürze der Zeit. Sie baten um Verschiebung der Beratungen bis zum 22. November, was ihnen dann auch wohl oder übel gewährt werden mußte.[131]) Um aber in-

zwischen wenigstens etwas zu tun, hielten die Oberländer Vorbesprechungen wegen Aufbringung der nötigen Summen zur Abdankung des Ligavolkes.[132]) Pelheim war dafür, die Entlassung der Truppen unverzüglich auf den 15. November ins Werk zu setzen, wie es der mit den Unierten abgeschlossene Vertrag bestimmte, weil Tag für Tag 2700 fl. aufgingen und man durch eine schnelle Entlohnung in Kürze 30 000 fl. ersparen könnte; besonders kämen so auch die Soldaten noch vor dem schweren Winter aus dem Land. Der bayerische Kanzler deutete dann dem Bamberger insgeheim an, daß die Rheinischen für die ganzen Werbungen der Liga nichts bezahlen, sondern alles den Oberländern aufbürden wollten und daß überdies von Kurfürst Ernst und Erzherzog Leopold nicht bloß für ihre rheinischen Stifter Köln und Straßburg, sondern auch für ihre oberländischen, Berchtesgaden und Passau, wegen der erlittenen schweren Heimsuchungen völlige Steuerfreiheit verlangt würde. Pelheim schrieb darauf seinem Herrn: „da dem also, werden wir ein zimblich gezenke, ja ein vollkommen zertrennung haben; wird demnach ein groß notturft sein, daß E. fl. Gn. sich dieses punktes halben in spezie resolviert".[133])

Johann Gottfried hatte für die beiden Hauptpunkte, die Vollziehung des Münchener Vertrags und die Bezahlung der Bundestruppen, seinem Gesandten nur allgemeine Weisungen erteilt. Schon auf dem letzten Bundestag im August hatte sich Pelheim im Auftrag seines Fürsten zusammen mit dem Augsburger Domscholaster Christof von Aue[134]) und einzelnen oberländischen Gesandten vergeblich bemüht, zu Augsburg ein Darlehen von einigen 100 000 fl. zu bekommen.[135]) Auch diesmal war er angewiesen, mit den anderen Ständen auf ein gemeinsames Anlehen von 400 000 fl. „auch mehr oder weniger" bedacht zu sein und den Herrn von Aue neuerdings um seine Beihilfe zu bitten. Bamberg hatte große Summen auf sein Kriegsvolk verwenden müssen und war jetzt außer stande, die schon früher bewilligten Kontributionen in der Eile zu erlegen. Glückte es mit der geplanten Geldaufnahme, so wollte der Bischof damit seine schuldige Quote sofort begleichen, das Darlehen selbst aber in der Folge allmählich wieder heimzahlen.[136]) Nach einer Rücksprache mit Donnersberg gab

Pelheim zunächst gegenüber seinem Herrn der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck: man werde Bamberg und Würzburg ihre Kontribution vorläufig zur selbständigen Verfügung lassen, damit sie ihre eigenen Truppen völlig entlohnen könnten; mit der Bezahlung der noch bleibenden Restquote werde man sie dann wohl nicht allzusehr drängen. Doch der weitere Gang der Verhandlungen sollte ihn bald eines anderen belehren. Es zeigte sich, daß bereits an 341 000 fl. für die Ligarüstungen aufgegangen waren und nach Abzug der erlegten Beiträge, der spanischen und päpstlichen Hilfe immer noch ein bedeutender Rest der Deckung harrte. Jetzt meinte auch der Bamberger Gesandte sorgenvoll: wenn die Rheinischen daran nicht tragen würden, möchte es den anderen Ständen gar beschwerlich fallen. Zuletzt einigte er sich mit den übrigen Oberländern, das von den Rheinischen ausstehende Geld einstweilen beim Augsburger Domkapitel zu entleihen, und stellte selbst mit den Vertretern von Passau und Konstanz dort ein entsprechendes Ansuchen, um so bereitwilliger, als auch der Herr von Aue ihn schon dahin vertröstet und alle Beförderung zugesagt hatte. Aber das Kapitel erklärte, nur 30 000 fl. geben zu können. Das übrige sollte jetzt Bayern vorschießen, doch dieses lehnte ab.[137]) Unter solchen Umständen waren weitere Steuern nicht zu vermeiden und daher verlangte Pelheim auf eine neue Weisung seines Bischofs hin nachdrücklich, daß die Rheinischen zur Erlegung ihrer Quoten veranlaßt und die von Bamberg und Würzburg für ihr Kriegsvolk bereits vor der Aufnahme in die Bundesbestallung ausgegebenen Summen an ihrer alten wie neuen Kontribution in Abzug gebracht würden; die beiden Stifter sollten eben gegenüber den anderen Bundesständen, welche solche Aufwendungen nicht gemacht hatten, schadlos gehalten werden.[138])

Indes erschien am 22. November der bayerische Geheimsekretär Dr. Leuker zu Augsburg und lud die Oberländer nach München, um dort die Verhandlungen weiter zu führen, da die Rheinischen, vom Mainzer hingehalten,[139]) ganz auf ihre Teilnahme verzichteten. Aber die Gesandten, voll Verdruß, daß sie solange vergeblich gewartet, wollten davon nichts wissen und maßen allen weiteren Beschlüssen beim Fehlen der Rheinischen wenig Wert bei. Deswegen[140]) ordnete sie Pelheim und den Passauer Ver-

treter Dr. Plank nach München ab, um dem Herzog nahe zu legen, die Tagung vorläufig ganz auszusetzen und auf bequemere Zeit zu verschieben.[141]) Doch wenn die Versammlung ergebnislos auseinander ging und der Hauptartikel des mit dem Unierten geschlossenen Vergleichs, die Abdankung der Truppen, nicht vollzogen wurde, waren neue schwere Verwicklungen unvermeidlich. Maximilian wußte auch wirklich die Stände zur Fortsetzung der Beratungen zu bringen, zumal sich die Rheinischen zur Annahme der zu erwartenden Beschlüsse im voraus bereit erklärten. Am 29. November begannen endlich zu Augsburg die eigentlichen Ligaverhandlungen.[142])

Zunächst erfolgte die Ratifikation des Münchener Vergleichs, wobei von allen Räten nur Pelheim in richtiger Würdigung der diplomatischen Tätigkeit Bayerns dem Herzog für die bewiesene Klugheit und Gewandtheit Dank sagte.[143]) Hinsichtlich der Restitution der geraubten Würzburger Bundesgelder war Bamberg im Gegensatz zur schwächlichen Haltung des Bischofs Julius Echter, der ängstlich jedes gewaltsame Vorgehen vermeiden wollte, nachdrücklich für ein entschiedenes Handeln. Er wies darauf hin, daß die Unierten nur Frieden geschlossen hätten, um des Krieges für diesmal überhoben zu sein, bis sie besser gefaßt wären; eine Abordnung sollte auf sofortige Rückgabe der Summen dringen, im Weigerungsfall aber die Markgrafschaft Ansbach alsbald mit 2—3000 Mann besetzt werden. Doch die Mehrheit einigte sich auf den bayerischen Vermittlungsvorschlag: zunächst durch einen Eilboten sofortige Restitution zu fordern und nach Empfang der Antwort weiter zu beraten.

Von größter Wichtigkeit und auch am schwersten zu lösen war die Frage, wie die zur Abdankung der Truppen nötigen 200 000 fl. und dazu noch die Mittel für die Anlegung eines neuen Bundesschatzes aufzubringen seien. Die Kasse war längst erschöpft,[114]) nicht zum wenigsten infolge der schon angedeuteten Saumseligkeit der rheinischen Stände in der Bezahlung. Die Oberländer hatten meist ihre Beiträge entrichtet oder doch durch die Unterhaltung von Kriegsvolk zum Besten des Bundes verwendet, ja sogar vielfach ihre Gebühr weit überschritten. So hatte Johann Gottfried für seine Truppen bereits in die 71 000 fl.

„außer der dargegebenen munition“ aufgewendet, während sich seine Quote an den bewilligten 42 Monaten nur auf 52 080 fl. belief. Die Versammlung machte nunmehr alle Anstrengungen, um die verlangten 200 000 fl. ohne neue Steuer aufzubringen, sie zog die Rückstände der oberländischen Prälaten, die spanische und päpstliche Hilfe heran, aber immer fehlten noch 80 000 fl.[115]) Zur Deckung dieser Restsumme empfahl Bamberg im Verein mit Österreich, Bayern und Würzburg ein Anlehen bei der Stadt Augsburg oder den Fuggern. Indes die übrigen Stände lehnten diesen ohnehin wenig aussichtsvollen Antrag ab und erboten sich vielmehr, ihren Anteil an einer weiteren Besteuerung sogleich zu erlegen. Jetzt war auch Bayern für eine neue Bewilligung. Soweit diese bezahlt würde, sollte damit die Abdankung wenigstens teilweise vorgenommen werden, der Rest des Volkes aber den mit der Entrichtung ihrer Quoten säumigen Ständen ins Land gelegt werden. Jedoch hiemit war Bamberg durchaus nicht einverstanden, sondern meinte, die Bundesmitglieder sollten eher das Äußerste erdulden, als dies Mittel anwenden. Außerdem wäre ein solches Verfahren dem Ansehen der Liga und des Herzogs nachteilig und würde nur die Gegner ermutigen „ihre unziemlichen Anschläge durchzudrücken“. Man möge daher lieber den Herzog um ein Darlehen ersuchen; wolle dieser kein Geld hergeben, so könne man es ja auf Kosten der Säumigen aufnehmen. Auch Würzburg, Passau und Augsburg waren dieser Anschauung. Doch dagegen wehrte sich nicht bloß wieder die vorige Mehrheit, die überhaupt keine Anleihe gestattete, sondern diesmal auch Bayern selbst. Man einigte sich sodann allerseits, zur Begleichung der 80 000 fl. neuerdings 10 Monate zu bezahlen. Da die meisten Stände diese Steuer sogleich, die anderen aber in 10, 12 oder 14 Tagen bar erlegen wollten, hielt Pelheim sie neben den bereits verfügbaren Mitteln für völlig genügend zur Entlohnung der Söldner und äußerte: die Obersten könne man an die Bundesglieder weisen, welche zur Barzahlung nicht gefaßt, aber für die in Frage kommenden Summen „wohl angesessen“ seien, wie es dann auch geschah.

Mit vieler Mühe und mit der regen Beihilfe des Domscholasters von Aue hatte Pelheim inzwischen für seinen

Fürsten ein Darlehen von 20 000 fl. auf 6 Jahre[146]) zuwege gebracht. Das Augsburger Domkapitel sagte für Kapital und Zinszahlung gut und so konnte die Summe gleich erhoben werden. Der Hofmarschall fragte nun bei Bischof Johann Gottfried an, ob er davon sofort die neubewilligte Anlage begleichen sollte, worauf er den Bescheid erhielt: das Stift habe seine Angebühr schon weit überschritten; es wäre also billig, dasselbe für diesmal mit weiterer Kontribution zu verschonen. Es möchten nur erst die anderen, die auch zur Bezahlung schuldig, aber noch nichts erlegt, das Ihre richtig machen. Wenn aber die Stände trotzdem infolge der allgemeinen augenblicklichen Notlage die Entschuldigung nicht gelten lassen wollten, so möchte Pelheim in Gottes Namen die neue Steuer vom Augsburger Darleben gleich bezahlen. Daraufhin erlegte dieser von den für Bamberg 12 400 fl. betragenden 10 Monaten alsbald wenigstens 9600 fl.[147])

Während all dieser Verhandlungen wurde die Abdankung des Ligavolkes wieder mehr als zweifelhaft. Den Unierten schien es mit der Entlassung ihrer Truppen nicht eilig, das Elsässer Volk stand noch in den vorderösterreichischen Landen bei einander und die unbezahlten Passauer waren in hellem Aufruhr begriffen. Schon kam von letzteren die Nachricht, sie würden nach Bayern oder Schwaben ziehen, da sie im ausgesaugten Stift Passau nicht länger bleiben konnten und Tirol ihnen versperrt war.[148]) Überdies besorgte man, das bayerische Volk möchte nach seiner Entlassung zu den Passauern übergehen und „zuletzt ein ungrischer Aufruhr daraus werden"; denn bei der Feindschaft Kaiser Rudolfs II. gegen seinen Bruder Matthias, den König von Ungarn, war die Möglichkeit eines Einfalles des Passauer Volkes in die Lande des letzteren nicht von der Hand zu weisen. Mit der Mehrheit der Tagung wollte deswegen auch Bamberg mindestens die Hälfte der Truppen und alle Befehlshaber den ganzen Winter durch in ihrer Bestallung verbleiben lassen.[149])

Doch bald kamen wieder beruhigendere Meldungen. Jetzt war auch Pelheim für eine weitergehende Abdankung, damit die Unierten nicht über Vertragsverletzung schreien könnten; nur sollte man gegen die Passauer das halbe Regiment des Obersten von Mersberg, also 1500 Mann, noch

1 oder 2 Monate unter allen Umständen behalten; denn die gleichzeitige Entlassung aller Truppen sei nicht ohne Gefahr möglich. Man beschloß demgemäß tatsächlich die Hauptmacht abzudanken, ausgenommen das halbe Regiment Mersberg, das noch 3 Monate unterhalten werden sollte. Da Markgraf Joachim Ernst neuerdings zu Kitzingen 200 Reiter und zu Ansbach 300 Knechte in die Winterquartiere legte, überdies abermals häufige Durchmärsche fremden Volkes durch die beiden fränkischen Stifter erfolgten, beantragten Bamberg und Würzburg, einem jeden von ihnen noch die fernere Unterhaltung eines Fähnleins Knechte auf Bundeskosten zu genehmigen für solange, bis man gegenüber dem Ansbacher etwas besser versichert sei. In entgegenkommender Weise genehmigte[150]) die Versammlung nicht bloß die 2 Kompagnien, sondern auch einem jeden der beiden Stifter noch 1 Kornet Reiter bis auf weiteres.[151])

Im ferneren Verlauf der Tagung stellte dann Bayern die Fortsetzung des Bundes und damit die Bildung eines neuen Geldvorrats zur Beratung. Gleich den übrigen Abgeordneten hielt Pelheim den Fortbestand der Liga für selbstverständlich und drang besonders auf die endliche Abfertigung der schon auf dem letzten Konvent beschlossenen Gesandtschaften an die fremden Höfe, die Festsetzung einer neuen Bundessteuer indes wollte er wegen des Fehlens der Rheinischen auf die nächste allgemeine Zusammenkunft verschoben wissen. Gegenüber der von Bayern und Österreich vorgeschlagenen Besteuerung des gesamten Klerus verhielt sich Bamberg mit der Mehrzahl der geistlichen Stände zwar nicht ablehnend, begnügte sich aber wegen der vielen damit verbundenen Schwierigkeiten und aus Mangel an Instruktion, sie lediglich zu Bericht zu nehmen.[152]) Außerdem wurde über die von Herzog Maximilian geforderte Verbesserung der Verfassung, die besonders auf die Machterweiterung des Bundesobersten in der Kriegsdirektion abzielte, verhandelt. Hiebei regte Bamberg bezüglich der Hilfeleistung in „eiligen Fällen" an, daß jeder Stand seine Untertanen soweit abrichten möge, damit er sich bis zum Eintreffen der Bundeshilfe selbst verteidigen könne; wäre das früher geschehen, so hätten die schwäbischen Ligastände den Durchzug des Ansbachers

leicht abzuwehren vermocht. Doch wurde zuletzt der ganze Punkt gleich dem Rechnungsabschluß bis zur nächsten Gesamttagung zurückgestellt.[153])

Inzwischen hatten die Bischöfe von Bamberg und Würzburg bereits den Augsburger Beschlüssen vorgegriffen und ihr ganzes Volk bis auf 2 Fähnlein zu Fuß entlassen, so daß sie von der weitergehenden Bewilligung des Bundes auch für 2 Kornet Reiter gar keinen Gebrauch mehr machen konnten.[154]) Auch der Markgraf von Ansbach wurde durch das Mahnschreiben der Ligaversammlung bezüglich der Julius Echter weggenommenen Gelder zum Nachgeben bestimmt und verglich sich mit dem Bischof über die Rückzahlung.[155]) Aber von einer Entschädigung für die Einquartierungen an Bamberg und Würzburg wollte er nach wie vor nichts wissen und so mußte diese Angelegenheit den Bund noch weiter beschäftigen.

Der Augsburger Ligatag hatte infolge des Fehlens der rheinischen Mitglieder seine Aufgabe nur halb lösen können und so war die baldige Berufung einer neuen allgemeinen Versammlung dringend nötig. Aber dem stand der innere Zwiespalt der Oberländer und der Rheinischen sowie noch mehr der ihrer beiden Häupter, Bayern und Mainz, entgegen. Einmal handelte es sich um den Rechnungsabschluß der Bundeskasse. Da fragte es sich, ob die rheinischen Stände die ihnen von den Oberländern gewährten Zuschüsse zurückerstatten mußten und die Abrüstungskosten gemeinsam getragen werden sollten. Das rheinische Direktorium wollte eben keine Opfer bringen, sondern lediglich vom oberländischen Gewinn ziehen. Gesteigert wurde der Konflikt noch durch die Verhandlungen über die Aufnahme des gemäßigt lutherischen Gesamthauses Sachsen. Während Kurmainz sich davon eine außerordentliche Stärkung der Liga in militärischer und finanzieller Hinsicht versprach, war Herzog Maximilian entschieden dagegen.[156]) Der bayerische Oberstkanzler Joachim von Donnersberg, der Ende 1610 persönlich mit Johann Schweikhart verhandelte, konnte die Meinungsverschiedenheiten nicht ausgleichen,[157]) und so luden[158]) beide Direktoren selbständig die Mitglieder ihres Bezirkes nach Frankfurt resp. Augsburg, um sich mit ihnen über die schwebenden Fragen noch vor der allgemeinen Tagung zu einigen.

Auf dem Frankfurter Kommunikationstag vom 23. Februar bis 2. März 1611 sprachen sich die Rheinischen einstimmig für die Aufnahme Sachsens und dessen Einladung zum Bundestag aus. Überdies wurden die meisten Beschlüsse der Oberländer vom 8. Dezember 1610 gutgeheißen.[159])

Schon im Januar 1611 suchte der Mainzer auch Bamberg für seine Ideen zu gewinnen, indem er es in einem dringenden Schreiben auf die Schwäche der Liga hinwies, welche zum Münchener Akkord und zur Abdankung des Kriegsvolkes geführt habe. Zugleich teilte er die von ihm entworfene und an Sachsen bereits zugestellte neue Bundesnotel[160]) mit, worin die scharfe Betonung des katholischen Standpunktes fallen gelassen und nur von einer allgemeinen „christlichen Defension" die Rede war. Doch Johann Gottfried neigte entschieden den bayerischen Anschauungen zu und hatte um so weniger Ursache, die Pläne Johann Schweikharts zu fördern, als der ganze bisherige Verlauf der Dinge gezeigt hatte, daß in Bundessachen auf die Rheinischen nicht der geringste Verlaß sei und im Notfall nur der engste Anschluß an Bayern und die übrigen Oberländer Rettung verheiße. Darum ging er der Mainzer Werbung mit diplomatischem Geschick aus dem Weg, indem er die Aufnahme Sachsens an sich „nicht für unratsam" erklärte, weil man bei den gefährlichen Zeitläuften notwendig auf Erweiterung des Bundes trachten müsse, zugleich aber auch die von Bayern dagegen eingewandten Bedenken für höchst beachtenswert hielt[161]) und zu nochmaliger Rücksprache mit letzterem mahnte. Als daher zu Anfang Februar Herzog Maximilian den Bamberger um sein Gutachten über den Mainzer Vorschlag ersuchte,[162]) stellte sich dieser völlig auf den bayerischen Standpunkt und war für baldigste Berufung der in Aussicht genommenen Beratung der Oberländer, die dann auch am 16. März zu Augsburg ihren Anfang nahm. Der Bamberger Gesandte Pelheim hatte Befehl, wegen des Hauptpunktes, der Aufnahme Sachsens, sich ganz der Meinung Bayerns anzuschließen, „dessen treue Wachsamkeit gegen alle Bundesstände und dessen hoch erleuchteter Verstand in dergleichen hochwichtigen Fürfallenheiten jedem wohl bekannt sei". Doch wenn sich die Stände dafür erklärten, sollte zuvor die Zustimmung des Papstes

und Spaniens eingeholt und bis zur Rückäußerung dieser beiden mit der wirklichen Aufnahme gewartet werden. Dabei machte Johann Gottfried den ausdrücklichen Vorbehalt, daß auf keinen Fall der Jülicher Streit in die Bundesangelegenheiten hineingezogen werden dürfe, und hinsichtlich der vom Mainzer vorgelegten neuen Notel verlangte er entschieden die Streichung der Klausel, daß alle ausländischen Fürsten von der Liga ausgeschlossen sein sollten.[163])

Indes, um den bestehenden Widerstreit der Meinungen zwischen Oberländern und Rheinischen nicht zu einem unheilbaren Bruch werden zu lassen, schlug Bayern nunmehr einen Mittelweg vor. Es gab seine grundsätzlichen Bedenken gegen den Eintritt Kursachsens in die Liga auf, aber um so genauer legte es die Art der Verbindung fest. Wenn irgend möglich, sollte Christian II. nicht als ordentliches vollberechtigtes Mitglied aufgenommen werden, sondern nur in ein freieres Schutzverhältnis zum Bund treten; anderenfalls müßte er sich auf die alte Notel verpflichten. Beharrten jedoch die Rheinischen auf der Abänderung der Verfassung nach dem Wunsch Sachsens, so könnten diese mit letzterem nach ihrem Gutdünken eine Vereinigung abschließen, während die Oberländer an der bisherigen Notel festhalten sollten. Durch einen Schutzvertrag könnten sich dann die so entstandenen zwei Sonderbünde zur gegenseitigen Hilfeleistung verpflichten.[164]) Gleich den anderen Ständen stimmte auch Bamberg diesen Vorschlägen zu und demgemäß einigte man sich, Sachsen auf die nächste allgemeine Versammlung nach Würzburg einzuladen, um dort mit diesem völlig ins reine zu kommen.

Der andere Hauptpunkt war der Rechnungsabschluß. Der Bamberger Bischof hatte durch seinen Kammermeister Hieronymus Schütz dem Hofmarschall zu den Rechnungen eigens noch die entsprechenden Belege nachgesandt; aber die Prüfung dieser wurde als eine alle Stände betreffende Angelegenheit auf den Würzburger Tag verschoben. Bereits hatte Bayern 129 053 fl., Bamberg 14 770 fl.,[165]) Würzburg 52 365 fl. und Augsburg über 58 000 fl. vom Bund zu fordern; im ganzen betrug das Guthaben der genannten Stände also 254 189 fl. Dem gegenüber beliefen sich die Ausstände der übrigen Oberländer auf 130 607 fl.,

welche sofort eingetrieben werden sollten. Weil aber auch darnach noch ein Teil der durch Entlohnung des Ligavolkes entstandenen Schuld ungedeckt blieb, einigte sich Bamberg mit der Mehrheit neuerdings auf die Erlegung von 15 Monaten. Ferner hatte Pelheim für den Fall, daß die anderen Stände wegen der Einlagerung der Bundestruppen einen „billigen Abtrag" suchten, Befehl, für Bamberg ein Gleiches zu begehren. Doch wurde dieser Punkt gleich der Frage, wie man gegen den Ansbacher wegen der Entschädigungsansprüche der beiden fränkischen Bistümer weiter vorgehen solle, bis zum allgemeinen Tag verschoben, worauf am 21. März der Abschied[166]) unterzeichnet wurde.

Aber trotz der Friedensschlüsse von Willstett und München war es im Reich nicht ruhig geworden. Das Passauer Volk setzte sich von Oberösterreich aus gegen Böhmen in Bewegung und abermals eröffneten zu Anfang Februar 1611 kaiserliche Werber in den Bamberger Landen ihre Tätigkeit. Nur zögernd erteilte Johann Gottfried, der voll Mißvergnügen auf diese neuen kriegerischen Anstalten blickte, dazu seine Genehmigung; doch verlangte er ausdrücklich, daß die Werbetätigkeit wie im vorigen Jahr in aller Stille vor sich gehe, damit nicht aufs neue der Argwohn der benachbarten protestantischen Stände wachgerufen würde. Mit Besorgnis sah er ferner, wie abermals eine Versammlung der Unierten vom 13.—23. März zu Schweinfurt tagte[167]) und wiederholt kurpfälzisches Kriegsvolk vom Rhein her dicht an den Bamberger Grenzen vorüber nach der benachbarten Oberpfalz zog. Wilde Kriegsgerüchte waren allenthalben im Umlauf; die von der Reichsstadt Nürnberg unterhaltenen Knechte und Reiter ließen sich trotz aller Beschwerden des Bischofs durch „Auslaufen und Garten" gegenüber dem Stift manche Gewalttätigkeit zu Schulden kommen, so daß Johann Gottfried wiederholt seine Beamten zu verdoppelter Wachsamkeit mahnte und den bewaffneten „Ausschuß" der Untertanen zur Bereitschaft aufforderte.[168]) Auch am Rhein wollte es zu keinem Frieden kommen. Noch immer unterhielten die possidierenden Fürsten in den Jülicher Landen viel Volk und bedrohten besonders das Erzstift Köln, so daß der alte Herzog Wilhelm von Bayern in einem dringenden Schreiben den Bamberger bat, auf dem in Aussicht stehenden allgemeinen Liga-

tag im Verein mit den bayerischen Vertretern dahin zu wirken, daß im Kölner Gebiet wieder geordnete Zustände hergestellt würden.[169])

Unter diesen Verhältnissen begrüßte Johann Gottfried den auf den 18. April ausgeschriebenen Würzburger Tag aufs lebhafteste, da er sich von ihm eine endgültige Lösung des Zwiespaltes unter den beiden Direktoren und eine innere Kräftigung des Bundes versprach.[170]) Als Vertreter ordnete er seinen Hofmarschall Pelheim und den Domdechant Hektor von Kotzau[171]) ab und die ihnen mitgegebene ausführliche Instruktion[172]) beweist deutlich, wie ernst es dem Bischof damit war. Er zeigte sich zu den größten Opfern bereit, forderte aber das Gleiche auch von den anderen Ständen; alle Sonderinteressen sollten möglichst zurücktreten. Bezüglich der Aufnahme Sachsens ließ er es beim letzten Augsburger Abschied der Oberländer und war auch weiter für engsten Anschluß an Bayern. Um den zu erwartenden sächsischen Gesandten ja keinen Anlaß zu widrigen oder mißtrauischen Gedanken zu geben, hielt er dafür, von diesen gleich zu Anfang die Bedingungen des Hauses Wettin für seinen Beitritt zu vernehmen; darauf könnte man nach reiflicher Erwägung entsprechende Gegenvorschläge machen. Wenn es „in Ermanglung anderer Mittel" tatsächlich zur Trennung der Liga in zwei Sonderbünde kommen sollte, war ihm „solches nicht entgegen". Zur Wiedererstattung der von verschiedenen Ständen im vergangenen Jahr über ihre Quoten zum Bundeswesen geleisteten Vorschüsse und sonstigen Auslagen forderte er eine „erkleckliche eilende Hilfe", wobei niemand zu verschonen sei, sondern eine durchgehende Gleichheit gehalten werden müsse. Die Beschaffung eines neuen ergiebigen Vorrats erklärte er für höchst nötig bei den schweren Zeiten und versprach, obwohl sein Stift aufs äußerste erschöpft und mit einer fast unerträglichen Schuldenlast beschwert sei, sich gleich den anderen Ständen alle Mühe zu geben, daß Bamberg mit der Leistung seiner Angebühr nicht hintanbleibe. Doch solle auch hier bei niemand wegen seiner Notlage eine Ausnahme gemacht und Nachsicht geduldet werden. Für den Fall, daß neuerdings ein Bundesglied in Widerspruch mit dem Religions- und Profanfrieden Gewalt geschehe und die Liga sich abermals mit großen Unkosten

in militärische Bereitschaft setzen müsse, riet der Bischof dringend, gegenüber einem solchen Friedensbrecher nicht eher die Waffen aus der Hand zu legen als bis zuvor für alle entstandenen Kosten und zugefügten Schäden Ersatz geleistet sei. Bei verdächtigen Werbungen der Gegner sollte der Bundesoberst von Amts wegen sofort Erkundigungen einziehen, schriftlich oder durch eine Abordnung darüber Erklärung fordern und auch die in der Nähe gesessenen Bundesstände davon eilig in Kenntnis setzen, damit diese alsbald entsprechende Gegenmaßregeln treffen könnten. Alle benachbarten Ligaglieder sollten schuldig sein, einander nach Kräften beizustehen.[173]) Bezüglich der von ihm und anderen Ständen erlittenen Schäden, welche noch nicht gemäß den mit der Union getroffenen Abmachungen beglichen worden, drängte Johann Gottfried auf baldigen Ersatz und ließ über seine eigenen Ansprüche ein ausführliches Verzeichnis[174]) vorlegen. Nachdrücklich mahnte er auch, auf die weitere Stärkung des Bundes bedacht zu sein, falls noch andere Fürsten inner- und außerhalb des Reiches gewonnen werden könnten. Im Zusammenhang damit empfahl er, wie schon zu Augsburg, in der vom Mainzer vorgelegten neuen Bundesnotel die Abänderung oder völlige Streichung der die Ausländer ausschließenden Klausel. Wenn wider Erwarten Stände entgegen dem gegebenen Versprechen und den eingegangenen Verträgen sich von der Liga zurückziehen wollten, sollte man sie „gar nit ledig zehlen", sondern sie vielmehr anhalten, die vereinbarte Zeit abzuwarten und unterdessen ihre Quoten unsäumig zu erlegen. Wegen der Rheinischen ging seine Meinung dahin, diesen unter der Bedingung die allgemeine Bundeshilfe in Aussicht zu stellen, daß sie ihre Rückstände in Bälde begleichen und auch künftig ihre Angebühr entsprechend beisteuern würden. Die Prälaten, Grafen und Herren aber, welche bereits der Liga angehörten und doch nichts erlegen wollten, sollten erneut gemahnt und bei allermaliger Weigerung die in der Notel vorgesehenen Mittel wider sie gebraucht werden. Gemäß erhaltenem Auftrag nahmen die Bamberger Räte auch mit Julius Echter in einer langen Audienz über alle diese Fragen Rücksprache.[175])

Der Hauptpunkt der vom 21.—30. April währenden[176] Beratungen, die Aufnahme Sachsens, fand jedoch

eine unerwartete Lösung, indem Christian II. der Einladung nach Würzburg überhaupt keine Folge leistete.[177]) Johann Schweikhart schob jetzt die ganze Schuld am Scheitern seines Plans auf das Zögern Bayerns und verlor überhaupt jedes Interesse an der Liga. In richtiger Erkenntnis der dadurch geschaffenen Lage schrieben die Bamberger Gesandten ihrem Herrn: „das sächsische verbündnus ist in brunnen gefallen, gott weiß, wozu es vielleicht gut; ist wohl zu vermuten, daß diejenige, welche das werk getrieben, um den schimpf ein großes geben würden". So spitzte sich der Gegensatz zwischen beiden Direktoren nur desto mehr zu, was natürlich auch auf den Verlauf der Verhandlungen seine Wirkung üben mußte.[178])

Wegen Kursachsen brauchte man weiter keine Zeit zu verlieren, aber um so länger stritt man sich bei der Prüfung der Rechnungen herum. Hartnäckig forderten die Rheinischen Abzug der dem Erzherzog Leopold als kaiserlichem Kommissär in Jülich bewilligten 15 Monate von ihrer Quote, Moderation der Matrikel und Einreihung der eigenmächtig geworbenen Truppen in die Bundesarmee, was Bamberg mit den übrigen Oberländern eben so entschieden ablehnte. Es kam zu heftigen, endlosen Auseinandersetzungen, so daß Pelheim und Kotzau eine völlige „Zertrennung" besorgten, worauf der Bamberger Bischof durch seine Abgeordneten die Stände insgemein dringend mahnte „mit den sachen behutsam umbzugehen".[179]) Um überhaupt zu einem Ende zu kommen, beschloß man, unbeschadet der Bundeseinheit die Prüfung der Rechnungen und die Bezahlung nach Kassen getrennt vorzunehmen, wobei grundsätzlich die Anrechnung der durch den Unterhalt von Bundesvolk entstandenen Auslagen genehmigt wurde. Die Bamberger schlugen daraufhin, wie schon jüngst zu Augsburg, ihre sämtlichen für die Liga gemachten Aufwendungen zu 94 770 fl. an.[180]) Auch diesmal ergab sich unter solchen Umständen die Notwendigkeit neuer Steuern. Wiederum beantragte Bayern die Dezimation der Geistlichkeit, da man nicht alles von den Untertanen und aus den Kammergefällen erheben könne. Obgleich Bamberg meinte, daß dadurch wohl nicht jedes Vermögen und Einkommen offenbar würde, so trat es doch entschieden dafür ein und erklärte, es habe damit bei seinem Kapitel schon den Anfang

gemacht. Indes nur Augsburg folgte dem Bamberger Votum, die anderen Stifter konnten sich nicht dazu verstehen. Der Klerus nahm eben fast in allen Bistümern eine mehr oder minder exempte Stellung ein und war nur schwer zu bewegen, für ein und den anderen Fall auf dieses Privileg zu verzichten. Die Mehrheit einigte sich vielmehr, 4 Jahre lang je 20 Monate zu erlegen, später je 10. Für das laufende Jahr sollten von den ersten 20, die schon im Dezember zu Augsburg bewilligten 15 Monate zur Schuldentilgung abgezogen werden. Mit Nachdruck verwandten sich Pelheim und Kotzau auch für den Beschluß, daß zur Stärkung des Bundes die bereits im ersten Würzburger Abschied aufgeführten in- und ausländischen Fürsten abermals zum Beitritt bezw. zur Fortsetzung der Subsidien veranlaßt würden. Ferner empfahlen sie aufs wärmste Partikularvereinigungen unter den Nachbarn und gaben den Rat, jeder Stand möge sich noch mit einer gewissen Barsumme gefaßt halten. Nicht zum wenigsten infolge ihres Eintretens wurde jetzt auch die von Bayern vorgeschlagene Verbesserung der Verfassung[181]) wirklich dem Abschied einverleibt[182]) und im Verein mit Würzburg betrieben sie die Ausfertigung eines neuen Mahnschreibens an Ansbach wegen Erstattung der 1610 zugefügten Schäden, das dann endlich seinen Zweck erreichte.

Der Würzburger Konvent hatte wieder Ordnung und Stetigkeit in das zerfahrene Bundeswesen bringen sollen. Der Eifer Bayerns und seines Anhangs, nicht zum wenigsten der Bambergs, riß zwar für den Augenblick die Schlaffenden mit fort zu entsprechenden Beschlüssen; aber nach Schluß der Versammlung geriet die Liga wieder in das alte Stocken. Der innere Gegensatz zwischen Rheinischen und Oberländern war durch die Würzburger Verhandlungen nicht beseitigt, sondern eher vertieft worden. Besonders das Kassawesen blieb im alten erbärmlichen Zustand; es gelang nicht einmal die Rückstände einzutreiben, geschweige denn einen neuen Bundesschatz zu sammeln. Unter solchen Umständen unterblieb der Beitritt neuer Mitglieder zur Liga; auch die ersehnte Hilfe vom Ausland ließ vergebens auf sich warten.[183])

Zu den wenigen, denen es mit dem Bund noch Ernst war, zählte auch Johann Gottfried. Mit wachsender Sorge

sah er die stets bedenklicher werdende Lage der Katholiken und, um die Liga zu neuem Leben zu erwecken, riet er anfangs September 1611 in einem ausführlichen Memorandum den beiden Bundesobersten dringend, neuerdings einen allgemeinen Konvent zu berufen, wobei er der Hoffnung Ausdruck gab, die seit der letzten Würzburger Zusammenkunft eingetretenen Ereignisse würden die Bundesglieder endlich aus ihrer Lethargie emporrütteln.[184])

Da der von seinem Bruder Matthias auch der böhmischen Krone und hiemit des letzten seiner Erblande beraubte Kaiser Rudolf II. sich um die zweifelhafte Freundschaft der Unierten bewarb und der protestantische Herzog Heinrich Julius von Braunschweig von ihm mit der Leitung des geheimen Rates wie des Reichshofrates betraut wurde, fürchtete der Bamberger, es werde kein katholischer Stand mehr zu seinem Recht gelangen und in Kürze die Mehrheit der genannten 2 Kollegien aus des Braunschweigers Anhang bestehen, so daß die Katholiken entweder ganz davon weggehalten oder doch überstimmt würden.[185]) Bestärkt wurde er in dieser Anschauung durch die Ernennung des kalvinistischen Landgrafen Moritz von Hessen-Kassel[186]) zum kaiserlichen Kommissär für den bevorstehenden Nürnberger Kurfürstentag ohne Beigabe eines Katholiken und durch die von Rudolf II. geschehene Abfertigung des Protestanten Günterode zum Rothenburger Unionstag im August, dessen Kredenz und Instruktion keinem der kaiserlichen Räte vorgelegt, sondern vom Braunschweiger allein ausgefertigt worden war.[187]) Ferner besorgte Johann Gottfried, Herzog Heinrich Julius möchte als Administrator von Halberstadt für sich und „andere dergleichen unordentlicher Weise eingedrungene vermeinte[188]) Bischöfe" ungestümer denn je die lang gesuchte Session begehren und unter den vorerwähnten Umständen für diese Ansprüche direkt oder indirekt die völlige „Freistellung" erlangen; deshalb mahnte er von vornherein die Bundesstände zu beherztem Widerstand gegenüber dem Braunschweiger, der sie zudem jüngst, als es sich um die Aufnahme des Gesamthauses Wettin in die Liga handelte, in seinem „Bedenken" an Kursachsen ohne Anlaß aufs schärfste angegriffen habe. Die Bundesglieder sollten auf dem künftigen Generalkonvent diese Verunglimpfung entsprechend zurückweisen und

sich mit den noch abseits stehenden katholischen Ständen zum baldigen Sturz des übermächtigen Welfen verbinden.[189]) Mit Nachdruck wies der Bischof auch auf den Einspruch der protestantischen Holländer gegen die Koadjutorenwahl in Münster hin, wobei diese zugleich für ihre Glaubensgenossen volle Religionsfreiheit forderten.[190]) Gab man ihnen nach, so war sicher, daß sie in Kürze ihre Jurisdiktion durch ganz Deutschland als Protektoren ihrer Religionsverwandten ausdehnten, wie sie auch bereits die gleichen Schritte gegen andere deutsche Stifter in Aussicht stellten. Darum meinte Johann Gottfried, die Bundesglieder müßten solchen Ständen wie Münster, die sich wegen ihrer feindlichen Nachbarn nicht der Liga anzuschließen wagten „ein Herz machen und Beistand erzeigen"; dann würden diese es wohl an sich selbst nicht weiter fehlen lassen. Wenn dagegen die Liga alle katholischen Stände. welche sich nicht zu ihr begeben könnten, hilflos lasse, würden diese überwältigt und dem Katholizismus entfremdet, dann aber wären die wenigen noch übrigen, in der Liga vereinigten Stände zur eigenen Verteidigung erst recht zu schwach. Man brauche ja deshalb nicht gleich zu den Waffen zu greifen, sondern könne nach dem Vorbild der Protestanten viel durch persönliche Autorität und diplomatische Verhandlungen ausrichten. Weiter verurteilte der Bamberger aufs schärfste das Verhalten der possidierenden Fürsten in Jülich gegenüber Kur-Köln in Religionssachen, wo diese wider Recht und Billigkeit durch 40 verschiedene „nicht geringe Angriffe und Plünderungen" die geistlichen Güter und Einkommen beschwert, teilweise auch ganz abgenommen und anderwärts nach Gefallen verwendet, die Kirchen mit Soldaten besetzt und beraubt hätten und, was dergleichen Unbilden mehr seien. So hielt er es denn auch für ein Gebot der Gerechtigkeit, dem gefährdeten Erzstift von Bundeswegen zu Hilfe zu kommen. Da endlich die Unierten erst kürzlich zu Rothenburg beisammen gewesen waren und dort allerlei schlimme Pläne geschmiedet hatten, erachtete Johann Gottfried einen allgemeinen Ligatag für desto nötiger, weil vielleicht manches Bundesglied gemäß eingezogenen Erkundigungen darüber Mitteilungen machen und man so beizeiten den Absichten der Gegner vorbauen könnte. Auch die Unierten würden dann den festen Zusammenhalt der

Liga merken und sich desto mehr daran stoßen, wie dies ja bisher stets der Fall gewesen sei.

Mit diesen Ausführungen des Bamberger Memorials erklärte sich auch Julius Echter einverstanden und war gleich Johann Gottfried für dessen baldige Übersendung an die beiden Bundesobersten.[191]) Besonders sollte dadurch auf den Mainzer eingewirkt werden. Doch bei diesem verhallten die Stimmen derer, welche auf den Ernst der Lage hinwiesen, ohne bedeutendere Wirkung. Der vom Herzog Maximilian vorgeschlagene Bundestag wurde verschoben, da eine Kurfürstenzusammenkunft bevorstand, auf der unter anderem auch über das kaiserliche Regiment im Reich beraten werden sollte.[192])

Im Hinblick auf diesen Kurfürstentag[193]) ersuchte Rudolf II. den Bamberger, zu dem er ein großes Vertrauen hegte,[194]) die Stellung eines kaiserlichen Kommissärs dabei zu übernehmen. Johann Gottfried weilte eben in Kärnten[195]) und das kaiserliche Schreiben erreichte ihn, als er gerade zusammen mit Erzherzog Ferdinand von Graz aus einen Besuch bei den Erzherzögen Leopold und Maximilian zu Judenburg abstattete. Er zögerte zunächst mit der Annahme, da er wußte, daß Rudolf II. schon vorher den Landgrafen Moritz von Hessen allein zu seinem Stellvertreter bestimmt und erst auf das Mahnen der geistlichen Kurfürsten sich entschlossen hatte, auch einige katholische Kommissäre beizuordnen.[196]) Deswegen und da die Protestanten am kaiserlichen Hof zu Prag ohnedies das Heft in der Hand hatten, war mit Sicherheit anzunehmen, daß Landgraf Moritz die Leitung der Abordnung erhalten und die übrigen Kommissäre wenig bedeuten würden. Doch die 3 Erzherzöge rieten im Interesse der katholischen Sache so angelegentlich dazu, daß der Bamberger Ende August gegenüber dem Kaiser doch seine Bereitwilligkeit zu erkennen gab; indes bat er zugleich, ihm das Direktorium der Kommission zu gönnen, da sie ihm sonst zu schwer fallen würde.[197]) Als die Unierten vernahmen, daß auch der Bischof von Bamberg als Kommissär zum Nürnberger Tag komme, entsetzten sie sich, wie Zacharias Geizkofler an Erzherzog Maximilian schrieb, darüber und besorgten, es möchte wenig ausgerichtet werden.[198]) Papst Paul V. aber sandte von Tivoli aus an Johann Gottfried ein eigenes Breve,

worin er ihm seine Freude darüber ausdrückte und ihn zugleich mahnte, dafür zu sorgen, daß die Feinde der Kirche ihre verderblichen Pläne nicht ausführen könnten und die katholischen Fürsten die Ehre Gottes und das allgemeine Wohl ihren Privatinteressen und menschlichen Erwägungen voranstellten; das alles werde er bei seinem Einfluß und seiner Autorität leicht zustande bringen.

Der Kurfürstentag dauerte vom 10. Oktober bis 21. November.[199]) Neben dem Bamberger Bischof als kaiserlichem Hauptkommissär waltete zunächst nur der Rat Rudolfs II., Andreas Hannewald, wozu später noch der Markgraf von Ansbach kam; Landgraf Moriz von Hessen hatte sich entschuldigen lassen. Bei all den verschiedenen Beratungen suchte Johann Gottfried gemäß den päpstlichen Mahnungen und seiner eigenen Überzeugung als eifriges Ligamitglied die katholischen Interessen möglichst zu wahren, wobei ihm sein diplomatisches Geschick und seine rednerische Gewandtheit sehr zustatten kamen. Besonders hielt er dabei auch mit dem mehr konservativen Sachsen gegenüber den Pfälzer Umtrieben Fühlung; noch am 26. November, also bereits nach Schluß der Tagung, überschickte er dem sächsischen Kurfürsten Johann Georg das Original eines von Hannewald erhaltenen Schreibens über die kalvinischen Bestrebungen am Prager Hof.[200]) Vor allem aber wirkte er zu Nürnberg für den wichtigsten Beschluß der Versammlung, daß unter Voraussetzung der inzwischen zu erreichenden Zustimmung des Kaisers am 21. Mai 1612 die Wahl eines römischen Königs zu Frankfurt stattfinden solle, obwohl der von der Pfälzer Partei umgarnte Rudolf II. nichts davon wissen wollte.[201])

Doch nicht nur in der großen Reichspolitik bewies der Bamberger seinen Eifer für den Katholizismus, sondern auch durch sein sonstiges Verhalten. Auf seiner Heimreise von Kärnten gegen Ende September 1611 gab er sich — freilich vergeblich — alle Mühe auch den Salzburger Erzbischof Wolf Dietrich von Raittenau in einer persönlichen Unterredung für die Liga zu gewinnen. In den zwischen letzterem und Bayern schwebenden Streitigkeiten wegen des Halleiner Salzes[202]) mahnte er so eindringlich zu friedlicher Auseinandersetzung, daß der bisher unnachgiebige Salzburger ihm zunächst mündlich und dann nochmals in einem

Schreiben seine Geneigtheit dazu ausdrücklich zu erkennen gab.[203])

Inzwischen herrschte aber in den Kreisen der Liga seit dem letzten Bundestag eine tatenlose Stille, die nur durch eine von Mainz ausgehende, wenig Erfolg versprechende Anregung für den Augenblick unterbrochen wurde. Auf dem Würzburger Konvent im April 1611 waren, wie bereits erwähnt, Partikularvereinigungen der nächstbenachbarten Ligaglieder empfohlen worden und die Vertreter Bambergs hatten dem lebhaft zugestimmt. Mit dem Hinweis darauf regte bald nachher Johann Schweikhart beim Bamberger den Abschluß einer solchen Sondervereinigung zwischen Mainz, Trier, Bamberg und Würzburg an und bat um sein Gutachten darüber.[204]) Der Bischof weilte zwar beim Eintreffen dieses Schreibens fern von seiner Residenzstadt auf den kärntnischen Besitzungen des Stiftes, aber er hatte seine hinterlassenen Statthalter und Räte für derlei Anfragen entsprechend instruiert, und so antworteten diese: ihr Herr verstehe unter der Partikulardefension lediglich einen eilenden Sukkurs an Volk, mit dem ein Stand dem anderen auf dessen Anrufen bei plötzlichen Plackereien, Durchzügen, Einlagerungen und Überfällen beispringen solle; darum sei diese nur unter benachbarten Ständen möglich, die einander ihre Hilfe zuführen könnten, ohne das Gebiet „höherer" Stände zu berühren. Wäre ein „mächtiges Feldlager" nötig, so hätte der Gesamtbund einzuschreiten, inzwischen aber würde der Sonderverein zur vorläufigen Abwehr gute Dienste tun. In Betracht für letzteren kämen indes nur Kurmainz, Bamberg, Würzburg und etwa noch der deutsche Orden, welch letzterer, wenn er kein Volk schicken könnte, sich zu einer „eilenden" Geldhilfe verpflichten müßte. Auch Julius Echter erbat sich die Meinung Bambergs gegenüber den Mainzer Anregungen und war schon vom finanziellen Standpunkt aus, ganz abgesehen von anderen Erwägungen, sofort mit diesen einschränkenden Forderungen Johann Gottfrieds einverstanden. Allein inzwischen hatte das ebenfalls von Johann Schweikhart befragte Kur-Trier auch noch die Einbeziehung des Erzherzogs Albrecht und Lothringens in den Partikularverein vorgeschlagen. Der Plan zog zu weite Kreise und daran scheiterte er, denn die beiden fränkischen Bischöfe wollten

sich nicht lediglich den Interessen der rheinischen Stände dienstbar machen,[205] trotzdem die Protestanten gerade jetzt wieder mehr als je eine drohende Haltung einnahmen.

Aus den Beschwerden nämlich, welche die Rothenburger Unionsversammlung im August 1611 zu Gunsten der durch die Gegenreformation Johann Gottfrieds aufsässig gewordenen[206]) evangelischen Untertanen des Stiftes Bamberg beim Reichskammergericht einreichte, aus ihren Mahnungen an die benachbarten protestantischen Fürsten, sich auch weiter dieser Bedrängten anzunehmen, und aus ihrem Drohbrief an den Bamberger Bischof selbst konnte dieser deutlich erkennen, daß sich die Unierten wieder im Sattel fühlten.[207]) Ja, der Speierer Domdechant Adam Wolf von Gracht, genannt Metternich, konnte dem bayerischen Herzog sogar melden, daß man sich zu Rothenburg im Hinblick auf den Bamberger stark verbunden habe, die Religionsverwandten auch im Gebiet anderer Herrschaften zu verteidigen, wenn nötig mit dem Schwert, was selbst die Zustimmung der doch sonst stets zurückhaltenden unierten Städte gefunden habe. Dem gegenüber meinte freilich Maximilian: Bamberg werde sich um diese Drohungen wenig kümmern und sich in seiner „von Amtswegen und durch den Religionsfrieden wohl befugten Reformation" nicht stören lassen; im Fall der Not aber würden sich seiner andere katholische Fürsten wohl annehmen, so daß schließlich die Protestanten ihre „Schanz" gereuen möchte.[208]) In der Tat, Bayern hatte mit dieser Beurteilung Johann Gottfrieds Recht. Trotz aller Drohungen gegen ihn selbst intervenierte er gegen Ende November 1611 zusammen mit Herzog Maximilian und den 3 geistlichen Kurfürsten in einem scharfen Schreiben an den Administrator der Kurpfalz und den Markgrafen von Ansbach für den Bischof von Worms, dem die Unierten von ihrer Rothenburger Tagung aus die Abschaffung der Jesuiten zugemutet hatten.[209]) Das Ansinnen wurde als dem Religionsfrieden zuwiderlaufend entschieden zurückgewiesen und erklärt, daß eine solche Forderung alle katholischen Stände angehe, da man schließlich auch von ihnen verlange, nur solche Prediger und Schuldiener einzusetzen, welche den protestantischen Nachbarn genehm wären.

Im Hinblick auf diese offenen Umtriebe der Unierten, auf ihre die kaiserliche Regierung beherrschende Stellung am Prager Hof und auf die wegen der bevorstehenden Wahl eines römischen Königs zu befürchtenden Unruhen nahm Herzog Maximilian seinen Plan einer engeren Vereinigung der Oberländer innerhalb der Liga, den er schon Ende Juni 1610 vergebens angeregt, neuerdings auf. In der Erkenntnis, daß brieflich nicht zum Ziel zu kommen sei, ordnete er Ende Dezember 1611 den Hofrat Dr. Otto Forstenhäuser mit den gleichen Anträgen wie vergangenes Jahr an die beiden fränkischen Bischöfe ab. Noch hatte er mit den anderen Oberländern darüber nicht verhandelt in der Überzeugung, wenn erst Bamberg und Würzburg gewonnen wären, würden die übrigen Stände und auch Salzburg, wo inzwischen der hartnäckig der Liga widerstrebende Wolf Dietrich entsetzt worden war, von selber nachfolgen, zumal von den Rheinischen doch keine Hilfe zu erwarten war. Auch er konnte sich gleich Mainz auf den jüngsten Würzburger Schluß berufen, der solche Partikularvereinigungen guthieß. Abermals sollte der Gesandte zunächst mit Johann Gottfried Rücksprache nehmen, der sich bereits im Vorjahr mit dem bayerischen Plan einverstanden erklärt hatte. Wenn dieser, wie der Herzog nicht zweifelte, noch der gleichen Meinung war, sollte Forstenhäuser ihn bitten, selbst die Verhandlungen mit dem widerstrebenden Würzburger zu übernehmen; denn Maximilian fürchtete, sein Gesandter möchte bei Julius Echter wiederum eine ablehnende Antwort erhalten. Wenn der Bamberger sich dazu bereit erklärte, sollte Forstenhäuser nicht erst nach Würzburg reisen. Wenn es aber der Bischof doch für nötig hielt, sollte dieser wenigstens einen seiner Räte zuordnen oder ein „woleingriffiges“ Schreiben mitgeben. Auch diesmal hieß es in der bayerischen Instruktion: Geht Bamberg nicht auf unseren Vorschlag ein, so wird bei Julius Echter gleichfalls nichts auszurichten sein und muß alles weitere Anbringen sowie die Fahrt nach Würzburg unterbleiben.[210])

Da der Gesandte erfuhr, daß Johann Gottfried eben seiner Residenzpflicht zu Würzburg als dortiger Dompropst Genüge leiste, reiste er sogleich dorthin, wo er am 28. Dezember eintraf. Am anderen Morgen suchte er beim Bam-

berger um Audienz nach, der ihn dann mit außerordentlichen Ehren empfing und sich auf sein Anbringen „sehr willig“ erzeigte, jedoch erklärte, erst mit dem Würzburger darüber Rücksprache nehmen zu müssen. Am 30. hatte der Abgeordnete auch bei Julius Echter Audienz und am folgenden Tag traten beide Bischöfe zu einer Beratung zusammen, wobei der Würzburger sich zwar im Prinzip mit dem bayerischen Vorschlag einverstanden äußerte, aber gleichwohl wieder seinen alten Bedenken gegen die hohen Sonderausgaben neben dem bisherigen Bund und gegen die Kreiseinteilung Ausdruck verlieh; desgleichen verlangte er abermals den Beitritt von Mainz für seine Rieneckischen Besitzungen im fränkischen Kreis und als neue Bedingung: die Erledigung der Hardheimischen Händel zwischen ihm und Johann Schweikhart.[211]) Von diesen Einwendungen und Forderungen konnte zwar auch Johann Gottfried den Bischof Julius nicht abbringen, doch gab er dem Gesandten die beruhigende Versicherung, Herzog Maximilian brauche sich daran nicht zu kehren. Der Würzburger werde gewiß alles tun, obwohl er nach Art alter Leute „anhebig und in das gelt verliebt“ sei; wenn man nur harnäckig in ihn dringe, so werde man gewiß etwas „Stattliches zu Wege bringen“. Für sich selbst aber verlieh er nochmals seiner Geneigtheit gegenüber den bayerischen Plänen Ausdruck, doch mit dem Hinweis, daß er dabei auch an die Zustimmung seines Domkapitels gebunden sei. Er erbot sich deshalb, binnen 3 Wochen seine und des Kapitels Entschließung nach München gelangen zu lassen.[212])

Am 20. Januar 1612 erklärte sich dann das Bamberger Kapitel seinem Bischof gegenüber in der Hauptsache mit der geplanten Sondervereinigung einverstanden, doch mahnte es, bei Bayern dahin zu wirken, daß dem ohnedies ganz erschöpften Stift keine unerschwingliche Bürde aufgeladen werde. Von Würzburg aus übersandte Johann Gottfried alsbald diese Erklärung nach München und stellte sie dem Gutdünken des Herzogs anheim, wobei er voll Eifer äußerte: wenn je, so sei jetzt ein „getreues Zusammensetzen“ der Katholiken nötig und gab im voraus sein Einverständnis mit der Berufung einer Partikularversammlung der Oberländer zu erkennen. Maximilian beeilte sich dem Bamberger und dessen Kapitel für ihr bereitwilliges

Entgegenkommen seine Anerkennung auszusprechen und verknüpfte damit die Anmahnung, auch Eichstätt nochmals unter Hinweis auf den geplanten Sonderverein zum Anschluß an die Liga einzuladen.[213]) Allein trotz dieser scheinbar günstigen Aussichten sollte der beabsichtigte engere Bund nicht zur Ausführung kommen, weil Bayern von irgend einer Einbeziehung des Mainzers schließlich doch nichts wissen wollte, obwohl Würzburg im Gegensatz zum nachgiebigeren Bamberger Bischof hartnäckig darauf bestehen blieb.[214])

Inzwischen ließ Rudolf II. immer mehr die Zügel der Regierung in die Hände protestantischer Ratgeber gleiten. Mit wachsender Sorge beobachteten die katholischen Stände die Vorgänge am kaiserlichen Hof.[215]) Als der Mainzer aus Furcht vor den Unierten nicht wagte, gemäß einem Vorschlag Kurkölns und Bayerns in seiner Stellung als Reichserzkanzler persönlich zu Prag der dort herrschenden Richtung entgegenzutreten, riet Köln zu einer „Generalsupplik" der sämtlichen Ligaglieder an den Kaiser, worin die Gefahr der jetzigen Regierungsleitung für die Katholiken ausführlich dargelegt wurde. Johann Schweikhart als Erzkanzler sollte das Schriftstück ausfertigen, der Bischof von Bamberg es eigenhändig nach Prag überbringen[216]) und zugleich dort durch seine rednerische Gewandtheit und sein diplomatisches Geschick zum Besten der Katholiken auf Rudolf II. einzuwirken suchen.

Im Hinblick auf diese Lage der Dinge mahnte Bayern noch Mitte Januar 1612 wie die anderen Oberländer auch Johann Gottfried, sich gemäß den Bundesabschieden „auf zutragende fell" in guter Bereitschaft zu halten. Wohl sah dieser die Fürsorge des Herzogs bei den gefährlichen Zeiten gern, aber eben wurde er mehr als je durch die finanzielle Notlage seines Stiftes eingeschränkt. Die großen Ausgaben für militärische Zwecke im Jahre 1610 hatten die Leistungsfähigkeit der Bamberger Finanzen auf eine bedenkliche Probe gestellt, deren Nachwirkungen sich jetzt noch schwer fühlbar machten, so daß der Bischof gegenüber Herzog Maximilian die größten Zweifel äußerte, ob das Bistum bei einer neu hereinbrechenden Feindesnot mit der nämlichen Anzahl Volkes wie 1610 aufkommen könne. Doch versicherte er zugleich aufs neue, entschieden an der

Liga festhalten und seinen Verpflichtungen nach Möglichkeit nachkommen zu wollen. Auf den 5. Mai 1612 berief er dann seine Landstände nach Bamberg und das Ergebnis ihrer Beratungen war die Bewilligung einer neuen 12jährigen Vermögens- und Einkommensteuer und die Fortdauer des Umgeldes auf die gleiche Zeit. Auch der Fürst selbst erklärte sich bereit, sein jährliches Deputat in der gleichen Weise zu versteuern; ebenso bot das Domkapitel einen „guten Zuschuß" und überließ das ihm gehörige Drittel des Umgeldes für die 12 Jahre der Stiftskammer.[217])

Doch inzwischen, bevor noch die von den Kurfürsten vereinbarte Wahl eines römischen Königs stattfinden und die von Köln vorgeschlagene Abordnung des Bambergers nach Prag in die Tat umgesetzt werden konnte, starb Rudolf II. am 20. Januar 1612. Jetzt begannen Kurpfalz und Kursachsen ihr Amt als Reichsvikare zu üben und die Unierten vermochten so die durch Beherrschung der kaiserlichen Regierung in der letzten Zeit errungenen Vorteile noch weiter zu verfolgen, wie sich denn auch alsbald wilde Gerüchte[218]) von neuen Rüstungen derselben allenthalben verbreiteten. Überdies entschied der Administrator der Kurpfalz als Reichsvikar stets zu Gunsten der Protestanten und daher besorgte gleich anderen Fürsten auch Johann Gottfried, es möchte ein systematischer Kampf gegen die Katholiken in Szene gesetzt werden und seine der Gegenreformation widerstrebenden protestantischen Untertanen könnten diese günstige Gelegenheit des Pfälzer Vikariats zu neuen Schritten gegen ihn benützen. Deshalb bat er schon Ende Februar 1612 den bayerischen Herzog, sich für solche Fälle des Stiftes Bamberg anzunehmen, was dieser bereitwillig zusagte, zugleich aber auch die Gelegenheit benützte, auf die Erschöpfung der Bundeskasse hinzuweisen und zur Zahlung der fälligen Quoten zu mahnen. Es dauerte denn auch nicht lange, so forderte der Pfälzer vom Bischof Johann Gottfried in einem scharfen Drohschreiben die Einstellung der Gegenreformation und, als dies nichts fruchtete, machte er gegen ihn wie schon früher gegen Würzburg wegen Unterdrückung der Protestanten einen Prozeß beim Reichskammergericht anhängig, allerdings ohne Erfolg.[219])

Unter solchen Verhältnissen stand im Vordergrund aller Pläne zur Abwehr der von den Unierten drohenden Gefahr die Kaiserwahl. Gleich der Mehrzahl der anderen katholischen Fürsten neigte auch Bamberg in kluger Abwägung der Umstände auf die Seite des Erzherzogs Matthias.[220]) Als dann dieser wirklich am 13. Juni 1612 in Frankfurt zum Kaiser gewählt wurde, befand sich Johann Gottfried dort wie nachher in Würzburg und Nürnberg in der nächsten Umgebung des neuen Herrschers, der ihn mit der größten Auszeichnung behandelte[221]) und sich schon jetzt mit ihm ins Benehmen setzte wegen Übernahme der in der Folge für des Bischofs Ligapolitik nicht unwichtigen kaiserlichen Obedienzgesandtschaft an die Kurie, womit sich dieser nach einigem Zögern, das in seinen finanziellen Schwierigkeiten gegründet war, auch einverstanden erklärte.[222])

Inzwischen fachte die drohende Haltung der Union die Lauheit eines großen Teils der Ligamitglieder zu neuem Eifer an. Anstatt jedoch sogleich an die nötige innere Reform des Bundes zu gehen, nahm man zunächst in großem Maßstab die Erweiterung der Liga auf. Allein nicht bloß der erhoffte Zuwachs blieb wieder aus, auch der alte Zwiespalt der beiden Direktoren trat abermals hervor. Der Mainzer betrieb neuerdings die Gewinnung Kursachsens und anderer konservativer protestantischer Stände und, als dies mißlang, suchte er mit ungewohntem Eifer den Erzherzog Albrecht und die Stadt Köln in den Bund zu ziehen. Im Gegensatz zu dieser Hast Johann Schweikharts bewahrte der bayerische Herzog bedächtige Zurückhaltung. Der Erzherzog sollte sich erst über die Bedingungen seines Eintritts in die Liga äußern. Auch mit der Stadt Köln hatte es seine Schwierigkeiten wegen der ablehnenden Haltung der dortigen Bürgerschaft und wegen des „mühlheimischen Baues“,[223]) weshalb Maximilian vorerst das Gutachten der Oberländer darüber einholen zu müssen glaubte. Diese zögerten dann auffallend lange mit ihrer Antwort, ein Zeichen, daß sie gleichfalls Bedenken hatten. Auch Johann Gottfried war gegen jede Übereilung. Er ließ den bayerischen Herzog wissen, daß er sich zuvor mit Julius Echter darüber ins Benehmen setzen und hernach seine Entscheidung treffen wolle. Beiden Bischöfen

erschien es unratsam, dem Kaiser in der kölnischen Sache vorzugreifen und die Beschwerden der Stadt zur Bundesangelegenheit zu machen, solange man nicht besser gerüstet war. Zuletzt schlossen sie sich aber doch Herzog Maximilian an, welcher für die eventuelle Aufnahme Kölns eintrat.[224])

Unterdessen regte anfangs September der Trierer Kurfürst Lothar von Metternich bei Mainz an: der Bamberger möge gelegentlich seiner Romreise im Namen der gesamten Liga den Papst ersuchen, nicht nur selbst eine stattliche „wirkliche" Hilfe zu leisten, sondern auch bei der französischen Königin[225]) die Unterstützung der deutschen Katholiken oder wenigstens eine wohlwollende Neutralität zu betreiben. Ferner sollte der Papst den neuen Salzburger Kirchenfürsten Marx Sittich von Hohenems und andere katholische Reichsstände ernstlich zum Eintritt in die Liga mahnen und am spanischen Hof eine weitere Unterstützung des Bundes befürworten.[226]) Auf diesen von Kurtrier gegebenen Anstoß hin vereinbarten alsbald Mainz und Bayern ein gemeinsames Schreiben an Johann Gottfried, in dem sie ihn unter Hinweis auf die gerade jetzt den Katholiken drohenden Gefahren baten, bei Paul V. in der bereits angedeuteten Weise für die Liga zu wirken. Überdies sollte er noch die vornehmsten Kardinäle um ihre guten Dienste dabei ersuchen, sowie auf seiner Hin- und Rückreise die italienischen Fürsten an ihre früheren wohlmeinenden Anerbietungen erinnern und sie für alle Notfälle zu „mithülflichem Beisprung" ermahnen. Zur besseren Information übersandten sie ihm gleichzeitig den Bericht des Grafen Eitel Friedrich von Hohenzollern und des Dr. Heinrich Stravius über ihre Gesandtschaft an den päpstlichen und andere italienische Höfe vom Jahr 1610.[227]) Aber inzwischen hatte Johann Gottfried bereits selbst die beiden Bundesdirektoren von seiner geplanten Romreise verständigt und sich erboten, dabei etwaige Aufträge von ihnen in Reichs-, Bundes-, oder Privatangelegenheiten zu bestellen. Die Fahrt sollte schon Ende September angetreten und dabei der Weg über München genommen werden. Herzog Maximilian begrüßte den angedeuteten Besuch des Bischofs aufs lebhafteste, weil er so Gelegenheit habe, mit diesem über manche Ligangelegenheiten zu sprechen, welche

nicht gut dem Papier anzuvertrauen seien. Auf das Schreiben der beiden Bundesobersten erklärte dann der Bamberger nochmals ausdrücklich, daß es jederzeit sein ernster Wille gewesen sei, alles, was der Liga zum Besten diene, nachdrücklich zu befördern, und versprach, beim Papst seine ganze Autorität im gewünschten Sinn einzusetzen.[228])

Die geplante Abreise schob sich indes länger hinaus als er erwartet hatte.[229]) Am 25. Oktober endlich[230]) konnte er mit seinem Gefolge von 130 Personen die Reise antreten. Vom 3.—5. November weilte er zu München als Gast des bayerischen Hofes, wo er mit Herzog Maximilian und dessen Vater, Herzog Wilhelm, wichtige politische Beratungen über seine beim Papst im Interesse der Liga vorzubringende Verrichtungen hatte. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wurde in einer alsbald für den Bischof ausgefertigten weitläufigen Instruktion[231]) niedergelegt, welche die Lage der Katholiken im Reich seit 1555 beleuchtete und damit das unablässige Streben der Protestanten, alle ihre Forderungen zum Umsturz des Katholizismus durchzusetzen, sowie die Notwendigkeit der Liga schilderte. Der Papst sollte sich die Vereinigung der katholischen Reichsstände nicht nur gefallen lassen, sondern ihr auch mit Rat und Tat zur Seite stehen, besonders mit finanzieller Unterstützung, wie denn auch der Bamberger Weisung erhielt, bei Paul V. dahin zu wirken, daß dieser die schon 1610 dem Bund bewilligte Hilfe von 20 000 Dukaten, von der ohnedies nur 15 000 fl. erlegt worden seien, „mit einer ersprießlichen Addition verlängern" möchte, damit auch andere katholische Fürsten außerhalb des Reiches ein nachahmenswertes Beispiel hätten.[232])

Des Bambergers Gesandtschaftsreise nach Rom wurde selbst bei den Protestanten, besonders auf dem Rothenburger Unionstag Ende März 1613, viel beachtet; Politiker vom Rang und der Erfahrung eines Zacharias Geizkofler, eines Ludwig Camerarius und eines Christian von Anhalt wiesen darauf hin und schlossen nicht mit Unrecht aus dem vorhergehenden Besuch des Bischofs in München, daß er neben den kaiserlichen Aufträgen[233]) noch mit einer wichtigen Sendung in Ligaangelegenheiten betraut sei.[234])

Die 3 geistlichen Kurfürsten und der bayerische Herzog setzten denn auch auf den Eifer Johann Gottfrieds

und die Willfährigkeit des Papstes große Hoffnungen. Selbst der spanische Botschafter am Kaiserhof Don Balthasar Zuñiga, welcher der Liga große Sympathien entgegenbrachte, teilte diese Anschauung und im Hinblick auf die Meldungen eines bevorstehenden Anschlusses der kalvinischen Schweizer an die Union schlug er bei Mainz und Bayern die Gewinnung der katholischen Schweizer für die Liga vor und meinte, der Bamberger könnte dem Papst nahelegen, durch seinen bei den Schweizern in großem Ansehen stehenden Nuntius in Luzern entsprechende Anregungen geben zu lassen.[235])

Am 20. Dezember[236]) langte dann der Bischof mit seinem Gefolge in Rom an, im Auftrag des Kardinals Borghese, des Protektors der deutschen Nation, von vier Bischöfen, im Namen des Papstes von sechs Kardinälen, darunter auch Bellarmin, begrüßt; desgleichen hatte sich der spanische Botschafter in Rom Don Francesco de Castro zum Empfang eingefunden.[237]) Am 8. Januar 1613 fand die feierliche Audienz bei Paul V. statt in Gegenwart von 31 Kardinälen, wobei Johann Gottfried in feierlichem Aufzug durch 150 Nobili und Prälaten unter dem Donner der auf der Engelsburg und vor der Schweizer Wache aufgestellten Kanonen zum Vatikan geleitet wurde.[238])

Inzwischen hatte er zwar nicht beim Hl. Vater selbst, wohl aber bei verschiedenen vornehmen Kardinälen gelegentlich seiner ersten Besuche als vorsichtiger Diplomat im Interesse der Liga den Boden seiner künftigen Wirksamkeit etwas sondiert und dabei wider Erwarten fast gar keinen Anklang gefunden. Hier wie in Madrid suchte nämlich der kaiserliche Minister Klesl jede weitere Begünstigung des katholischen Bundes zu hintertreiben, da er im Gegensatz zu den extremen Katholiken und den radikalen Protestanten einen Ausgleich zwischen den Parteien und damit die Auflösung der beiderseitigen Kampfbündnisse anstrebte, um den Ausbruch eines Krieges hinanzuhalten und eine gedeihliche Verhandlung auf dem geplanten Reichstag zu ermöglichen.[239]) Doch der Bamberger ließ deswegen den Mut nicht sinken, sondern gab dem bayerischen Herzog durch dessen Oberst Haslang, welcher dem Bischof mit allerlei den Bund betreffenden Aufträgen nachgesandt worden war

und nun wieder die Rückreise antrat, zu verstehen: weil hier von bekannten Orten allerlei Praktiken vorfielen, denen man vorbeugen müsse, so wolle er bei den „bewußten Personen" darauf hinweisen, wie die Unierten noch immer Reichsbewilligungen abhängig machten von Zugeständnissen auf kirchlichem Gebiet: von der Zulassung des Kalvinismus, von der Aufhebung des geistlichen Vorbehaltes, von der reichsgesetzlichen Bestätigung der Declaratio Ferdinandea und wie sie noch weiter gingen, indem sie gegen die Institutionen des Reiches selbst Front machten: die Gültigkeit von Mehrheitsbeschlüssen anfochten und sich den Urteilen des Reichskammergerichtes wie des Reichshofrates widersetzten. Aus diesen und anderen Gründen wollte Johann Gottfried die unumgängliche Notwendigkeit der Liga erweisen und erbat darüber das Gutachten Maximilians.[240])

Mit Unwillen vernahm dieser die zu Rom vorgehenden Quertreibereien und mahnte nochmals den Bamberger nachdrücklich,[241]) sich durch die vorhandenen Schwierigkeiten von der ihm zum Besten des Bundes aufgetragenen „Kommission" nicht abschrecken zu lassen, da vielleicht der Papst persönlich der Liga ganz wohlwollend gegenüberstehe und ihre Feinde ihn durch ihre ablehnende Haltung nur veranlassen möchten, von seinem Hilfsgesuch bei der Kurie ganz abzusehen. Zur weiteren Aufmunterung für den Bischof hob er noch hervor, daß sich Mainz nunmehr für das Bundeswesen so eifrig wie nie zuvor interessiere und eben jetzt zu Anfang des Januars seine Räte Hans Reichard Brömser von Rüdesheim und Wilhelm Ferdinand von Efferen nach München entsandt habe, wo man sich endlich auf die Berufung eines Tages aller — auch der außerhalb der Liga stehenden — katholischen Stände nach Frankfurt für den 1. März geeinigt.[242])

Inzwischen wurde Johann Gottfried durch Kurköln und Kurmainz auch verständigt, daß der Kölner Nuntius an Paul V. bereits den gefährdeten Stand der deutschen Katholiken ausführlich berichtet habe. Zugleich mahnten ihn beide Fürsten nochmals eindringlich, es an seinem rühmlich bekannten Bundeseifer ja nicht fehlen zu lassen, damit noch vor dem geplanten Reichstag die katholische Sache einen entsprechenden Aufschwung nähme.[243]) Im

Auftrag Herzog Maximilians ersuchte dann auch gelegentlich eines Zusammentreffens in Nürnberg der bayerische Oberstkanzler Donnersberg den spanischen Botschafter Zuñiga, er möchte dem Gesandten Spaniens in Rom, dem Grafen de Castro, die Unterstützung des Bischofs von Bamberg in dessen die Liga angehenden Aufträgen gegenüber den Quertreibereien einiger Kardinäle empfehlen, was Zuñiga aufs bereitwilligste zusagte.[244]) Ja, auf Anregung des letzteren bei seinem König erließ der spanische Staatsrat selbst von Madrid aus die Weisung an de Castro, den Ausstreuungen wider den katholischen Bund energisch entgegenzutreten.[245])

Dadurch ermutigt, lenkte Johann Gottfried in einer Privataudienz beim Papst am 25. Januar 1613 zum ersten Mal das Gespräch auch auf die Liga. Doch selbst hier an höchster Stelle verspürte er wenig Geneigtheit zu entsprechender Hilfeleistung; Paul V. meinte, der Bund scheine ihm nicht fest genug begründet — ein zarter Hinweis auf den inneren Gegensatz zwischen Mainz und Bayern einerseits und Oberländern und Rheinischen anderseits, der den Papst schon zu wiederholten Mahnungen veranlaßt hatte —,[246]) auch wünsche der Kaiser keine solchen Vereinigungen und befürworte ihre Auflösung. Der Bamberger indes ließ sich nicht irre machen, sondern hob demgegenüber die hohe Notwendigkeit der Liga hervor und bat um deren weitere Unterstützung. Hierauf erklärte der Hl. Vater, er wolle weder den Kaiser noch die katholischen Bundesstände beleidigen, aber da er vom kaiserlichen Hof ganz anders berichtet sei, möge der Bischof sich über die eigentliche Willensmeinung in Wien erst Klarheit verschaffen und sich deswegen selbst an Matthias wenden. Doch bei der offenkundig ablehnenden Haltung des Kaisers gegenüber der Liga hielt Johann Gottfried diesen Schritt für zwecklos und legte vielmehr die große Notlage der deutschen Katholiken in ihren Einzelheiten noch genauer dar. Der Papst aber äußerte lachend: alles wolle von ihm Geld; erst neulich hätten polnische Gesandte aus den gleichen Gründen seine Unterstützung gesucht. Dazu meinte der Bamberger: das katholische Deutschland, das gleichsam ein Vorwerk Italiens gegenüber der Ketzerei sei, müsse dem Hl. Stuhl mehr am Herzen liegen als Polen, wogegen Paul V.

erklärte, er werde halten, was er der Liga 1610 versprochen, doch unter den damals getroffenen Vereinbarungen. Er deutete damit besonders auf jene Bedingung des zwischen dem damaligen Prager Nuntius und den Mainzer Räten abgemachten Vertrages[247]) hin, daß die Zahlung der versprochenen Summen nur solange fortdauern sollte, als es die Notdurft der Lage erheischte, und letztere stellte eben jetzt die kaiserliche Regierung in Abrede. Diese ganz entgegengesetzte Anschauung des Wiener Hofes hob der Papst auch nochmals nachdrücklich hervor und zur Bekräftigung seiner Worte wies er auf das Zeugnis seines Kämmerers Ludwig von Ridolfi[248]) hin, der als früherer kaiserlicher Agent noch jetzt mit den maßgebenden Persönlichkeiten in Wien eine rege Korrespondenz unterhalte. Im Hinblick auf diesen Widerspruch der Meinungen beharrte er dann bei seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Hilfsgesuch des Bambergers und riet diesem nur, inzwischen Kurmainz von der augenblicklichen Lage der Dinge in Kenntnis zu setzen. Noch am gleichen Tag nahm Johann Gottfried auch mit dem Kardinal Borghese darüber Rücksprache, der indes die Meinung des Hl. Vaters teilte, so daß der Bischof hier gleichfalls weiter nichts tun konnte, als ihm die Liga nochmals dringend ans Herz zu legen.[249])

Ferner suchte der Bamberger der päpstlichen Aufforderung gemäß den erwähnten Ridolfi auf und fragte ihn nach den Bedenken des Kaisers gegen die Liga, da sich doch auch die Protestierenden zusammengeschlossen hätten. Dessen Antwort war, er wisse vom Bischof Klesl, daß Matthias gern die Aufhebung beider Bündnisse sähe, von der Anschauung ausgehend: seine „Reputation und Dignität" würden wenig gelten, solange ein anderer das Schwert in der Hand hielte, während er selbst bloß den Kaisertitel ohne jede tatsächliche Macht führte. Überdies sei die Liga viel zu schwach, um den Unierten Widerstand zu leisten, und darum unnütz; es wäre also besser, mit aller Kraft gegen den Erbfeind der Christen, die Türken, sich zu wenden. Zudem sei augenscheinlich, daß in Frankreich, den Niederlanden, England und anderwärts in Religionssachen das Schwert nichts zuwege gebracht habe; darum könne man auch hier leicht alles verlieren, indes man eines erhalten wolle, zumal die Liga bisher nichts anderes ausge-

richtet habe als daß die Protestierenden sich stärker verbunden hätten.[250])

Unter solchen Verhältnissen war es nicht verwunderlich, daß Johann Gottfried schon am 26. Januar dem bayerischen Herzog berichtete: „In summa, es ist allhie mit diesen leuten wenig zu verrichten, dieweil man vom kaiserlichen Hof aus meines erachtens zimblich übel mit unserer Liga umbgehet; und ob ich zwar beharrt, daß unser intent auf nichts anders dan pro conservatione catholicae et pacis publicae angesehen, hat es doch dem ansehen nach wenig gehaft bei denen, die nie weiters als über ires vaters zaun hinausgesehen". Gleichwohl versprach er seine Bemühungen beim Papst fortzusetzen und den Ursachen, warum man dem katholischen Bund so feind, noch genauer nachzugehen. Zugleich ersuchte er die beiden Ligaobersten, seine Tätigkeit durch entsprechende Schritte am Kaiserhof zu unterstützen.[251])

In den Quertreibereien der kaiserlichen Regierung erkannte Herzog Maximilian die Eifersucht des Hauses Habsburg auf die führende Stellung Bayerns im katholischen Deutschland.[252]) Deshalb mahnte er Johann Gottfried nur um so dringender, Paul V. und den Kardinälen auch weiter mit aller Beredsamkeit die jetzige Lage der Dinge im Reich vorzustellen. Die Gegner, so führte er dem Bischof aus, feiern keinen Augenblick, wovon die gänzliche Ausrottung des Katholizismus und die Einziehung der noch übrigen Stifter in Deutschland zu erwarten ist. Solchem Unheil vermag der Kaiser allein nicht vorzubeugen, da ihm von den Protestierenden kein Respekt erwiesen wird und er mit den eigenen Erblanden genug zu tun hat. Wenn die Liga durch Entziehung oder Schmälerung der päpstlichen Hilfe und „Abschneidung" des Beistandes anderer Potentaten, die sich vermutlich nach der Kurie richten, wieder aufgehoben wird, ist all das angedeutete Unheil um so eher zu erwarten. Es wird dann auch bald bei den deutschen Katholiken um alle Achtung und jeden Gehorsam gegen den Hl. Vater getan sein. Dazu soll es Paul V. nicht kommen lassen und auch nicht der Überredungskunst solcher Leute nachgeben, die entweder von der wirklichen Lage der Dinge nicht genügend unterrichtet sind oder keinen rechten Eifer zur Beförderung des Wohlstandes der Religion und

des Reiches haben; denn das würde vor Gott unverantwortlich sein.[253])

Ähnlich erwiderte dem Bamberger auch Johann Schweikhart, dem die jetzige ablehnende Haltung des Papstes gegenüber dessen früherem Eifer[254]) vollends unerwartet kam. Er gab seinem lebhaften Befremden darüber Ausdruck und bat Johann Gottfried, seine Bemühungen in Rom trotzdem fortzusetzen, damit man vielleicht doch noch vor dem Reichstag eine ergiebige Hilfe für alle Notfälle zur Hand bekomme, unter dem Hinweis, daß die Gegner, wie er „dessen beständige Nachrichtung" habe, sich nunmehr ungescheut durch ihre Verbündeten beim Erbfeind der Christen um Unterstützung bewürben. Zugleich konnte er die erfreuliche Meldung machen, daß bei Klesl, von dem die ganze ablehnende Haltung der Kurie herrühre, ein Umschwung der Anschauungen eingetreten sei und die Fortsetzung der Liga endlich seine Billigung finde.[255])

Als sich nämlich bei dem neuerwachten Bundeseifer eine stets schärfere Opposition der Ligastände gegen diesen regte und auch der spanische Botschafter Zuñiga sowie der eben am Kaiserhof anwesende außerordentliche Gesandte des Erzherzogs Albrecht, Ambrosius Spinola, ihm ihre entschiedene Mißbilligung wegen der „ungleichen Information" des Kaisers über den katholischen Bund aussprachen, gab er zunächst seine Pläne auf, um sie bei besserer Gelegenheit weiter zu verfolgen, und zeigte sich immer mehr als Freund der Liga, indem er durch die Unaufrichtigkeit seiner Äußerungen über die wahre innere Gesinnung hinwegtäuschte.[256])

Auch mit dem Bischof von Bamberg, dessen Wirksamkeit bei der Kurie ihm sehr unbequem wurde, suchte er sich jetzt gut zu stellen. Er schrieb ihm daher noch Ende Januar 1613 persönlich nach Rom, daß die Union der Ketzer sich von Tag zu Tag verstärke, und beklagte zugleich, daß die katholischen Stände nicht alsbald nach der Kaiserwahl dagegen Maßregeln getroffen hätten. Zwar erkannte er an, daß die Liga bei ihrer Begründung eine Notwendigkeit gewesen und großen Nutzen gestiftet, erklärte sie aber gegenüber der außerordentlichen Stärkung der Unierten jetzt für unzureichend und mit diplomatischer Klugheit fuhr er fort: die Union, welche schließlich auch die katholischen

Stände zur Verteidigung genötigt hat, widerspricht den Reichssatzungen und vermehrt von Tag zu Tag den inneren Zwiespalt im Reich. Die Folge davon ist, daß die kaiserlichen Befehle von den Protestierenden nur insoweit beachtet werden, als sie ihnen günstig sind. Sie mischen sich in alles, bilden einen Staat im Staat und Gewalt geht ihnen vor Recht; bei der Nähe des geplanten Reichstages muß da Abhilfe geschafft werden. Klesl hofft nun, die Liga und die außerhalb der Union stehenden konservativen protestantischen Stände würden sich hiezu „mit ihrem natürlichen und recht erwölten haupt vergleichen" können und so den Gegnern wohl gewachsen sein; auch würde sich dann manches Mitglied der Union, besonders die Städte, auf die andere Seite schlagen. Zugleich fügt er bei, die kaiserliche Regierung hege durchaus nicht die Absicht, die Liga inzwischen aufzuheben, sondern, wenn man in der angedeuteten Art nicht zum Ziel komme, müsse man eben auf andere Mittel denken. Doch dünke der erwähnte Vorschlag dem Kaiser am besten, wie ihn auch Zuñiga und Spinola gebilligt hätten; darum solle er dem Papst gleichfalls unterbreitet werden.

Im Hinblick auf dieses Schreiben Klesls äußerte Johann Gottfried schon am 9. Februar gegenüber dem bayerischen Herzog: man könne daraus ersehen, daß die Lage der Dinge sich nunmehr geändert und gute Hoffnung sei, die Absichten der Liga auch wirklich durchzuführen, zumal der hl. Vater in einer neuen Audienz sich dahin erklärt habe, er wünsche gewiß nicht die Auflösung des katholischen Bundes, wisse er doch darin die vortrefflichsten Fürsten vereint, die er gern unterstützen wollte, wenn er es nur in solchem Maßstab vermöchte.[257]) Aber schon einige Wochen später kam der Bamberger dem Doppelspiel Klesls auf die Spur. Er führte darüber bei der Kurie lebhafte Klage und wußte auch Paul V. völlig davon zu überzeugen, wie die Instruktion beweist, welche um die gleiche Zeit noch während der Anwesenheit Johann Gottfrieds in Rom für den Legaten des apostolischen Stuhles beim bevorstehenden Reichstag[258]) ausgefertigt wurde. Hier wird am Bischof von Wien und seinem Anhang eine scharfe Kritik geübt. Die Umgebung des Kaisers, heißt es da, sieht mehr auf die politischen Verhältnisse, auf den augenblickli-

chen Nutzen oder auf eine eingebildete Gefahr als auf die Ehre Gottes, die Erhaltung des Katholizismus wie das Wohl des Staates und klügelt aus weltlichen Rücksichten, dem Augenblick Rechnung tragend, nicht nur für sich mannigfache politische Erwägungen aus, sondern drängt solche auch den anderen Katholiken auf. Wer aber der Sache auf den Grund zu sehen versteht, der weiß, daß der katholischen Religion und ihren Anhängern von niemand mehr geschadet worden ist als von diesen Leuten, die es mit keinem verderben wollen. Zuletzt wird der Legat ausdrücklich gemahnt, allen Machinationen des kaiserlichen Ministers energisch Widerstand zu leisten und das einträchtige Zusammenwirken der Katholiken möglichst zu fördern.[259])

Dieses Memorandum ist ein getreues Spiegelbild der erfolgreichen Tätigkeit des Bambergers gegenüber dem Doppelspiel Klesls. Der letztere erhielt natürlich durch seine Vertrauten in Rom, nicht zuletzt durch den oben erwähnten Ludwig von Ridolfi, davon alsbald Kunde und so ist der damals allgemein, selbst in protestantischen Kreisen, vielbemerkte kühle Empfang Johann Gottfrieds in Wien nach seiner Rückkehr aus Italien verursacht worden. Neben den freilich auch vorhandenen Rang- und Präcedenzstreitigkeiten, die der Bamberger in dem scharf ausgeprägten Gefühl seiner Würde als Fürst des Reiches gegenüber dem landständischen Bischof von Wiener Neustadt und seiner jetzigen wichtigen Sendung als Orator Caesareus hervorrief, war es hauptsächlich das Bewußtsein der erlittenen politischen Niederlage, welche Klesl und damit auch den unter seinem Einfluß stehenden Kaiserhof zu einer fast feindseligen Aufnahme des Bischofs von Bamberg veranlaßte.[260])

Aus alledem ergibt sich, daß Johann Schweikhart und Herzog Maximilian für ihr Hilfsgesuch beim Papst keine gewandtere Persönlichkeit als Johann Gottfried hätten finden können. Als dieser am 9. März nach 78tägigem Aufenthalt in Rom wieder die Heimreise antrat, erhielt er von Paul V. ein Breve an die beiden Bundesobersten, indem ihrer Beharrlichkeit und ihrem Eifer bei der Verteidigung des katholischen Glaubens das größte Lob gezollt und der Freude darüber Ausdruck verliehen wurde, daß in den gleichen deutschen Landen, wo die Kirche so viele Lei-

den von ihren Feinden dulde, auch so eifrige Priester und wahrhaft fromme und edle Fürsten sich ihrer annähmen. In den anerkennendsten Worten billigte der Papst die Fortsetzung der Liga und versprach sich davon alles Gute für den katholischen Glauben. Zugleich erklärte er es als seinen lebhaften Wunsch und Willen, diesen Bund auf jede Weise zu begünstigen und zu unterstützen. Er versprach, die schon früher zugesagte Geldhilfe auch weiterhin und zwar zunächst auf 3 Jahre zu gewähren sowie alle Mühe anzuwenden, um die außerdeutschen katholischen Fürsten, besonders Frankreich, für die Liga zu gewinnen.[261]) Gleichzeitig schrieb auch der Bruder Pauls V., Kardinal Borgheſe, den beiden Bundesobersten: Der Bischof von Bamberg werde das Wohlwollen des Papstes gegen die Liga ausführlicher darlegen· er selbst lasse sich gleichfalls die Sache des katholischen Deutschlands täglich mehr angelegen sein.[262]) Auch an den übrigen italienischen Höfen fand Johann Gottfried die beste Aufnahme; allerdings der tatsächliche Erfolg war hier nicht größer als bei der Gesandtschaft von 1610, es blieb bei allgemein gehaltenen Zusagen.

Die Rückreise des Bischofs ging dann zunächst nach Wien, wo er am 10. Mai anlangte, um dem Kaiser über seine Sendung zu berichten. Im Gegensatz zum bereits erwähnten kühlen Empfang durch Klesl erhielt der Bamberger von Matthias selbst unzweifelhafte Beweise der alten Wertschätzung.[263]) Freilich nach den Reisekosten, die sich gemäß der fürstlichen Hofkammerrechnung auf 152 732 fl. 18½ dl. beliefen, wurde er nicht gefragt; diese mußte vielmehr das überschuldete Hochstift Bamberg wieder auf sich nehmen und Johann Gottfried blieb nur der Trost, daß die ganzen Ausgaben doch wenigstens der Liga zugute gekommen seien. Am 17. Mai brach er von Wien auf und am 2. Juni hielt er nach siebenmonatlicher Abwesenheit wieder seinen Einzug in Bamberg.[264]) Hier besuchte ihn 14 Tage später auf der Reise zum Regensburger Reichstag der Mainzer Kurfürst, dem er dann unter Überreichung des oben erwähnten Breves über seine Verrichtungen zu Rom ausführlichen Bericht erstattete;[265]) den bayerischen Herzog hatte er schon vorher von seinem endgültigen Erfolg bei der Kurie verständigt.

Wie schon früher angedeutet, hatten zu Anfang des Januars 1613 nach langer Pause die beiden Ligaobersten, nachdem fast endlose Verhandlungen vorhergegangen waren, nicht nur die Bundesglieder, sondern überhaupt alle katholischen Reichsstände auf den 1. März nach Frankfurt am Main geladen.[266]) Das darauf bezügliche Ausschreiben hatten sie, da Johann Gottfried sich um jene Zeit noch auf seiner italienischen Reise befand, gleich dem Bamberger Dompropst Johann Christof Neustetter überschickt, auf daß dieser unter Beihilfe der bischöflichen Räte eine mit den nötigen Instruktionen versehene Gesandtschaft abordne. Bei der geplanten Versammlung handelte es sich einmal um die innere Kräftigung der Liga und um die Befestigung der inzwischen von ihr neu angeknüpften Verbindungen, in erster Linie aber um den vom Kaiser in Aussicht genommenen Reichstag mit der gewohnten zweifachen Proposition: Reform der Reichsjustiz und Abwehr der Türken.[267]) Der Ausblick auf letzteren bot nämlich den Katholiken ein trübes Bild. Matthias und sein allmächtiger Berater Klesl schlugen, wie schon erwähnt, eine Vermittlungspolitik zwischen den Parteien ein und begegneten besonders der Liga mit Mißtrauen. Die im Vormarsch begriffene und seit April 1612 überdies mit England verbündete Union konnte also auf dem Reichstag mit mehr Aussicht auf Erfolg ihre religiös-politischen Forderungen wiederholen; darum mußten auch die Katholiken einmütig zusammenstehen.[268]) Die in diesem Sinn abgefaßte Einladung der Bundesdirektoren übermittelte Neustetter seinem Fürsten nach Rom, um womöglich noch vor Beginn der Tagung dessen Spezialbefehle zu erlangen. Zugleich aber versprach er dem bayerischen Herzog, auf jeden Fall, ob nun die Antwort seines Herrn rechtzeitig erfolge oder nicht, Vertreter mit entsprechender, durch Statthalter, Räte und Domkapitel ausgestellter Vollmacht nach Frankfurt zu schicken,[269]) was dann auch geschah, indem der Domdechant Hektor von Kotzau und der Hofmarschall Pelheim abgeordnet wurden.

Am 4. März begannen im dortigen Predigerkloster die Verhandlungen[270]) der Ligaglieder wie der fast ausnahmslos erschienenen sonstigen katholischen Stände. Gleich den übrigen Anwesenden sprachen sich auch die Bamberger dahin aus: es sei festzuhalten am Ausschluß

der Administratoren vom Reichstag, an der Zuständigkeit des Reichshofrates, an der Gültigkeit der Majoritätsbeschlüsse auch in Religionssachen und überhaupt an der katholischen Auffassung des Religionsfriedens, weshalb jede Erneuerung desselben zurückzuweisen sei. Der Kaiser möge diesen Punkt in der Reichstagsproposition völlig übergehen und, wenn ihn die Protestanten dennoch zur Sprache brächten, solle höchstens die Wiederholung in der alten Auslegung von 1566 gestattet werden. Nach dem Vorschlag des deutschmeisterischen Gesandten sollte dieser Beschluß an Matthias durch den Bischof von Bamberg überbracht werden. Da jedoch dessen Räte einwandten, es sei nicht sicher, ob ihr Herr noch vor dem auf 24. April ausgeschriebenen Reichstag an den Wiener Hof käme, wurde die Information den beiden Ligadirektoren übertragen. Schon die Debatte über den nächsten Punkt, wie der von den Gegnern angestrebten Erweiterung des Religionsfriedens zu begegnen sei, lenkte von selber auf den Kernpunkt der Beratung, nämlich auf eine gemeinsame Organisation. Da zeigte sich indes bald, daß weder die geplante Erweiterung der Liga noch die Idee einer allgemeinen Defension rechten Anklang fand. Zwar beschloß die Mehrheit, noch vor dem Reichstag 25 Monate zu erlegen und weitere 10 zum „Nachdruck" bereitzuhalten. Aber damit war eigentlich wenig erreicht, da diese Majorität in der Hauptsache von den Ligamitgliedern gebildet wurde, die ohnedies noch gesondert hierüber zu verhandeln hatten, während sich die außerhalb des Bundes befindlichen Stände für ihre Entscheidung eine Bedenkzeit von 5 Wochen vorbehielten. Daß aber wenigstens soviel erlangt wurde, daran hatten neben Bayern die Bamberger Räte ein großes Verdienst. Von vorneherein wollten sie zum „Nachdruck" über die 10 Monate hinausgehen und Hand in Hand mit Würzburg folgten sie schrittweise, so schwer es ihnen auch fiel, den Anträgen Bayerns; zuletzt versicherten sie gleich diesem, nicht nur 50 Monate, sondern selbst ihr ganzes Vermögen daransetzen zu wollen. Überdies verlangten sie, da die für Saumseligkeit in der Bezahlung der fälligen Bundesquoten festgesetzten Bußen, die Poena dupli und militärische Einlagerungen, nicht „praktizierlich" seien, daß jeder Reichsstand sich mit seinen fürstlichen Ehren für zeitige

Erlegung der Beiträge verschreibe. Mit Recht konnten so die bayerischen Vertreter am 12. März, als die Versammlung geschlossen wurde,[271]) nach München berichten: „Bamberg, Würzburg, Augsburg, Ellwangen, Paderborn gen weit und sein eifrig; da die andern inen nachfolgten, were den sachen leicht geholfen".

Am 13. März begannen hernach die auf den engeren Kreis der Liga beschränkten Beratungen,[272]) wo die Bamberger gleichen Eifer bewiesen wie vorher. Wie die Bayern erklärten auch sie, daß mit den eben bewilligten 25 Monaten dem „gemeinen Wesen" nicht geholfen sei, man möge im ganzen 50 genehmigen und, bevor das Geld im Vorrat liege, sei es bedenklich, sich in „Verfassung" zu setzen. Bleibe es wegen des Vorrates ungewiß, so werde auch die Rüstung zweifelhaft sein. Ferner erhoben sie im Verein mit Bayern und Würzburg entschiedenen Einspruch gegen die Stimmen der Mehrheit, die von den auf der letzten Würzburger Tagung vereinbarten Beiträgen nichts mehr wissen wollte, weil damals „nichts pure bewilligt, sondern alles nur zu Bericht genommen worden." Ausdrücklich erklärten Kotzau und Pelheim: das früher Genehmigte ist zu erlegen und hat mit der jetzigen neuen Anlage keine Gemeinschaft. Infolgedessen einigte man sich schließlich doch auf die Anerkennung jener bestrittenen Summen, wie man auch beschloß, daß die eben bewilligten 25 Monate wenigstens von allen Ständen ohne Abzug bezahlt werden sollten.

Damit schien zur Not die Grundlage für das Wiederaufblühen der Liga geschaffen, als am letzten Tag die Mainzer und Bayern zugleich der überraschten Versammlung das Bundesoberstenamt aufkündeten. Erstere erklärten, die geistliche Würde hindere den Kurfürsten, das Direktorium im Kriegsfall zu führen, und empfahlen als Nachfolger den Erzherzog Albrecht; letztere dagegen begründeten ihren Antrag mit der schlechten Verfassung des Bundes. Am lebhaftesten gaben nun wieder neben Würzburg die Bamberger Räte ihrer Bestürzung über diese plötzliche Wendung Ausdruck. Sie beantragten sogleich, dem bayerischen Herzog in einem gemeinsamen Gesuch dringend die Rücknahme der Aufkündigung anzuraten im Hinblick auf die gemäß den Frankfurter Beschlüssen bald zu erwarten-

den Erklärungen der noch außerhalb der Liga befindlichen Stände, auf die großen, gerade jetzt den Katholiken drohenden Gefahren und auf die Möglichkeit, daß so auch einzelne Bundesglieder aus Verzagtheit sich von der Ligasache ganz trennen möchten, wodurch die völlige Auflösung des Bundes in drohende Nähe gerückt würde. Außerdem sollten noch die Ligastände einzeln in München auf eine Sinnesänderung hinwirken. Auch einen Wechsel im rheinischen Direktorium fand Bamberg bedenklich, da Erzherzog Albrecht noch nicht einmal ordentliches Mitglied des Bundes war. Es riet, diesen zunächst zum Beitritt einzuladen und im übrigen die ganze Angelegenheit zu verschieben; inzwischen sollte wegen der beiden Direktorien alles beim alten bleiben. Mangels genügender Instruktionen der Gesandten erklärte man sich tatsächlich mit den verschiedenen Bamberger Anregungen einverstanden und verschob die Entscheidung in der Direktionsfrage bis zum Reichstag; doch mußten sich die Stände auf Drängen der Mainzer verpflichten, innerhalb 3 Wochen ihr Gutachten über den Eintritt des Erzherzogs Albrecht und seine Bestellung zum Bundesobersten abzugeben. Am 15. März erfolgte dann die Unterzeichnung des Abschieds.[273])

Schon am 23. März ratifizierten die Bamberger Statthalter und Räte die zu Frankfurt beschlossenen 35 Monate und alle anderen dort getroffenen Abmachungen; daß ihre Vertreter auf der Versammlung sich mit der Bezahlung der neuen Steuern bis zur Heimkunft ihres Fürsten von der italienischen Reise entschuldigt hatten, da solches ohne dessen Wissen nicht erfolgen könne, ließen sie angehen und gaben zugleich der Erwartung Ausdruck, der bayerische Herzog möge diese Verzögerung nicht in Ungnaden aufnehmen. Der Bischof werde bei seinem bekannten Eifer für die Liga gewiß allen Verpflichtungen nachkommen, zumal seine Rückkehr in Bälde zu erwarten sei.[274])

Im übrigen sah sich auch die Bamberger Regierung gleich anderen Oberländern vom Ausgang der Frankfurter Tagung unangenehm überrascht. Abgesehen davon, daß die von ihrem Herrn stets vertretene Einheit des Bundes nun zu Ungunsten der oberländischen Stände zu zerfallen drohte, sah sie sich auch insofern in eine schlimme Lage versetzt, als die Oberländer jetzt ohne Führer waren und die

Neubesetzung des rheinischen Direktoriums ebenfalls noch auf große Schwierigkeiten stieß. Zudem ereignete sich dies alles zu einer Zeit, wo die Unierten auf ihrer Versammlung zu Rothenburg ob der Tauber vom 24. März bis 9. April nichts weniger als freundlich dem Bischof von Bamberg ihre Aufmerksamkeit zuwandten und konstatierten, daß alle ihre Mahnungen und Drohungen diesen von seiner strengen Gegenreformation nicht abzubringen vermocht hätten.[275]) So konnte sich das Stift, falls es wieder zu Unruhen kam, auf kein Direktorium mehr verlassen und war eventuellen Angriffen schutzlos preisgegeben. Deshalb zeigten sich auch die Bamberger Statthalter und Räte im Sinn ihres Fürsten auf Erhaltung und Befestigung der alten Ordnung bedacht und gaben zugleich mit der Ratifikation der Frankfurter Beschlüsse Bayern zu verstehen, daß sie mit Schmerz und Kummer vernommen hätten, daß Maximilian das bisher mit besonderem Lob und Daransetzung seines Vermögens getragene Bundesoberstenamt aus wichtigen Gründen, die auch sie selbst anerkennen, niedergelegt habe. Da er aber bisher der alleinige Begründer und Erhalter der Liga gewesen, so möge er es nicht ungünstig aufnehmen, daß sie ihn bitten, dies Amt auch weiter beizubehalten; ihr Herr würde sich diesem Ersuchen sicherlich sofort anschließen, wenn er jetzt in München wäre. Der Herzog möge doch den Feinden nicht diesen Triumph gönnen, sondern fernerhin die Säule und das Fundament des Bundes sein, zumal jetzt, wo der Beitritt der übrigen katholischen Stände bevorstehe. Wenn er seine Hand abziehe, sei das Weiterbestehen der Liga überhaupt unmöglich. Gott der Allmächtige werde gewiß seinen Segen geben, die Bundesstände aber mehr als zuvor Gut und Blut daransetzen.[276])

Maximilian entschloß sich denn auch auf das allgemeine Zureden hin, sein Amt vorläufig bis zum nächsten Bundestag unter folgenden Bedingungen beizubehalten: die Frankfurter Beschlüsse müssen befolgt und die Beiträge prompt und ohne Abzug bezahlt werden; zur Hebung der Finanzen sei eine außerordentliche Besteuerung des Klerus vorzunehmen, wenn auch nur auf einige Jahre.[277]) Ferner wurde das Vertrauen des Herzogs zu den Oberländern neugestärkt durch das vom Augsburger Bischof ausgehende Anerbieten bezüglich einer Partikulardefension der oberlän-

dischen Stände sowie durch dessen persönliches Erscheinen in München, wobei er besonders die Dezimation der Geistlichkeit zu fördern versprach. Auch die Bamberger Regierung bekundete in beiden Punkten das größte Entgegenkommen, zumal nunmehr selbst Julius Echter einlenkte,[278]) der doch hierin stets Schwierigkeiten gemacht hatte. Ebenso suchten die Statthalter und Räte Johann Gottfrieds bezüglich der Frage des rheinischen Direktoriums mit Bayern in engster Fühlung zu bleiben. Da in ihren Erwägungen gewichtige Gründe für und gegen dessen Neugestaltung sprachen, sie selbst aber bei einer so wichtigen Sache in Abwesenheit ihres Herrn für sich allein keinen endgültigen Beschluß fassen wollten, baten sie Herzog Maximilian unter Hinweis auf die vertraulichen Beziehungen, die bisher stets zwischen ihm und ihrem Fürsten bestanden hätten, um sein Gutachten, damit sie sich diesem in ihrer Antwort an Mainz „akkomodieren" und sich so gegenüber ihrem Herrn um so besser verantworten könnten.[279]) Bayern legte der völligen Abtrennung des rheinischen Direktoriums kein Hindernis mehr in den Weg mit der Begründung, die rheinische Kasse sei ohnedies bereits für sich allein und außerdem könne den dortigen Ständen von den Oberländern schwer Hilfe gebracht werden, welcher Anschauung sich dann auch die Bamberger Regierung alsbald anschloß.

Nachdem so, wie gezeigt, die Spaltung der Liga nicht mehr verhindert werden konnte, war die ganze Haltung Bambergs im Einvernehmen mit Augsburg und Würzburg auf möglichst engen Anschluß an Herzog Maximilian gerichtet, der es diesem dann ermöglichte, mit den Ständen seines Direktoriums eine immer selbständigere und von den Rheinischen unabhängigere Politik zu treiben.

II. Kapitel.

Johann Gottfried als Ligamitglied vom Reichstag des Jahres 1613 bis zu seiner Erhebung auf den Würzburger Bischofsstuhl im Oktober 1617.

Der ursprünglich auf den 24. April ausgeschriebene Reichstag war, wie gewöhnlich, erst viel später, nämlich am 13. August, mit dem Vortrag der kaiserlichen Proposition eröffnet worden.[1]) Da dem ohnedies überschuldeten Stift Bamberg aus der persönlichen Teilnahme seines Fürsten an dieser Versammlung infolge der nötigen Repräsentation neue finanzielle Lasten erwachsen mußten, entschuldigte Johann Gottfried gegenüber dem Kurfürsten von Mainz gelegentlich dessen bereits oben erwähnter Anwesenheit in Bamberg sein Fernbleiben von Regensburg mit den Strapazen der italienischen Gesandtschaftsreise. Als seine Vertreter beim Reichstag wie bei der gleichzeitig damit geplanten Ligaversammlung ordnete er den Domdechant Hektor von Kotzau, den Domscholaster Georg Neustetter, genannt Stürmer, den Hofmarschall Johann Onufrius von Pelheim, den Kanzler Dr. Georg Hahn und den Rat Dr. Johann Christof Peßler ab,[2]) welchen er seinen Standpunkt, wie er ihn als eifriges Ligamitglied vertrat, in entsprechender Instruktion genau festlegte.[3])

In dem Streit über die Session der Bistumsadministratoren sollten sie sich nach den vornehmsten katholischen Ständen, besonders nach Mainz, Bayern, Würzburg, Eich-

stätt und Speyer richten. Das Bestreben der Unierten, unter dem Schein der Bestätigung des Religionsfriedens einen neuen Passauer Vertrag durchzusetzen, wurde als schwere Bedrohung der noch übrigen geistlichen Stände angesehen, wozu kein Katholik Vertrauen haben könne, nachdem der alte Augsburger Friede, der doch hoch und heilig beschworen und im ganzen Reich verkündet worden sei, so wenig gehalten würde. Das Stift Bamberg hat seit 1555, hieß es dann weiter, das Ordinariatsrecht auf mehr als 100 Pfarreien in den protestantischen Nachbargebieten ruhen lassen, wogegen man sich von dort aus in Kirchengemeinden auf Bamberger Gebiet gleichsam ein solches anmaßte. Zur Wiederherstellung der Rechtspflege ist nun die Neuaufnahme der Visitationen Vorbedingung. Dabei werden, so meinte der Bischof, ohne Zweifel allerlei Vorschläge einer Modifikation der alten Revisionen gemacht und die außerordentlichen Visitationen in der Art angeregt werden, daß man „aus der ordnung möge gebracht und, was wehe tun möchte, nit anruren solle". Dies würde aber den katholischen Ständen eine „beschwerliche Ungleichheit" verursachen und ihr Recht auf die wider den Religionsfrieden abgenommenen Sachen noch weiter aufschieben oder überhaupt beseitigen. Die Katholiken können darum auf derartige Vorschläge so wenig eingehen wie auf einen neuen Passauer Vertrag, sondern es ist nach Recht und Billigkeit vor Gott und der Welt kein besserer Ausweg als die ordentlichen Visitationen wieder aufzunehmen und dadurch die Revisionen rechtmäßig durchzuführen. Sollten aber von der Mehrheit oder den katholischen Ständen außerordentliche Visitationen beliebt werden, so sei nicht anders darein zu willigen als nach Maßgabe des Reichsabschiedes von 1598.[4]) Nach Erledigung dieses Punktes, schloß das Memorial, wird sich das Justizwesen im übrigen leicht ordnen lassen.

Im Gegensatz zu solchen Anschauungen Bambergs hofften Matthias und Klesl noch immer durch Aufhebung der konfessionellen Bündnisse den Zwiespalt unter den Reichsständen zu beseitigen und die kaiserliche Autorität wieder herzustellen. Angesichts des Reichstages wären sie sogar geneigt gewesen, den Protestanten weitgehende Zugeständnisse zu machen. Aber der ganze Verlauf der Ver-

sammlung mußte sie eines anderen belehren. Die Korrespondierenden weigerten sich wie bei den letzten Reichstagen auch jetzt wieder, vor Abhilfe ihrer Beschwerden, die sie allerdings auf die Einstellung der gegen die Protestanten schwebenden Prozesse an den Reichsgerichten und auf die paritätische Zusammensetzung der zur Visitation des Reichskammergerichtes eingesetzten Deputationen zurückschraubten, an den Beratungen über die kaiserliche Proposition teilzunehmen. Die Katholiken dagegen beharrten auf der Gültigkeit der Mehrheitsbeschlüsse und reichten ebenfalls ihre Beschwerden ein. Der Versuch des Kaisers, auf dem Weg der freien Verständigung die Korrespondierenden gefügig zu machen, scheiterte.[5])

Als Klesl und Matthias sich nicht mehr zu helfen wußten, beriefen sie noch am Abend des 22. September für den anderen Morgen die Vertreter von Mainz, Trier, Köln, Bayern, Österreich, Salzburg, Bamberg und Würzburg zu einer geheimen Privatbesprechung, die dann auch unter Klesls Vorsitz und in Anwesenheit sämtlicher geheimer Räte des Kaisers stattfand und an den folgenden 11 Tagen noch weiter in gleicher Vertraulichkeit fortgesetzt wurde. Bei der Unversöhnlichkeit der Parteien und der Verfahrenheit der ganzen kaiserlichen Politik suchte Klesl jetzt allen Ernstes an den Katholiken eine Stütze, während er zu Anfang des Jahres noch nur darauf bedacht gewesen war, die baldige Auflösung der Liga herbeizuführen. Der katholische Bund sollte nunmehr zu einer allgemeinen Defension ausgebaut werden, die unter Leitung des Kaisers den Schutz der Reichsverfassung und der kaiserlichen Autorität, sowie des Augsburger Religionsfriedens zum Ziel hatte, mithin auch den konservativen Protestanten ohne weiteres Zutritt gewährte. Diesem Vorschlag kam besonders Mainz sehr entgegen und suchte auch Trier, Köln, Bamberg und Würzburg dafür zu interessieren. Ausgesprochener Gegner einer solchen Politik aber war von vorneherein der bayerische Herzog. Er forderte zwar ebenfalls die Erweiterung der Liga, doch auf dem Boden der alten Verfassung, mit Ausschluß des Kaisers. Die Bamberger Räte nahmen daher gleich den Würzburgern zunächst eine schwankende Haltung ein. Die von Klesl geplante Reform hatte etwas Verlockendes für die beiden fränkischen Stifter. Für die

Dauer mußten einer so kleinen Zahl von Bundesständen die Auslagen unerschwinglich werden, der Ausbau der Liga zur erwähnten Defension dagegen bedeutete noch mehr als der bayerische Vorschlag eine außerordentliche finanzielle Entlastung, besonders für das tief verschuldete Bistum Bamberg. Weiter versprach der Beitritt des sächsischen Gesamthauses gegenüber der bisherigen exponierten Stellung der beiden Stifter, die sich fast ringsum von feindlichem Gebiet umklammert sahen, eine viel größere Sicherheit. Aber der innere Werdegang des Bundes besonders in der letzten Zeit zog beiden Bischöfen doch gewisse Grenzen, die sie schon des eigenen Vorteils halber nicht mehr überschreiten durften. Sie waren auf die Gunst Bayerns und auf eine Partikulardefension der Oberländer angewiesen, deren Gründung nunmehr erfolgen sollte. So stimmten denn bei jenen bereits angedeuteten 12tägigen Verhandlungen Bamberg und Würzburg anfangs rückhaltlos der allgemeinen Defension zu, schränkten aber nach den überzeugenden Darlegungen Bayerns ihre vorigen Erklärungen im Sinn von dessen Forderungen ein, wobei besonders der Bamberger Vertreter hervorhob, daß alle Katholiken heran müßten, wie er denn Befehl habe, bei den noch abseits Stehenden entsprechende Ermahnung zu tun; übrigens werde auch sein Herr, der am 25. September nach Regensburg komme, sich persönlich diese Sache angelegen sein lassen.[6])

Inzwischen hatten nämlich der Kaiser sowie die Kurfürsten von Mainz und Trier Johann Gottfried neuerdings mit dem Hinweis auf die üble Wendung der Dinge am Reichstag dringend um sein persönliches Erscheinen ersucht, damit er seine Autorität und diplomatische Gewandtheit zum Besten der gefährdeten katholischen Sache verwerte. Unter solchen Umständen zögerte dieser nicht mehr länger mit dem Aufbruch , trotzdem er seinem Stift dadurch neue beträchtliche Unkosten aufbürdete.[7]) In Regensburg entwickelte er dann eine außerordentlich erfolgreiche Vermittlertätigkeit. Wiederholt nahm er an den Verhandlungen des Fürstenrates persönlich teil und es war nicht zum wenigsten seiner Initiative zu verdanken, daß eine aus den Katholiken, dem Gesamthaus Sachsen[8]) und Hessen-Darmstadt bestehende Mehrheit die Bewilligung von 30 Monaten für den Türkenkrieg und die Vertagung der

Reichsversammlung auf den 1. Mai 1614 zum Beschlusse erhob, wogegen allerdings die Minderheit Protest einlegte, so daß im Grund die kaiserliche Politik mit dem gleichen Mißerfolg wie auf dem letzten Reichstag endigte.

In Bezug auf den Bewilligungseifer Johann Gottfrieds meinte der bayerische Vertreter Dr. Jocher, der ursprünglich Anweisung hatte, nur bis zu 12 Monaten zu gehen, in einem Bericht nach München sogar, der Bischof sei dem Anschein nach von Klesl durch Überredung und Versprechungen dazu veranlaßt worden.[9]) Indes spricht dagegen einmal das sehr gespannte Verhältnis zwischen den beiden seit der italienischen Reise des Bambergers, dann auch eine kleine Episode, die sich gerade in jenen Tagen zutrug. Als der Kapuzinermönch Hyacinth von Casale, der bis dahin im Gefolge des päpstlichen Kardinallegaten auf dem Reichstag geweilt hatte, sich von Klesl verabschiedete, um nach Rom zurückzukehren, meinte der letztere im Ärger über das Mißlingen seiner Pläne: wenn ihn der Papst frage, wer die Ursache sei, daß der jetzige Reichstag so erfolglos gewesen, dann möge er sagen: die halsstarrigen Pfaffen. Diese Äußerung hinterbrachte der Pater dem ihm befreundeten Johann Gottfried, welcher voll Unwillen sogleich Mainz davon verständigte, worauf Johann Schweikhart gegen solche Verunglimpfung der geistlichen Fürsten scharfen Protest erhob und erbittert einen Tag später den Reichstag überhaupt noch vor dessen Beendigung verließ.[10]) Überdies blieb dem Bamberger während seines Regensburger Aufenthaltes nicht unbekannt,[11]) daß die kaiserliche Regierung den Hofkriegsrat Graf Rambald von Collalto zum Papst entsendet hatte, damit dieser die der Liga zugesagte Hilfe dem Kaiser gegen die Türken überlasse, da der katholischen Religion im Reich jetzt keine Gefahr drohe. Wenn Paul V. darauf einging, war Johann Gottfried um die Frucht aller seiner Bemühungen in Rom zum Besten der Liga gebracht und es stand zu befürchten, daß dann auch Spanien dem Beispiel der Kurie folgte.[12]) Der Bischof hatte also keinen Anlaß, Klesl ein besonderes Entgegenkommen zu bezeigen; maßgebend[13]) für seine Bewilligung war eben seine kaisertreue Gesinnung. Bei dieser Lage der Dinge war es ganz natürlich, daß Johann Gottfried mehr als je auf den Herzog von Bayern als den

„einzigen Protektor" der Katholiken sah, und der bayerische Gesandte Dr. Jocher wußte diese Stimmung auch sehr gut auszunützen, indem er des öfteren verlauten ließ: sein Herr wolle sich der Liga, da er „trotz allen gutherzigen Zutuns" nur Argwohn errege, überhaupt nicht mehr annehmen. Dies übte beim Bamberger Bischof tiefen Eindruck und machte ihn den Wünschen Bayerns desto zugänglicher, so daß er allen Bundesständen voran dringend bat, Maximilian möge die Katholiken nicht im Stich lassen und das Oberstenamt auch weiter auf sich nehmen, worauf Jocher erwiderte: der Herzog werde gleichwohl das Seine tun, wenn er sehe, daß es den Ständen mit der Liga ernst sei.[14])

Unter solchen Verhältnissen wurde am 1. Oktober, noch vor Schluß des Reichstages, im Mainzer Quartier eine Bundesversammlung[15]) eröffnet, an der außer den alten Ligagliedern auch Vertreter der Stifter Salzburg, Eichstätt, Münster, Lüttich und Hildesheim, sowie der Stadt Köln und des Erzherzogs Maximilian teilnahmen. Zunächst verlangte Mainz von den Ständen, welche die Frankfurter Beschlüsse nur zu Bericht genommen hatten, nunmehr eine endgültige Erklärung, wobei Bamberg andeutete, daß es bisher in Bundessachen sein Äußerstes getan habe und es auch künftig so halten wolle; im übrigen verwies es auf seine bereits früher abgegebene Erklärung. Von vorneherein eröffnete dann der nur von Bayern widerratene Beschluß, die Liga und das allgemeine Defensionswesen mit einander zu behandeln, der kaiserlichen Politik günstige Aussichten. Das gleiche Gepräge hatte auch der von Mainz vorgelegte Entwurf einer Defensionsnotel. Er bezeichnete als Endzweck die Erhaltung des katholischen Glaubens, der kaiserlichen Autorität, der Gerichtshoheit des Reichshofrates und des Kammergerichtes, sowie der Reichsgesetze überhaupt, besonders aber des Religionsfriedens. Bei der Debatte hierüber fand Bamberg gleich anderen Ständen am Anfang die Religion zu stark hervorgehoben. Als aber die Bayern entschieden erklärten, man solle sich des Attributes „katholisch" nicht schämen, waren auch die Bamberger Räte bereit, dieses Wort zu belassen; um jedoch die evangelischen Stände nicht zu „disgustieren" einigte man sich zuletzt, noch die Klausel „und andere gehorsame Stände" anzuhängen. Die Dauer der Defension

wurde auf 9 Jahre festgesetzt. Bei der Beratung über die Bildung eines neuen Geldvorrates versäumte Bamberg nicht, im engsten Anschluß an Bayern und Würzburg auf den Ernst der Lage hinzuweisen und den Eifer der Zögernden anzuspornen; im übrigen meinte es: wenn gemäß der Frankfurter Abmachung außer den 25 Monaten noch die 10 des „Nachdrucks" erlegt würden, so könne man vorläufig auskommen. Doch erbot es sich, auch weiterhin für den Notfall sein Äußerstes zu tun. In diesem Sinn erging dann tatsächlich der allgemeine Schluß. Ferner verlangte Bamberg, wieder Hand in Hand mit Bayern und Würzburg, daß bei den in Regensburg anwesenden Vertretern katholischer Potentaten, also bei denen von der Kurie, Spanien, Frankreich, Florenz, Modena, Venedig, Lucca, Polen, Savoyen und Lothringen, durch einen engeren Ausschuß der gesamten Stände, nämlich Mainz, Bayern und Salzburg, um Unterstützung nachgesucht werde, weil dies billiger komme als Gesandtschaften. Weiter meinten die Bamberger Räte: gegen eine Hilfe mit Volk über den bewilligten Geldvorrat hinaus sei nichts einzuwenden, womit sie die von ihrem Herrn längst befürwortete Partikulardefension umschrieben. Außerdem forderten sie, daß die Bestallung der Offiziere den Bundesobersten überlassen bleibe, doch mit Berücksichtigung der Empfehlung einzelner Stände, sowie, daß jedes Ligaglied sich mit der in der Notel benannten Munition und Geschützzahl gefaßt halte und den Direktoren darüber ein Verzeichnis zustelle. Alle diese Anregungen fanden die Zustimmung der Mehrheit.

Vom 10.—17. Oktober war dann eine Pause in den Verhandlungen, um inzwischen den Reichstag einigermaßen zum Abschluß zu bringen. Als hernach die Ligastände neuerdings zusammentraten, erhoben sich, nachdem bisher alles ziemlich glatt abgegangen war, jetzt ernste Schwierigkeiten über die Organisation der vorgeschlagenen allgemeinen Defension. Der Mainzer Entwurf sah eine Teilung der Gewalt unter mehrere Direktoren, Generaloberste und Adjunkten vor. Dem gegenüber hielt Bamberg mit der Mehrheit im wesentlichen an der alten Verfassung fest: Mainz und Bayern sollten wieder um Übernahme des Oberstenamtes gebeten und ihnen freigestellt werden, im Kriegsfall einen Oberstleutnant anzunehmen; für Bayern

dachte man dabei an den ihm verwandten Herzog von Lothringen, für Mainz an den Erzherzog Albrecht und, im Fall es mit letzterem Schwierigkeiten hätte, an den Grafen von Rietberg. Der Einigung über diese Frage trat aber noch ein anderes Hindernis in den Weg. Bisher waren zwar Österreich und Salzburg täglich bei den Beratungen gesessen, hatten jedoch in der Hauptsache unter allerlei Entschuldigungen kein Votum abgegeben, sondern alles nur zu Bericht genommen und sich stets auf den Kaiser berufen: wenn dieser damit zufrieden sei, würden sie sich auch nicht absondern. Im Hinblick darauf gab zuletzt Bamberg in aller Schärfe dem Wunsch Ausdruck, daß unter den katholischen Ständen keine Neutralisten sein möchten, und der allgemeine Unwille gegen Österreich und das von diesem ins Schlepptau genommene Salzburg[16]) steigerte sich soweit, daß man von beiden kurzerhand zu wissen verlangte, ob sie es überhaupt mit den Katholiken halten wollten oder nicht.[17]) Es zeigte sich, daß Österreich systematisch auf die Verdrängung Bayerns aus seiner leitenden Stellung hinarbeitete, um sich diese selbst anzueignen. Es eröffnete nämlich seinen Willen dahin, daß die Defension in 3 Direktorien eingeteilt werden möge: in ein rheinisches mit dem Kurfürsten von Mainz resp. dem Erzherzog Albrecht, in ein bayerisches mit dem Herzog Maximilian und in ein österreichisches mit dem Erzherzog Maximilian an der Spitze. Außerdem sollte vor jeder Bundesaktion die Zustimmung des Kaisers eingeholt werden. Gelang dieser Plan, so wurde Bayern majorisiert und verlor seine Führerschaft. Der Zustimmung Salzburgs und der schwäbischen Stände[18]) sicher, ging Erzherzog Maximilian soweit, den Beitritt Österreichs zur Defension überhaupt von der Dreiteilung abhängig zu machen. Wollte die Versammlung nicht erfolglos auseinandergehen, so mußte sie dazu ihre Einwilligung geben. Besonders schwer fiel Bamberg ein solches Opfer, da noch in den letzten Tagen dessen Bischof die zentrale Oberleitung der Liga durch den bayerischen Herzog warm befürwortet hatte. Im Einverständnis mit Würzburg verlangte es, da die geforderte Dreiteilung auch eine Schmälerung des bayerischen Direktoriums befürchten ließ, vor allem einen unzweideutigen Bescheid der schwäbischen Stände, auf welche Seite sie sich stellen wollten; dann

könnten Mainz und Bayern sich mit dem Erzherzog vergleichen. Die gewünschte Erklärung erfolgte auch, nach der wenigstens die zahlungskräftigen Stifter Augsburg und Ellwangen dem bayerischen Bezirk erhalten blieben. Als hierauf wider Erwarten die Bayern dem österreichischen Antrag zustimmten, allerdings unter der ausdrücklichen Bedingung, daß jedem Mitglied die Wahl seines Direktoriums freistehen sollte und die schwäbischen Stände vor Inkrafttreten der neuen Verfassung ihre alten Schulden bezahlen müßten, hatte Bamberg gleichfalls keinen Anlaß mehr, Schwierigkeiten zu machen und votierte darum mit Bayern, daß die drei Bezirke auch getrennte Kassen führen und die ausländischen Hilfsgelder proportionell verteilt werden sollten.

Der am 23. Oktober ausgefertigte Abschied[19]) des Defensionstages deckte sich im ganzen mit dem Mainzer Entwurf. Bei plötzlich hereinbrechender übergroßer Gefahr war es dem Überfallenen und auch dem Direktor des betreffenden Bezirkes, welchem der gefährdete Stand angehörte, erlaubt, auf des gesamten Bundes Kosten sich zur Abwehr zu rüsten. Außerdem waren die Direktoren im Kriegsfall schuldig, einander mit einem bestimmten Kontingent zu Hilfe zu kommen, jedoch auf Rechnung des eigenen Bezirkes. Die genauere Regelung dieser Verpflichtung wurde trotz eines entsprechenden Bamberger Antrages,[20]) Bayern und Mainz möchten sich gleich jetzt mit Österreich und den schwäbischen Ständen deswegen vergleichen, zurückgestellt, bis der innere Ausbau der einzelnen Direktorien erfolgt sei.[21])

Johann Gottfried hatte keinen Anlaß, auf die Regensburger Ligaverhandlungen mit Befriedigung zurückzublicken. Der von ihm selbst wie von anderen Bundesgliedern dort angeregte Gedanke, neben der allgemeinen Liga zwischen den Oberländern „noch einen besonderen Verband zu schaffen", war nicht weiter verfolgt worden und das bayerische Direktorium hatte durch Österreichs Politik schwere Einbuße erlitten. Von den rheinischen Ligagliedern war erfahrungsgemäß keine Hilfe zu erwarten und auch das auf Kosten des bayerischen gebildete österreichische Direktorium hatte genug mit sich selbst zu tun.

Doch sollten bald verschiedene Momente zur Beschleunigung der vom Bamberger Bischof so eifrig angestrebten

Partikulardefension der Oberländer drängen. Am Niederrhein zog sich neuerdings ein gefährliches Unwetter zusammen. Der eine der beiden Anwärter in der Jülicher Erbfrage, Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm von Neuburg, war zum Katholizismus, der andere, Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg, zum Kalvinismus übergetreten, wodurch eine friedliche Lösung dieses Streites noch mehr erschwert wurde. Im Zusammenhang damit drohten auch in Aachen, wo die Protestanten sich das Regiment angemaßt hatten, und in Köln wegen des mühlheimischen Baues neue Unruhen auszubrechen.[22]) Infolge der Regensburger Notel, die besonders auf die Interessen der rheinischen Stände zugeschnitten war, stand es diesen frei, nunmehr auf Kosten aller Bundesglieder Werbungen zu veranstalten, dem Johann Gottfried im Verein mit Julius Echter beizeiten durch ein Übereinkommen mit den anderen Oberländern vorbeugen wollte. Außerdem mahnte auch die Unsicherheit der fränkischen Stifter zum Abschluß eines engeren Schutzbündnisses; denn schon ging wieder das Gerücht, der Markgraf von Ansbach wolle Kitzingen mit einer Besatzung von 300 Reitern versehen.[23]) Der wichtigste Umstand aber war, daß der bayerische Herzog, der Liga in ihrer jetzigen Gestalt überdrüssig und der von Bamberg und anderen Oberländern zu Regensburg gegebenen Anregung eingedenk, nun ernstlich die Gründung einer Partikulardefension in Erwägung zog und tatsächlich auch den Entschluß faßte,[24]) den ersten Münchener Bund zu erneuern, um hernach sein Verhältnis zu den beiden anderen Direktorien, falls sie wirklich ins Leben traten, nach eigenem Gutdünken zu regeln. Um die Zustimmung der Oberländer einzuholen, trat sein Oberstkanzler Donnersberg gegen Ende Januar 1614 eine Rundreise an die einzelnen Höfe an, die ihn zuerst zu den Bischöfen Johann Gottfried und Julius Echter nach Würzburg führte; denn auch der Bamberger weilte eben dort, um seiner Residenzpflicht als Würzburger Dompropst zu genügen. Da der bayerische Gesandte mit seinem Auftrag den eigenen Wünschen beider Fürsten entgegenkam, lautete ihre Antwort: sie wollten sich in Kürze mit dem Herzog vergleichen, der deshalb ohne Verzug eine Zusammenkunft in Augsburg vorbereiten solle.[25]) Eichstätt, Augsburg und Ellwangen gaben ebenfalls zusagende Erklärungen

und so setzte Maximilian die Tagung auf den 9. März fest.[26])

Wie die anderen Oberländer hatte auch Johann Gottfried seinen Abgeordneten Pelheim mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet.[27]) Gleich zu Beginn der vom 10. bis 14. März dauernden Beratungen[28]) legten die Bayern als Muster für die neue Vereinigung die Münchener Notel von 1609 vor, der Bamberg, das hier wieder an erster Stelle votierte, sofort zustimmte unter dem Beifügen: wenn sich eine Verbesserung als nötig erweisen würde, wäre ihm das nicht zuwider, doch möge man sich dabei nicht mit dem Regensburger Schluß in Widerspruch setzen, womit sich auch die übrigen Stände alsbald einverstanden erklärten. Die meisten Reformen betrafen nun das Verteidigungssystem. Bei der Frage, worauf die Bundeshilfe zu richten sei, hielt Pelheim eine solche an Geld für ratsamer als an Volk, da die letztere vielleicht den Ständen zu spät zukommen könnte und nicht überall „annehmlich" sein möchte; überdies war er der Anschauung, bei Bamberg und Würzburg müßte das meiste Volk von den Unkatholischen „aufgeklaubt" werden und zudem wäre „in alle weg mit gelt bälder und besser zu begegnen". Der allgemeine Schluß ging denn auch dahin, daß die Kontribution in der Regel in Geld und nur ausnahmsweise, nämlich im Notfall, in Volk bestehen sollte. Weiter meinte der Bamberger Vertreter noch: wenn die Unierten sich neuerdings Übergriffe erlaubten, müsse man auf alle Eventualitäten gefaßt sein, bis man sehe, ob es den Gegnern damit Ernst sei; auf keinen Fall dürfe man ihnen den „Vorstreich" lassen und wegen der Musterplätze wie wegen der An- und Durchzüge des geworbenen Volkes müsse man die Entscheidung jeweils nach den Umständen treffen. Sodann war natürlich die Bildung eines Geldvorrats die wichtigste Aufgabe, wofür zunächst nur die zu Frankfurt und Regensburg bewilligten 35 Monate vorhanden waren. Hiezu erklärte Bamberg, sein Fürst halte es für eine Notdurft, das Äußerste dabei zu leisten; es wären jedoch allerlei Verhinderungen im Weg, die dem „geneigten Willen den Lauf sperrten." Damit man aber sehe, daß sein Herr das Möglichste tun wolle, genehmige dieser zu den schon bewilligten 35 Monaten noch 10 weitere, was hoffentlich zur eilenden Hilfe ausreichen werde. Der Schluß der

Mehrheit indes, dem zuletzt auch Bamberg beipflichtete, ging dahin: außer den bereits genehmigten und meist schon erlegten 35 Monaten nochmals 35 und dazu einen möglichst großen Nachdruck bereit zu halten. Fehlte einem Mitglied das Bargeld, so sollte es deshalb nicht im Stich gelassen werden, wenn nur entsprechende Kautionen geleistet würden. Bei diesem Punkt hatte Julius Echter, wie schon früher, wieder eine Scheidung der Kasse nach den einzelnen Kreisen im Sinn, was jedoch Bamberg mit allem Nachdruck und zuletzt auch mit Erfolg bekämpfte.[29]) Gleichzeitig damit legte Pelheim gemäß erhaltenem Auftrag insgeheim den bayerischen Gesandten dar, daß das Stift Bamberg infolge seiner Verarmung und des Unvermögens seiner ausgesogenen und erschöpften Untertanen weder die alte noch die neubewilligte Kontribution auf einmal erlegen könne, aber doch erbötig sei, diese zu unterschiedlichen Terminen nach und nach zu bezahlen. Die bayerischen Vertreter sollten dies Ansuchen ihrem Fürsten berichten und sich nach Möglichkeit für dessen Gewährung verwenden.[30]) Ganz neue Normen wurden für die Bewehrung des Bundes mit Kriegsmaterial aufgestellt. Die herkömmliche spezifizierte Austeilung wurde fallen gelassen, dafür aber die Bestimmung getroffen, die Nachbarn sollten einander mit Geschütz, Munition usw. aushelfen, falls der eigene Vorrat nicht mehr ausreichte. Dazu mußte sich jeder so in Bereitschaft setzen, daß im Ernstfall nur mehr das Anspannen und Fortführen nötig war. Zur Information des Bundesobersten hierüber hatte jedes Mitglied innerhalb 6 Wochen ein Verzeichnis seiner Vorräte an diesen einzuschicken. Dabei begrüßte es Pelheim sehr, daß der bayerische Herzog zu deren Besichtigung insgeheim einen Sachverständigen abzuordnen versprach, und gab der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, bei Bamberg werde sich alles „in gebürender maß und anzahl" finden.

Eingehende Erwägungen verursachte ferner die Stellung des neuen Bundes innerhalb und neben der allgemeinen Defension, wobei sich zwei verschiedene Richtungen geltend machten. Die Bayern hätten gern alle Beziehungen zu den anderen Direktorien abgebrochen, aber die übrigen Stände, nicht zum wenigsten Bamberg, hielten am Regensburger Abschied fest und betrachteten die neue Vereinigung

nur als dessen Vollzug. Darum mußte Maximilian vor allem zur Übernahme des bayerischen Direktoriums bewogen werden, was sich besonders Pelheim angelegen sein ließ und dabei die eifrige Unterstützung der übrigen Gesandten fand. So wurde denn der Herzog durch das allgemeine Vertrauen nochmals zum Nachgeben bewogen. Das Verhältnis des Sonderbundes zu den anderen Direktorien wurde dahin geregelt, daß jeder Bezirk seine Verteidigung selbständig, ohne Entgelt und Maßgabe der übrigen, vornehmen sollte, womit zugleich einer eventuellen Ausnützung durch die Rheinischen ein Riegel vorgeschoben wurde. Im Notfall allerdings sollte man sich gegenseitig unterstützen, doch wiederum nach eigenem Gutdünken. Die offizielle Bekanntgabe des neuen Vereins an den Kaiser und Mainz hielt der Bamberger Vertreter für eine Notdurft, bezüglich einer Mitteilung an Erzherzog Maximilian trug er zunächst Bedenken, weil dieser noch die Übernahme seines Direktoriums vom Beitritt Augsburgs und Ellwangens abhängig machte, meinte aber schließlich, sie möchte in mehr allgemeiner Form auch da geschehen. Die Notwendigkeit einer solchen Information begründete er damit, daß die jetzige Versammlung „allbereit erschollen" sei und es sonst das Ansehen gewinne, als hätte man etwas verhandelt, womit man nicht ans Licht dürfe. Da aber einzelne Punkte der Beratung nicht von der Art seien, daß man dadurch den österreichischen Ansprüchen entgegenkomme, wäre es am besten, sie ganz zu übergehen. Ferner meinte Pelheim, daß auch an Salzburg, obwohl sich dieses bisher allzeit auf Österreich „geleindt", eine Mitteilung nicht zu unterlassen wäre. Zuletzt einigte man sich dahin, von einer Berichterstattung an den Kaiser ganz abzusehen, da die gefaßten Beschlüsse ja nur die praktische Folgerung aus dem Defensionsabschied darstellten, dagegen an Kurmainz,[31]) die Erzherzöge Maximilian und Ferdinand, den Papst, den spanischen Botschafter Zuñiga und Salzburg kurze Berichte zu senden mit besonderer Betonung der Selbständigkeit der neuen Vereinigung,[32]) als deren vorläufige Dauer 9 Jahre in Aussicht genommen wurden.[33])

Von vornherein herrschte in diesem engeren Kreis ein frischer Zug. Bereits am 2. April 1614 konnte Johann Gottfried dem Herzog Maximilian melden, er habe die ver-

schiedenen Notifikationsschreiben über den Bundesabschluß ausgefertigt.[34]) Ferner erließ er mit den übrigen Oberländern an die schwäbischen Stände, welche jetzt zum österreichischen Direktorium gehörten, eine dringende Mahnung zur schleunigen Bezahlung ihrer alten Schulden, die indes bei den säumigen Zahlern keinen Erfolg hatte.[35]) Zwar blieb der erhoffte Mitgliederzuwachs zunächst aus,[36]) aber der bayerische Herzog ging doch tatkräftig an die militärische Ausgestaltung des Bundes und beauftragte deshalb alsbald seinen Oberstleutnant Hannibal von Herliberg, auf einer Rundreise bei den Oberländern in erster Linie das Gelände zu studieren, sowie in den Zeughäusern Nachschau zu halten und den einzelnen Bundesständen behufs Ergänzung ihrer Vorräte, Besetzung der Pässe usw. sein Gutachten zu eröffnen.[37]) Dieser begegnete wohl überall dem besten Willen, sich in kriegerische Bereitschaft zu setzen, aber trotzdem lag viel im argen. Am besten noch war Bamberg versehen, als Herliberg am 27. Juni 1614 dort eintraf.[38]) Zu Forchheim befanden sich im unteren Zeughaus 151, im oberen wie auf den Basteien und Ringwehren 67 große und kleine Stücke, im ganzen also 218 an der Zahl. Ebenso hatte Johann Gottfried 4 Hauptleute: Eichelberg, Bauer, Großkopf, Lindt und 2 Rittmeister: Fuchs und Schaumberg[39]) in seiner Bestallung. Auch der Ausschuß des Landvolkes war ziemlich bewehrt und eingeübt. Herliberg deutete dem Bischof an, daß man, um seinem Stift zu Hilfe zu kommen, zwei Wege nehmen könne: den einen über Eichstätt,[40]) den anderen über Donauwörth, daß aber beide wegen der Pässe und der unmittelbaren Nähe feindlichen Gebietes mancherlei Schwierigkeiten aufwiesen. In diesem Zusammenhang hob er auch besonders die strategisch wichtige Lage von Forchheim hervor, die bei einem eventuellen Übergang über die Regnitz zu „Toß“[41]) oder bei der Newenbrugg, so 2 Musquetenschüsse außerhalb Fürth“, viel Unterstützung bieten könne, und deutete zugleich die Notwendigkeit an, im Ernstfall diese Festung wegen ihrer Größe mit 2000 Mann zu besetzen.[42]) Ferner ergab sich aus dieser Entlegenheit Bambergs, daß bei kriegerischen Verwicklungen geraume Zeit verstreichen würde, bis man dem Stift die Bundeshilfe angedeihen lassen konnte, und daß besonders der Transport von Kriegsgeräten dorthin mit

großen Schwierigkeiten verbunden sein würde. Es mußte sich also besser ausrüsten wie etwa Augsburg.

Einem geäußerten Wunsche entsprechend, gab dann Herzog Maximilian nach dem Bericht seines Oberstleutnants an Johann Gottfried anfangs September eingehende Weisungen für die miliärische Bereitschaft des Stiftes. Zunächst spendete er seinem Eifer volle Anerkennung, fügte aber bei: wenn auch das Bistum mit Geschütz und anderer Bewehrung „gueter und zimblicher maßen versehen", so sei doch an richtiger Ordnung nicht wenig gelegen, auf daß man wisse, was zur Fortbringung der Artillerie, zur Munition und zum Schanzzeug gehöre. Der Bischof möge nach der genauen Spezifikation gleich jetzt etwaige Mängel ergänzen; wenn man erst bis zum Ernstfall warte, sei es vielleicht schon zu spät. Der Herzog erachtete es für eine Notdurft, daß sich das Stift aufs wenigste mit 3 halben Kartaunen und 5 Feldstücklein samt Zubehör gefaßt mache unter dem Bemerken, die zur Bespannung nötigen Pferde würden wohl „bei den Untertanen oder Klöstern" zu haben sein und bräuchte man sie vorläufig nicht mit großen Unkosten zu unterhalten. Ihre geforderte Zahl belief sich im ganzen auf 458 und zwar 94 schwere Rosse für die Geschütze und 364 Wagenpferde mit 91 Wagen. An Bedienungsmannschaft für die Artillerie[43]) wurden 51 Mann verlangt, nämlich 19 Büchsenmeister und 32 „Handlanger". Bezüglich der ersteren lautete der bayerische Vorschlag an den Bamberger: zur Ersparung neuer Unkosten von seiner Leibwache soviel Landsknechte „abzustellen" als Büchsenmeister nötig seien und mit tüchtigen Leuten letzterer Art zu besetzen; falls aber solche der Zeit nicht gut aufzutreiben, möge er eine Anzahl seiner angesessenen Bürger, die „jung, stark und auch lust hätten", dazu ausbilden lassen, damit, wenn einer vor dem Feind bliebe, dieser im Notfall gleich wieder ersetzt werden könnte. Ferner meinte Maximilian hinsichtlich der bischöflichen Residenz, wenn sie so beschaffen, daß der Fürst sich bei Gefahr darauf verlassen und für seine Person und die wertvollere Habe dort Sicherheit finden könne, habe es dabei sein Bewenden; im anderen Fall möge er bald auf einen schützenden Zufluchtsort bedacht sein. Desgleichen sollte sich Johann Gottfried auch mit solchen Befehlshabern versehen, die nicht nur

„im Feld und bei Besatzungen", sondern auch sonst brauchbar wären, indem sie „einen großen Truppenkörper wie z. B. ein Regiment zu befehligen und besonders einen Ort wohl zu verteidigen wüßten, weil dazu der eine mehr als der andere befähigt". Damit konnte Bamberg gleichfalls aufwarten, da es in dem Hauptmann Bauer und dem Rittmeister Fuchs tüchtige Offiziere hatte, die einige Jahre später sich in dieser Hinsicht trefflich bewährten. Besonders dringend aber empfahl der Herzog nochmals eine entsprechende Verwahrung der Festung Forchheim beim Ausbruch von Feindseligkeiten mit Landvolk oder, wie es sonst geschehen könnte, unter dem Hinweis, daß man diesen Ort zur Durchführung der Hilfeleistung notwendig in der Gewalt haben müsse; wenn sich die Gegner dessen bemächtigten, wären große Schwierigkeiten die Folge und man müßte alles daran setzen, ihn wieder in die eigene Hand zu bringen.[44])

Die gleichen militärischen Anforderungen hatte Bayern auch an den Würzburger Bischof gestellt, der indes darin nur eine ungerechte Überbürdung seines Stiftes sah und, um ihnen aus dem Weg zu gehen, einen noch engeren Schutzverein zwischen Würzburg, Bamberg, Eichstätt und Ellwangen mit gemeinsamem Zeughaus plante, jedoch unbeschadet des weiteren Bundes, unter dem Vorgeben, die 4 Stifter seien von Bayern zu weit entfernt, um von dort rasche Hilfe zu erhalten, dagegen selbst eng mit einander verbunden. Zuerst suchte er Johann Gottfried dafür zu gewinnen.[45]) Allein dieser durchschaute ihn wohl und versprach sich daher sehr wenig davon, sondern äußerte nur, die bayerischen Forderungen brächten freilich für sein Hochstift große Unkosten, die sich bei dessen schlimmer Finanzlage doppelt fühlbar machten; doch sei nicht zu leugnen, daß dies dem Land zu um so größerer Sicherheit gereiche. Jedenfalls halte er dafür, daß nicht Bamberg und Würzburg allein so schwer belastet, sondern auch die anderen Oberländer entsprechend herangezogen würden. Als dann diese Erwartung sich bestätigte und auch Herzog Maximilian den Würzburger Vorschlag ablehnte, zögerte Johann Gottfried nicht länger, die bayerischen Forderungen anzunehmen, so schwer es ihm auch fiel; denn gerade damals hatte aus Anlaß von Rechtsstreitigkeiten[46]) zwischen ihm und seinem Kapitel das letz-

tere den Vorwurf erhoben, seit seinem Regierungsantritt seien die Schulden des Bistums um mehr als 500 000 fl. gewachsen, worauf er allerdings entgegnete, daß sie höchstens „um 100 000 fl. und etliche“ mehr geworden und es meist nur „Vorschüsse zur Union des Katholischen“ seien.[47]) Auch Würzburg wurde dann schließlich[48]) durch sein Beispiel zum Nachgeben veranlaßt.

Über diesen militärischen Fragen vergaß der Bamberger indes nicht, die Entwicklung der Dinge im Reich zwischen den beiden feindlichen Religionsparteien mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Im November 1613 hatte sich Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm aus dem lutherischen Haus Neuburg mit Magdalena, der Schwester des bayerischen Herzogs, vermählt.[49]) Schon damals hatte letzterer den Bischof von Bamberg vertraulich vom geheimen Übertritt des Neuburgers und weiter im Mai 1614 auch von dessen bevorstehender öffentlicher Konversion verständigt, was dann Johann Gottfried unter rühmender Anerkennung des dabei von Bayern bewiesenen Eifers für die katholische Sache als ein „aus besonderer göttlicher Vorsehung erfolgtes, hocherwünschtes“ Ereignis pries, wofür dem Allmächtigen immerwährend Dank zu sagen sei.[50]) Durch den Glaubenswechsel des Pfalzgrafen erschien die Jülicher Erbfrage, worin die Feindschaft zwischen den possidierenden Fürsten immer stärker hervortrat, auch für Bamberg in einem anderen Licht. Sie berührte jetzt nicht mehr das Privatinteresse Wolfgang Wilhelms allein, sondern die ganze katholische Partei; hing doch von ihrer Lösung das Schicksal des unmittelbar bedrohten Erzstifts Köln ab. Die ganze Angelegenheit war für die Katholiken von um so weittragenderer Bedeutung, als gerade damals, im Mai 1614, der Pfalzgraf durch Verrat die Festung Jülich verlor, worauf der Krieg unvermeidlich schien.[51]) Während nun Brandenburg die Generalstaaten zu Hilfe rief, gewann Wolfgang Wilhelm die Unterstützung Spaniens und Bayerns; desgleichen klopfte er bei den Oberländern an im Vertrauen auf das Fürwort seines Schwagers Maximilian, der es daran natürlich nicht fehlen ließ. Schon am 2. Juni schilderte der letztere Johann Gottfried in einem ausführlichen Schreiben die Gefährdung nicht nur der Jülicher Lande des Neuburgers, sondern auch aller katholischen Nach-

barstände. Zugleich deutete er an, daß er für den Fall weiterer „Tätlichkeiten“ gegen den nunmehr katholischen Wolfgang Wilhelm bereits die Stände des rheinischen Direktoriums um „wirkliche“ Unterstützung angegangen habe und dafür halte, die Oberländer möchten darin, wenn nicht öffentlich mit Volk, so doch in der Stille mit Geld beispringen. Demgegenüber erklärte Bamberg: es müsse zuerst noch genauere Berichte über die Vorgänge am Niederrhein abwarten; wenn sich auf Grund dieser der Haß gegen die katholische Religion als Tatsache herausstelle und man also zu fürchten habe, die Feinde würden sich mit ihren bisherigen Erfolgen nicht zufrieden geben, sondern vielleicht nur zu bald sogar die exponierten fränkischen Stifter bedrohen, so sei darauf bei Zeiten zu achten, damit man nicht zu spät zur Abwehr schreite und dann trotz vermehrter Unkosten doch nichts ausrichte. Im übrigen war es gleich Maximilian für behutsames Vorgehen und verlangte deshalb, daß vorläufig die Beihilfe der Oberländer geheim gehalten werde und in Geld geschehe, damit man nicht etwa den Bistümern, die dem Angriff „gar zu viel gelegen“, allerlei plötzliche Überfälle verursache. Zugleich gab es der Hoffnung Ausdruck, alle katholischen Stände würden sich dabei willfährig zeigen und im Notfall das Ihre tun, wie es denn für sich bereits jetzt allen Anforderungen nach Möglichkeit Folge zu leisten versprach.[52]) In der nämlichen Sache verlangte dann auch Bischof Johann Christof von Eichstätt das Gutachten des Bambergers und schickte deswegen eigens seinen Vizekanzler Bartholme Richel[53]) zu ihm mit dem Ergebnis, daß er dessen Anschauungen völlig beitrat. Gleichzeitig entschied sich Johann Gottfried auch in dem zwischen Eichstätt und Nürnberg schwebenden Streit um die Pfarrei Bechthal[54]) für das Recht Johann Christofs und riet, diese für die Allgemeinheit der katholischen Stände so wichtige Angelegenheit dem gesamten oberländischen Bund zu unterbreiten, der sich gemäß früheren Beschlüssen gegenüber dergleichen „unverursachter Tathandlung“ billig seines Mitgliedes annehmen müsse.[55])

Ende Juni lud dann Herzog Maximilian, der jetzt der prinzipiellen Zustimmung der Oberländer für eine finanzielle Unterstützung des Neuburgers sicher war, diese auf den 10. Juli nach Ingolstadt zur endgültigen Beschlußfas-

sung. Bereitwillig versprach Johann Gottfried seine Vertreter zu senden,[56]) doch zuvor verständigte er sich, wie in allen wichtigen Fragen bei der Interessengemeinschaft Bambergs und Würzburgs, auch hierüber mit Julius Echter. Ehe sich beide ähnliche Drangsale wie 1610 auf den Hals luden, wollten sie wissen, was die Stände des rheinischen Direktoriums im Juni auf dem Tag in Bingen zu Gunsten Wolfgang Wilhelms beschlossen, wie die diplomatischen Verhandlungen der beiden streitenden Fürsten verliefen, ob und wie der Kaiser, Spanien und Erzherzog Albrecht sich um den Pfalzgrafen annahmen.[57]) In diesem Sinn war auch die Instruktion[58]) abgefaßt, die der Bamberger seinen Gesandten, dem Domdechant Kotzau und dem Hofmarschall Pelheim, mitgab. Doch sollten diese zugleich erklären: obwohl es dem Stift jetzt fast unerschwinglich sei, sich in fernere Kontributionen einzulassen, wolle ihr Fürst doch, wie er schon kundgegeben, Neuburg beispringen, zumal dies zum Besten des Katholizismus geschehe und vor Jahren Bamberg auch zur Stillung der „Kölner Unruhe" das Seine getan habe. Ja, Kotzau und Pelheim waren sogar angewiesen: wenn, wie zu vermuten, sich ein Stand auf den anderen beziehen und keiner den Anfang machen wollte, für ihren Teil — ohne jedoch den übrigen Gesandten hierin vorzugreifen — 12 000 fl. vorzuschlagen. Falls aber noch mehr begehrt würde, sollten sie sich zuvor mit Würzburg und Eichstätt ins Benehmen setzen und dann dem Schluß der Mehrheit folgen. Bezüglich der Frage, ob und wie weit der Pfalzgraf sich auf einen gütlichen Vergleich einzulassen habe, zeigte der Bischof zwar alle Geneigtheit, das Beste zu raten und zu befördern; aber da ihm über die Einzelheiten des Jülicher Erbstreites wenig bekannt war, nämlich nur das in Flugschriften darüber allgemein Verbreitete, so sollten seine Gesandten von den bayerischen Vertretern erst genauere Informationen einziehen und dann nach bestem Verstand ihr Gutdünken eröffnen.

Am 11. Juli begannen die Ingolstädter Verhandlungen,[59]) die bereits am anderen Tag zur Ausfertigung des Abschieds führten. Eben sammelten am Niederrhein die Spanier unter Spinola ihre Armee zum Schutz Wolfgang Wilhelms und auch Prinz Moriz von Oranien stand mit einem staatischen Heer zur Verteidigung der Brandenbur-

ger Ansprüche bereit;[60]) ein Waffengang schien unvermeidlich. Unter solchen Umständen genehmigten die Oberländer alsbald für Neuburg 5 Römermonate. Diese beliefen sich für Bamberg auf 6200 fl., während doch Johann Gottfried selbst seine Abgeordneten bereits bevollmächtigt hatte, bis zu 12 000 fl. zu gehen. Indes letztere hatten bald gemerkt, daß man nicht so viel geben wolle, und deshalb in Rücksicht auf die schlimme Finanzlage der Bamberger Lande nur die Hälfte dieser Summe vorgeschlagen. Doch trug ihr Angebot gleich den Charakter einer endgültigen Bewilligung, während die anderen Stände, abgesehen von Bayern, erst nach längerem Zögern beistimmten. Bezüglich eines etwa vom Pfalzgrafen einzugehenden Vergleichs riet Bamberg im Verein mit den übrigen Oberländern, bei etwaigen Verhandlungen darüber sich mit den dort sicher anwesenden Gesandten „hoher katholischer Fürsten" ins Benehmen zu setzen. Wenn er dabei keine besseren Bedingungen erlangen könnte, sollte er wenigstens auf der vorigen „Kapitulation", bei der er mit Brandenburg anfangs in ziemlicher Ruhe gelebt, beharren und „in alleweg den Kaiser um Administration der Gerechtigkeit ersuchen". Auch der Streit Eichstätts mit Nürnberg kam zur Sprache, wobei die Bamberger mit der übrigen Versammlung für den Fall, daß die eben schwebenden Verhandlungen über einen gütlichen Ausgleich wider Erwarten nicht ihren Fortgang nähmen, gemäß den jüngsten Rezessen das Einschreiten des Bundes verlangten. Bereits hatten Regensburg und Passau ihre Vertreter zur gegenwärtigen Tagung geschickt; gleich den anderen Anwesenden hielten auch Kotzau und Pelheim dafür, die noch außerhalb des engeren Bundes befindlichen Stände des früheren bayerischen Direktoriums und selbst Salzburg nochmals zum Eintritt in den Partikularverein aufzufordern.[61])

Die ebenerwähnte Bewilligung der Oberländer und die noch höhere der rheinischen Stände ermöglichten es Wolfgang Wilhelm, zum spanischen Heer eine eigene Truppe von 4000 Knechten und 700 Reitern stoßen zu lassen. Aber bald nach dem Ingolstädter Tag ersuchte er im Hinblick auf die wachsende Gefahr die Oberländer um weitere Hilfe, besonders um die Gewährung von Darlehen und die Auslieferung der vom Papst der Liga versprochenen Geldunter-

stützung, zu welch letzterem Zweck er eine entsprechende „Fürschrift“ an den hl. Vater wünschte. Während er bei den anderen Ständen seine Bitte nur schriftlich vorbrachte, schickte er an Bamberg und Würzburg, als die bedeutendsten Bundesglieder neben Bayern, einen eigenen Gesandten in der Person des Hauptmanns Jakob Bauer von Eisenecк.[62]) Während dieser bei Würzburg ohne weiteres eine Abweisung[63]) erfuhr, zeigte sich Johann Gottfried nicht abgeneigt, doch wollte er darüber erst mit den übrigen Ständen Rücksprache nehmen.[64]) Zunächst hatte er allerdings zu tun, um die bereits bewilligte Hilfe aufzubringen.[65])

Inzwischen aber hatte der Vertrag von Xanten, der an Stelle der bisherigen gemeinsamen Verwaltung des Jülicher Erbes durch die possidierenden Fürsten die getrennte setzte, am Niederrhein die drohende Kriegsgefahr beseitigt.[66]) Doch um so stärker stieg sie dafür wieder in unmittelbarer Nähe des Stiftes Bamberg auf, was Johann Gottfried abermals mit ernster Sorge erfüllte und die Erinnerung an die Heimsuchung von 1610 aufs neue in ihm wachrief. Schon anfangs September 1614 erhielt er von Mainz und Würzburg sichere Nachricht, daß Kurpfalz seinem Kriegskommissär Abraham Kolburger die Generalmusterung des gesamten Ausschusses anbefohlen habe, nachdem schon „eine gute Zeit her“ in allen pfälzischen Ämtern Einzelmusterungen des Landvolkes stattgefunden hätten. Desgleichen würden überall die Heerwägen, die nötigen Pferde und sonstiger Kriegsbedarf in Bereitschaft gestellt, die Obersten und Hauptleute nach Heidelberg berufen und die Lehensleute aufgemahnt. Ferner habe die Pfälzer Regierung an die 3000 Mann zu Fuß nach dem Kloster Letzingen abgeordnet; auch sei der Sohn des Heidelberger Untermarschalls von Affenstein mit 2 Kompagnien marschbereit.[67]) Gegen Ende des Monats mahnte Johann Schweikhart neuerdings Bamberg zur Vorsicht, da allgemein das Gerücht gehe: in 10 oder 12 Tagen werde oben den Rhein herab und von unten hinauf ein Putsch gegen die geistlichen Fürsten versucht und deshalb zu Mannheim eine Brücke über den Rhein geschlagen werden; es würde dann zu Mainz, Würzburg und an anderen Orten weit und breit keine Sicherheit sein. Anfangs Oktober meldete der Mainzer,

daß die protestantischen Stände wieder zusammenkämen und zwar die Fürsten zu Heilbronn, die Grafen und Herren in Öttingen, die Städte zu Ulm und daß Landgraf Moritz von Hessen die Fähren über den Main und Rhein besichtige.[68]) Johann Gottfried selbst erhielt von glaubwürdiger Seite die Schreckensnachricht, daß am nämlichen Tag die beiden Stifter Bamberg und Würzburg von Norden her angegriffen werden sollten und zwar sei der feindliche Vorstoß einerseits auf die Stadt Würzburg samt dem Schloß Marienberg, anderseits auf die 2 Bamberger Festungen Kronach und Forchheim geplant. Im Hinblick darauf mahnte er Julius Echter zu verdoppelter Wachsamkeit und guter Bereitschaft, wie er auch selbst die Bewaffnung und Musterung seines Landvolkes beschleunigte.[69]) Die wilden Gerüchte brachten ihm die Gewißheit, daß sich die Gegner abermals mit großen Plänen trugen. Bestärkt wurde er noch darin durch den im Februar 1615 zu Nürnberg stattfindenden Unionstag, über dessen Beschlüsse er durch Eichstätt unterrichtet wurde,[70]) und durch die von Nürnberg ins Werk gesetzte Neuanwerbung von 4 Fähnlein Fußvolk, welche sich alsbald den angrenzenden Ämtern der Stifter Bamberg und Eichstätt durch ihr „Auslaufen und Garten" trotz aller Proteste der Bischöfe äußerst unangenehm fühlbar machten.[71])

Diese vielfachen Bedrohungen durch die Gegner zeigten Johann Gottfried deutlich, wie nötig es sei, die allgemeine Defension gemäß dem Regensburger Abschied zu vervollständigen und entsprechende Gegenmaßregeln zu treffen. Freilich war bereits das bayerische Direktorium ausgebaut, auch die rheinischen Stände hatten sich zu Bingen im Juni 1614 geeint,[72]) nur Erzherzog Maximilian weigerte sich nach wie vor, seinen Bezirk in Ordnung zu bringen, ehe Augsburg und Ellwangen zu ihm übergetreten wären. In dem darüber zwischen dem Erzherzog und Bayern ausbrechenden Zwist war die Haltung des Bischofs von Bamberg, an den sich seit der Regensburger Tagung Würzburg und Eichstätt immer enger angeschlossen hatten und auch im weiteren Verlauf der Dinge stets mit ihm gemeinsam vorgingen, von größter Bedeutung.

Nachdem Johann Schweikhart schon im Sommer 1614 vergebens um Abhaltung eines allgemeinen Defensions-

tages in Dinkelsbühl sich bemüht hatte, setzte er jetzt neuerdings einen solchen auf den 19. Oktober nach Würzburg an. Allein Bayern, obwohl es die Befürchtungen der fränkischen Bischöfe wegen der Unierten teilte,[73]) erklärte, so lange Erzherzog Maximilian an seinen Forderungen festhalte, verspräche eine derartige Zusammenkunft wenig Erfolg. Auch die fränkischen Stifter pflichteten dieser Anschauung bei, zumal es für sie ein Gebot der freien Selbstbestimmung war, jene Klausel des Regensburger Abschieds, welche jedem Bundesstand die Wahl des Direktoriums anheimstellte, aufrecht zu erhalten. Johann Gottfried gab im Zusammenhang damit überdies zu verstehen, der Regensburger Schluß gestatte Österreich, zu seinem Direktorium auch den Deutschen Orden zu nehmen, der jedoch gemäß des Erzherzogs Berufung auf die Kreisverfassung als im fränkischen Kreis gelegen zum bayerischen Bezirk gezogen werden müßte. Trotzdem empfahl er Herzog Maximilian, in Anbetracht der schweren Zeiten den Generalkonvent möglichst zu befördern, auf daß dort vielleicht doch eine Einigung erzielt und auch andere wichtige Angelegenheiten beratschlagt werden könnten.[74]) Weil aber eine derartige Tagung voraussichtlich nicht so schnell zustande kam, wollte der bayerische Herzog im Hinblick auf die bereits oben angedeuteten neuen Hilfsgesuche seines Schwagers Wolfgang Wilhelm von Neuburg wenigstens eine Partikularversammlung der Oberländer einberufen[75]) und ersuchte deswegen auch Bamberg um sein Gutachten, welches nach vorheriger Rücksprache mit Würzburg und Eichstätt dahin ging: von der Sondertagung zunächst abzusehen, da sie nicht nur bei den Unierten, sondern auch bei den zwei anderen Direktorien leicht Argwohn erregen möchte, und sie vielmehr auf die allgemeine Zusammenkunft zu verschieben, wofür dann die Oberländer ihre Gesandten noch mit entsprechender Nebeninstruktion versehen könnten. Diesen Vorschlag ließ sich zuletzt auch Bayern gefallen.[76])

Da der Streit zwischen Österreich und Herzog Maximilian immer schroffere Formen annahm, infolge der schon erwähnten Rüstungen der Unierten aber die allgemeine Krisis mehr und mehr stieg und im Notfall von der Liga keine ausreichende Hilfe zu erwarten war, einigten sich Johann Gottfried und Julius Echter zu Anfang Februar

1615, die Versammlung der 3 Direktorien alsbald in die Wege zu leiten, damit endlich eine Verständigung der Parteien angebahnt und überhaupt die ganze Defension zu gesichertem Abschluß gebracht würde. Sie setzten sich deshalb auch mit dem Eichstätter ins Benehmen, der seinen Vizekanzler Richel sofort nach Bamberg schickte, um mit Johann Gottfried eingehende Beratungen zu pflegen. Das Ergebnis war ein dringendes Schreiben der 3 Bischöfe an Mainz, den Generalkonvent möglichst zu beschleunigen.[77]) Von diesem auf das entgegenstehende Hindernis hingewiesen, machten sie sodann den Vorschlag: entweder sollten das rheinische und bayerische Direktorium eine Abordnung an den Erzherzog schicken oder Johann Schweikhart diesen zu einer gemeinsamen Besprechung der Direktoren einladen, damit hernach, wenn so die Grundlagen eines Übereinkommens erzielt wären, zunächst die Organisation des österreichischen Bezirks und gleich darauf der allgemeine Defensionstag stattfinden könne.[78]) Aber Kurmainz ergriff jetzt offen die Partei des Erzherzogs und mutete den Bischöfen zu, ihren Einfluß bei Bayern gleichfalls zu Gunsten Österreichs geltend zu machen. Doch ehe diese weitere Schritte unternahmen, warteten sie das Ergebnis der Verhandlungen ab, zu denen unterdessen die schwäbischen Stände in Überlingen zusammengetreten waren.[79]) Bereits am 17. Juni konnte Eichstätt seinem Bamberger Freund den glücklichen Abschluß dieser Tagung melden. Während nun die Kunde, daß Augsburg sich dort bereit erklärt habe, um des Friedens willen zum bayerischen und österreichischen Direktorium gleichzeitig zu steuern, bei Würzburg und Eichstätt Bewunderung erregte, war Johann Gottfried darüber nicht sonderlich erfreut und äußerte: dieses Versprechen sei unziemlich und laufe dem Regensburger Abschied zuwider; das österreichische Direktorium wäre auch so in Ordnung gebracht worden. Da es aber einmal so weit, möge Bayern wenigstens dafür sorgen, daß der Augsburger auf alle Fälle seinen Verpflichtungen gegenüber dem oberländischen Bundesabschied von 1614 entsprechend nachkomme.[80])

Aber der Erzherzog gab sich mit dem Erreichten ohnedies nicht zufrieden und verlangte, daß Augsburg und Ellwangen zusammen oder doch mindestens Augsburg die

Verbindung mit dem bayerischen Bezirk völlig löse, wodurch natürlich der Streit an Schärfe nichts verlor. Auch Mainz nahm sich dieser Forderung an[81]) und ermahnte Johann Gottfried gegen Ende August 1615 dringend, sich bei Bayern dafür zu verwenden, was jedoch der Bischof ablehnte mit dem Bedeuten: durch den Austritt Augsburgs würde der bayerische Bezirk einen allzu fühlbaren Verlust erleiden. Mitte November berichtete dann Johann Schweikhart dem Bamberger, daß der Erzherzog gelegentlich seines Besuches zu Aschaffenburg hartnäckig auf seiner Forderung bestanden habe, und bat deshalb nochmals, bei Herzog Maximilian dahin zu wirken, daß dieser Augsburg seiner Verpflichtungen gegen den bayerischen Bezirk entbinde und es an Österreich weise, damit endlich einmal „das Interesse des einzelnen vor dem der Allgemeinheit zurücktrete."[82]) Als vollends noch Kurtrier für den Österreicher Partei ergriff, sah der bayerische Herzog darin eine Probe seiner bevorstehenden Majorisierung durch die beiden anderen Bezirke und beschloß, sein Direktorium niederzulegen. Bereits am 17. Januar 1616 sandte er seine Räte Johann Christof von Preysing und Dr. Johann Götz an die fränkischen Bischöfe, um ihnen dies Vorhaben kundzutun. Da Johann Gottfried wieder in Würzburg weilte, begaben sich die Abgeordneten sogleich dorthin. Auf deren Anbringen beriet sich der Bamberger zunächst mit Julius Echter, um alsdann vor allem seiner Bestürzung über diese unerwartete Erklärung auszudrücken. Da für die fränkischen Stifter von einem Übertritt zum rheinischen oder österreichischen Direktorium nicht die Rede sein konnte, weil sie davon nur neue Lasten, aber keinerlei Nutzen gehabt hätten, kam jetzt alles darauf an, den Herzog umzustimmen, bezw. ihm Genugtuung zu verschaffen und, wenn dies nicht gelang, wenigstens das engere Schutzbündnis aufrecht zu erhalten. So schilderten denn Johann Gottfried und Julius Echter den Gesandten die Nachteile, welche der Rücktritt Bayerns für die katholische Sache mit sich bringe, in grellen Farben und suchten die vorgebrachten Entschuldigungen möglichst zu entkräften. Sie versprachen auch, mit dem Erzherzog einmal „aperte, rotunde und teutsch" zu reden; helfe dies nichts, dann möge Herzog Maximilian seinen Entschluß ausführen und Österreich dadurch vor

aller Welt brandmarken. Hätten sie 1610 Habsburg und die rheinischen Stände nicht gebraucht, so würden sie auch in Zukunft nur im Bund mit Bayern ihre Existenz behaupten können; anderenfalls würden sie „wie zerstreute Schafe ohne einen Hirten den Wölfen unvermeidlich in die Zähne fallen." Doch die bayerischen Räte konnten nur erwidern, daß ihr Herr als ordentliches Mitglied bei der Defension verbleiben werde.[83]) Fast wollten beide Bischöfe am Zustandekommen des Generalkonventes verzweifeln, als ihnen ein Besuch des Erzherzogs Maximilian in Würzburg neue Hoffnung machte, da sich dieser gegenüber ihren eindringlichen Mahnungen den Anschein der Versöhnlichkeit gab. Sie setzten sich daher auch mit Eichstätt ins Benehmen, das alsbald seinen Hofratspräsidenten Konrad von Werdenau nach Würzburg sandte, wo dieser am 19. und 20. Februar 1616 mit Johann Gottfried und Julius Echter eingehende Beratungen hatte, deren Schluß dahin ging, eine gemeinsame Abordnung nach München zu schicken. Wenn es ihnen nur glückte, den Herzog zum Besuch einer allgemeinen Tagung zu bestimmen, so hofften sie die anderen Hindernisse bis dahin oder bei dieser Gelegenheit vollends zu beseitigen. Mißlang der Versuch, dann sollte wenigstens die Partikulardefension neu befestigt werden.[84])

Zur gleichen Zeit geschah es auch, daß Johann Schweikhart, dem der Rücktritt Bayerns vom Direktorium völlig überraschend gekommen war und der jetzt an allem unschuldig sein wollte, Bamberg und Würzburg um ihr Gutachten darüber ersuchte und sie bat, beim Herzog dahin zu wirken, daß er sein Oberstenamt wenigstens auf so lange wieder übernehme, bis die katholischen Beschwerden beim Kaiser ihre Erledigung gefunden hätten, da er jetzt die Katholiken auf keinen Fall im Stich lassen dürfe. Die beiden Bischöfe rieten alsdann dem Kurfürsten, im Namen des rheinischen Direktoriums gleichfalls eine Gesandtschaft oder wenigstens eine Bittschrift an den Herzog zu schicken.[85]) Inzwischen aber erholte im Auftrag der 3 fränkischen Stifter der Eichstätter Vizekanzler Richel zu Dillingen und Ellwangen auch die Zusage der dortigen Fürsten für die geplante Abordnung,[86]) wobei Bischof Heinrich von Augsburg anregte, es möchte sich einer der oberländischen Stände persönlich daran beteiligen, und hiefür in erster Linie Bam-

berg in Vorschlag brachte mit der Begründung: der Herzog würde dadurch einmal eine größere Genugtuung bekommen, sodann auch eine weitgehendere Vertraulichkeit im Gespräch bekunden und viel eher eine willfährige Erklärung abgeben. Julius Echter griff den Gedanken mit Eifer auf und tat eine entsprechende Anregung bei Johann Gottfried, der dies jedoch vorläufig für unnötig, ja unrätlich hielt und ihn zu entschuldigen bat, weshalb jede persönliche Beteiligung eines Fürsten unterblieb. Am 10. April 1616 trafen dann die Gesandten von Bamberg, Würzburg, Eichstätt, Augsburg und Ellwangen in Eichstätt zusammen, von wo aus sie gemeinsam nach München aufbrachen.[87]) Johann Gottfried hatte seinen Bevollmächtigten,[88]) dem Domherrn Sebastian Schenk von Stauffenberg und dem Hofmarschall Onufrius von Pelheim, für den Fall, daß man am bayerischen Hof nichts ausrichten würde, noch besondere Weisungen mitgegeben. Sie sollten alsdann seinem Kummer Ausdruck verleihen, daß sich der mit vieler Mühe aufgerichtete Bund zerschlage, obwohl die Gefahr von allen Seiten drohe. Mit der Begründung, daß ohne Fortführung des Direktoriums durch Bayern nichts Ersprießliches geschehen könne, hatten sie hierauf vorzuschlagen: der Papst möge sogleich unter Hinweis auf das zu besorgende Unheil um Vermittlung ersucht werden, damit der Herzog wenigstens für die beschlossenen 9 Jahre die Führerschaft weiter auf sich nehme. Da dies durch eine Gesandtschaft viel geheimer und ausführlicher anzubringen wäre, sollte der Augsburger Generalvikar Zacharias Furtenbach im Namen und auf Kosten der gesamten Oberländer nach Rom reisen und dort gemäß einer noch zu vereinbarenden Instruktion in dieser Angelegenheit tätig sein. Falls aber die anderen Vertreter bequemere Mittel für gut finden würden, sollten Stauffenberg und Pelheim sie zu Bericht nehmen und zugleich die Bereitwilligkeit ihres Herrn erklären, alles zu befördern, was dem Katholizismus zum Besten sei.[89]) Am 15. April legte dann die gemeinsame Abordnung zu München ihre Werbung ab, doch bereits am anderen Tage berichteten die Bamberger ihrem Fürsten, daß schlechte Aussicht auf ein Nachgeben des Herzogs sei, wenn man sie auch in der dortigen Residenz gar glänzend „traktiere und losiere". Wirklich verharrte Maximilian zuletzt bei seinem Entschluß, ver-

sprach aber wenigstens als ordentliches Mitglied der Defension einen allgemeinen Bundestag beschicken zu wollen mit dem Beifügen, daß er gern sehen würde, wenn auf solchem Konvent allem Übel abgeholfen werden könnte.[90])

Mit diesem Bescheid gingen dann die Gesandten auseinander, weil es der Mehrzahl von ihnen an genügender Instruktion für weitere Schritte fehlte. Doch bald darauf, zu Anfang Mai 1616, traf Johann Gottfried mit den eigenen Beratern und dem von Julius Echter nach Bamberg entsandten Dr. Brand seine ferneren Entschließungen. Zunächst wurde Kurmainz vom Ausgang der Abordnung nach München in Kenntnis gesetzt,[91]) wobei man, angespornt durch das von Bayern gegebene Versprechen, den allgemeinen Defensionstag zu besuchen, auf Beschleunigung des Generalkonvents drängte und dafür Dinkelsbühl als Malstatt empfahl. Hiezu wurde eine gemeinsame Instruktion[92]) aller Oberländer vorbereitet, die durch engen Anschluß an Bayern gekennzeichnet war. Einmal wollte man entschieden dafür eintreten, daß Ausburg und Ellwangen beim bayerischen Direktorium blieben. Sodann wurde verlangt, daß die ausländischen Bundeshilfen an die 3 Bezirke zu gleichen Teilen verteilt würden, daß die früher zum bayerischen, jetzt aber zum österreichischen Direktorium gehörigen Stände ihre alten Schulden beglichen und daß endgültig festgesetzt würde, in welchem Maß ein Bezirk dem anderen Hilfe zu leisten habe, wobei man für den bayerischen einen Abzug beanspruchte, weil er nach Ausweis der Reichsmatrikel schwächer als die beiden anderen sei. Auch die verschiedenen Grade der Unterstützung sollten festgesetzt werden, denen indes die Selbsthilfe unbedingt vorausgehen mußte. Da Herzog Maximilian sich gegenüber der oberländischen Gesandschaft bitter beklagt hatte, daß wiederholt das Geheimnis des bayerischen Direktoriums nicht nur zum Schaden der Oberländer, sondern „wohl gar allen katholischen Ständen zur äußersten Gefahr ausgeplaudert worden", beschloß man: abgesehen von Bayern aus sämtlichen Räten der Oberländer, welche bisher mit den Ligasachen zu tun gehabt hatten, lediglich einen mit den Verhandlungen auf dem Generalkonvent und bei Herzog Maximilian zu beauftragen, der dann den einzelnen Fürsten schriftlich und mündlich Bericht erstatten sollte. Hiezu

schlug Johann Gottfried den Würzburger Dr. Brand als geeignetste Persönlichkeit vor, da dieser seit Begründung des Bundes mit dessen Angelegenheiten zu tun habe, bei den meisten Beratungen darüber selbst beteiligt gewesen, kurz, „vom ganzen Werk fast die beste Wissenschaft habe". Hinsichtlich der Besoldung Brands hielt er dafür, jeder Stand möge diesem 100 fl. im Jahr neben der gebührenden Zehrung bezahlen. Das werde sich bei den zu erwartenden Versammlungen wohl wieder einbringen lassen, weil dann die einzelnen Mitglieder des Direktoriums weiter keine Auslagen hätten.[93])

Um für diese zwischen Bamberg und Würzburg vereinbarten Abmachungen auch die Zustimmung der übrigen Oberländer zu erhalten, schlug Julius Echter eine Sondertagung der Glieder des bayerischen Direktoriums — jedoch ohne Bayern — auf den 7. Juni 1616 nach Dinkelsbühl vor mit dem Anfügen, daß dabei auch leicht die weiter bei Herzog Maximilian zu unternehmenden Schritte verhandelt werden könnten. Jeder Stand sollte, um Aufsehen zu vermeiden, nur einen einzigen „vertrauten" Rat dorthin senden. Bereits hatte Würzburg entsprechende Einladungen ausfertigen lassen und bat nun Johann Gottfried, diese gleichfalls zu unterzeichnen. Allein der letztere riet von solchem Vorhaben entschieden ab und gab zu bedenken, daß so einmal bei Bayern der Verdacht erweckt würde, als wollten die Oberländer sich selber von ihm trennen, ferner möchten auch die Unierten neuerdings Argwohn schöpfen und dadurch, daß die Bundesglieder „ohne Zuordnung ihres Direktors" tagten, die Spaltung des bayerischen Bezirks noch mehr erkennen, zumal eine derartige Zusammenkunft so geheim nicht würde vor sich gehen können. Schriftlich dagegen sei alles viel bequemer zu erledigen, weil da jeder Fürst seine Berater gleich an der Hand habe und so viel schneller zu einem endgültigen Schluß zu kommen vermöge. Julius Echter pflichtete zuletzt diesen Anschauungen ebenfalls bei und tatsächlich erklärten sich Eichstätt, Ausburg, Regensburg und Ellwangen nach kurzen schriftlichen Verhandlungen mit den Vereinbarungen zwischen Bamberg und Würzburg einverstanden. Auch Bayern setzten Johann Gottfried und Julius Echter davon in Kenntnis, wobei sie sich erboten: wenn der Generalkonvent ausgeschrieben sei, für ihre

Person und die anderen Oberländer die Beschickung des Tages möglichst zu befördern und die gemeinsame Instruktion dem Herzog beizeiten mitzuteilen, damit er darüber sein „getreu gemeintes Bedenken" um so ersprießlicher eröffnen möge. Indes Mainz konnte sich nicht entschließen, die Versammlung zu berufen, solange Österreich und Bayern bei ihren entgegengesetzten Forderungen beharrten. Darüber half auch ein letztes Gesuch der drei fränkischen Bischöfe zu Anfang September 1616 nicht hinweg, worin sie eindringlich auf die den Oberländern drohende Gefahr hinwiesen und andeuteten: solange nicht das Defensionswesen in Ordnung gebracht sei, könnten die Drangsale von 1610 leicht wiederkehren.[94]) Der Bamberger gab jedoch damit seine Bemühungen noch nicht auf und wurde darin bestärkt durch ein vom 5. November 1616 datiertes päpstliches Breve, worin Paul V. ihn dringend mahnte, sein Möglichstes zur Schlichtung der zwischen Erzherzog Maximilian und Bayern schwebenden Streitigkeiten zu tun. Er setzte sich deshalb zu Beginn des Jahres 1617 sogar mit dem alten Herzog Wilhelm von Bayern darüber ins Benehmen; freilich blieb auch dieser Schritt erfolglos.[95])

Aber trotz der augenscheinlichen Auflösung der Liga hielt Johann Gottfried mit Zähigkeit an der Bundesidee fest, um so mehr, als Kaiser Matthias und sein Minister Kleßl wieder eifrig die Komposition, den friedlichen Ausgleich der Parteien im Reich, anstrebten und dieses Ziel besonders durch Aufhebung der konfessionellen Bünde zu erreichen hofften.[96]) Direkten Anlaß, dazu Stellung zu nehmen, erhielt der Bischof, als im Februar 1615 die zu Nürnberg versammelten Unierten dem Kaiser ihre Forderungen für diesen Fall darlegten und Matthias, durch dieses zweifelhafte Entgegenkommen geblendet, auch die vornehmsten katholischen Stände für die Komposition und damit für die Auflösung ihrer Defension zu gewinnen suchte. Der Bamberger war mit unter den ersten Fürsten, die der Kaiser um ihr Gutachten anging.[97]) Des Bischofs Antwort lautete: er würde gern seine Meinung darüber ausführlich darlegen, wenn nicht alles so hochwichtig wäre, daß er dafür halte, eine Entschließung im einen und anderen Punkt für seine Person allein sei gefährlich und der Allgemeinheit nachteilig. Er war für eine durch Kurmainz zu berufende Be-

ratung aller katholischen Stände, deren Beschlüsse dem Kaiser alsbald kundgetan werden sollten. Zur Begründung dieser Anschauung führte er aus: das Begehren der Unierten berühre einerseits die kaiserlichen Hoheitsrechte anderseits auch alle katholischen Stände in sehr beschwerlicher Weise, so daß er nicht sehe, wie dem ohne Nachteil für des Kaisers „Autorität und Reputation" stattzugeben und es gegenüber der Gesamtheit der Katholiken zu verantworten sei, daß ein Stand für sich allein ohne vorhergehende reifliche Beratung aller über die einzelnen Punkte eine Erklärung abgebe. Johann Gottfried war mit den übrigen Oberländern einig, daß nach dem bisherigen Verlauf der Dinge die geplante Komposition aussichtslos, dagegen eine allgemeine katholische Defension unbedingt nötig sei. Er sah mit Bayern in der Erklärung des Mainzers, unter welchen Bedingungen die Katholiken allenfalls eine Ausgleichsverhandlung zugestehen könnten, bereits ein bedenkliches Entgegenkommen und in den Forderungen der Unierten nur das Bestreben, den Augsburger Religionsfrieden zu ihrem Vorteil zu erweitern, ihre bisher unrechtmäßig vorgenommenen „Tathandlungen zu justifizieren und sich die Türe zu den noch übrigen geistlichen Gütern sowie zur gänzlichen Unterdrückung der Katholiken zu eröffnen". So folgerte er denn: die Korrespondierenden würden sich vermutlich auf dem Kompositionstag nicht anders als 1613 zu Regensburg erzeigen und, wenn die Katholiken, wie sie nicht anders dürften, bei ihrer Anschauung beharrten, dann würde diese Zusammenkunft den Ausgang des letzten Reichstages haben, wodurch die schon damals verspürte Erbitterung der Gemüter nur noch gesteigert würde.[98]) Erhöhte Bedeutung gewann die Kompositionsfrage, als damit die Festsetzung der Sukzession des Kaisers verknüpft wurde. Während Klesl erstere vorweg nehmen wollte, angeblich im Interesse einer baldigen Ordnung der Nachfolge, in Wirklichkeit aber um die Entscheidung darüber möglichst hinauszuschieben, war Johann Gottfried mit den meisten Ligaständen für sofortige Regelung der Sukzession, widerstrebte dagegen hartnäckig der von Matthias wiederholt beantragten Aufhebung der katholischen Defension. Als Johann Schweikhart deswegen alle katholischen Stände auf den 31. Juli 1617 nach Frankfurt lud, war der

Bamberger, wie bisher in allen wichtigen Angelegenheiten, auch jetzt bemüht, mit seinen Freunden eine einheitliche Instruktion zu vereinbaren, vor allem über die Hauptfrage, die offizielle Aufhebung der Liga, und, weil sie abzulehnen war, zugleich darüber, ob nicht bei solcher Gelegenheit der in Wirklichkeit schon auseinander gefallene Bund erneuert werden sollte. Allerdings waren diese Vorberatungen umsonst, weil Mainz die Versammlung zunächst hinausschob und dann überhaupt aufgab.[99])

Blieb nun auch die allgemeine Defension der Auflösung anheimgegeben, so konnte doch der Augsburger Sonderverein von 1614 seiner Verfassung nach als selbständiger Bundeskörper weiterbestehen. Aber diese anfangs so lebenskräftige engere Vereinigung war inzwischen gleichfalls zu einem Schattendasein herabgesunken; denn bereits war Augsburg ausgeschieden und der Beitritt von Regensburg und Passau hatte keine praktische Bedeutung erhalten, da sich diese zwei Stifter alsbald von den Bundessteuern dispensieren ließen. Auch die Hoffnung auf den Beitritt Salzburgs wurde zu Schanden. Desgleichen führten die Verhandlungen mit den schwäbischen Ständen wegen Bezahlung ihrer Rückstände zu keinem Ziel[100]) und im Widerspruch mit dem Augsburger Abschied der Oberländer von 1614, suchte man jetzt auf einer Tagung der oberrheinischen Stände in Mainz durchzusetzen, daß bei etwaigen Werbungen eines einzelnen Bezirks die Unkosten auf sämtliche Ligastände verteilt würden. Dagegen erhob gleich Bayern auch Johann Gottfried entschieden Protest und verlangte, es möge beim Augsburger Schluß verbleiben.[101]) Durch derartige üble Erfahrungen verlor indes Herzog Maximilian selbst die Lust an dem bisher von ihm begünstigten Sonderbund. Am schmerzlichsten empfand dies wieder gleich Würzburg und Eichstätt der Bischof von Bamberg, da ja die 3 Bistümer im Fall einer neuen Bedrohung der Gefahr am nächsten waren. Von ihnen ging denn auch die Anregung zu einer neuen Vereinigung aus.[102])

Zuerst aber mußten sie Stellung nehmen zum Vorschlag Wolfgang Wilhelms von Neuburg bezüglich einer engeren Verbindung der fränkischen Stifter mit der einheimischen Ritterschaft, wodurch indes dem Augsburger Sonderverein kein Eintrag geschehen sollte. Der Pfalzgraf gewann bereits

im Juni 1616 Johann Christof von Eichstätt für diese Idee und beide einigten sich dann, auch Johann Gottfried dafür zu interessieren. In aller Stille fand sich deshalb gegen Ende Juli der Eichstätter Vizekanzler Richel zu Bamberg ein und nach dessen eingehenden Darlegungen erklärte sich der Bischof damit wirklich einverstanden, weil so die schwäbischen und rheinischen Ritter, welche ohnedies einem Anschluß an die katholische Defension geneigt und nur durch die unentschiedene Haltung des fränkischen Adels bisher davon abgehalten worden seien, gleichfalls gewonnen und damit die Kräfte der Stifter für den Ernstfall merklich gestärkt würden. Freilich äußerte er auch Bedenken wegen der von der Ritterschaft daran geknüpften Forderungen, die hauptsächlich folgende zwei Punkte betrafen: einmal sollte, solange Schild und Helm eines Geschlechtes noch vorhanden wären, kein Lehen von den Bistümern als verfallen erklärt werden; sodann wurde für alle Untertanen der Reichsritter völlige Religionsfreiheit in Anspruch genommen.[103]) Aber trotzdem setzte sich Johann Gottfried mit einigen ihrer hervorragendsten Glieder, zu denen er gute Beziehungen hatte,[104]) ins Benehmen und ließ dabei einfließen, ob man nicht Mittel und Wege finden könne, wodurch die Stifter mit der Ritterschaft „in einmütigen Verstand zu bringen" seien. Zugleich deutete er seine Geneigtheit an, wie die anderen fränkischen Bischöfe ein „so gemeinnütziges Werk" kräftig zu befördern, wogegen die Befragten bei Abhilfe der schon angedeuten ritterschaftlichen Beschwerden nichts einzuwenden hatten.[105]) Einige Tage später sandte der Bamberger sogar seinen Hofmarschall Pelheim nach Würzburg, um auch den widerstrebenden Julius Echter zu gewinnen, allerdings ohne greifbaren Erfolg.[106]) Als dann die Unierten ebenfalls die Reichsritter auf ihre Seite zu ziehen suchten, kam anfangs September 1616 Johann Christof von Eichstätt persönlich nach Würzburg, um in dieser Angelegenheit mit den beiden anderen Bischöfen aufs neue Rücksprache zu nehmen und gemäß seinen Abmachungen mit Wolfgang Wilhelm allerlei Vorschläge zu tun. Da Julius Echter mit seinem Kapitel noch immer von Zugeständnissen gegenüber dem Reichsadel nichts wissen wollte, sollte Johann Gottfried besonders in seiner Eigenschaft als Würzburger Dompropst zur Nachgiebigkeit raten. Gleich-

zeitig sollten die drei Bischöfe sich auf einen Geldvorrat von ungefähr 400 000 fl. für den Notfall einigen, wozu Bamberg meinte: die zu Augsburg 1614 bewilligten 35 Monate brächten von den fünf Bundesständen des oberländischen Partikularvereins bereits 204 590 fl.; wenn, was für gewiß zu halten sei, dazu noch Augsburg, Regensburg, Kaisheim, St. Emmeram, Ober- und Niedermünster kämen, die zusammen 45 500 fl. erlegen müßten, so beliefe sich der ganze Vorrat auf 250 090 fl. Würden dazu weitere 35 Monate von jedem Stand bereit gehalten, dann brächten diese 70 Monate im ganzen 500 180 fl., also mehr wie Neuburg vorgeschlagen habe. Doch sollten dabei die 1615 an Wolfgang Wilhelm zum „Jülicher Wesen" erlegten 5 Monate in Anschlag gebracht werden, damit man gegenüber den Ständen, die damals noch nicht beim Sonderbund gewesen, in keinem Nachteil sei, sondern vielmehr dessen eine „Ergezlichkeit" habe. Doch weder diese Besprechung der Bischöfe noch eine erneute Sendung des Eichstätter Hofratspräsidenten Konrad von Werdenau nach Bamberg Ende November 1616 hatte einen praktischen Erfolg. Johann Gottfried mußte sich vielmehr nach einer abermaligen im Februar 1617 zu Würzburg stattgefundenen Beratung mit Julius Echter und dem Eichstätter Vizekanzler Richel endgültig von der Unannehmbarkeit der reichsritterlichen Forderungen überzeugen, die allzu tief in die Lehenshoheit der Bistümer eingriffen. Dazu kam, daß die Mehrzahl des Adels protestantisch war, weshalb man sich auch nicht dauernd auf ihn verlassen konnte. Infolgedessen wollte der Bamberger schließlich von einer Verbindung mit ihm überhaupt nichts mehr wissen.[107])

Um so eifriger aber war er nun samt Julius Echter auf die Erneuerung des Augsburger Sondervereins bedacht. Schon Mitte September 1616 legten sie beide im Einverständnis mit Eichstätt und Ellwangen durch ihren Vertrauten Dr. Brand dem Herzog Maximilian diesen Gedanken dringend ans Herz, der auch einwilligte, an einer geheimen Vorbesprechung darüber teilzunehmen.[108]) Einen noch kräftigeren Anstoß erhielt die ganze Angelegenheit bald durch die wachsende Kriegsgefahr. Ernst von Mansfeld, Graf Hans Georg von Solms und Wilhelm von Goldstein[109]) waren aus den Diensten der Union geschieden

und warben jetzt auf eigene Faust Reiter und Fußvolk, angeblich für Savoyen. Aber auch die Unierten selbst, besonders der Markgraf von Ansbach, veranstalteten neue Rüstungen und hatten schon 4000 Reiter marschfertig. Bereits verlautete, daß sie die polnischen „Häretiker" und die Hansastädte ebenfalls für sich zu gewinnen suchten und dem Eichstätter Vizekanzler wurde versichert: wenn man auch von der Mansfelder Werbung nichts zu fürchten habe, so sei doch ein Wetter am Himmel, das vielleicht bald ausbrechen und über kurz oder lang die fränkischen Stifter zum allererſten treffen werde.[110]) Infolgedessen beschleunigten die Bischöfe die ausgemachte Unterredung zwischen Dr. Brand und einem bayerischen Vertreter, wofür das Städtchen Rain am Lech gewählt wurde. Ende Mai 1617 versammelten sich sodann Abgeordnete von Bamberg, Würzburg, Eichstätt und Ellwangen in München, um mit Herzog Maximilian ein neues Bündnis auf 4 Jahre abzuschließen. Die vereinbarte Verfassung deckte sich in der Hauptsache mit der Ausburger Notel von 1614.[111]) Hervorstechende Merkmale der ganzen Zusammenkunft waren die außerordentliche Opferwilligkeit aller Mitglieder, die beschlossen, in 2 Raten 70 Monate aufzubringen, und die Unterordnung der Geistlichen unter den Herzog, dem in der Oberleitung des Bundes nahezu volle Verfügungsfreiheit eingeräumt wurde.

Unterdessen schien bereits das Verhängnis über die fränkischen Bistümer hereinzubrechen. Nicht genug, daß die Werbungen ringsum im fränkischen Kreis fortdauerten und sich das in Bestallung genommene fremde Volk aller Orten in den Stiftern ohne Ersuchung der Obrigkeit zu Haufen von 30—70 Mann einquartierte, begann auch Landgraf Moritz von Hessen-Kassel zu rüsten und drang von den Niederlanden her Oberst Gent mit mehreren tausend Mann Unionsvolk in das Mainzer Gebiet vor, wo er aufs übelste hauste. Als Johann Gottfried Ende Juli 1617 von Würzburg die Nachricht erhielt, die Unierten wollten mit Waffengewalt die Komposition und einen ihnen genehmen römischen König erzwingen, sah er gleich Julius Echter die Heimsuchung von 1610 wiederkehren. Aber mit Entschlossenheit traf er Maßregeln, die drohende Gefahr abzuwehren, zumal auch Herzog Maximilian vor allem zu kräftiger Selbsthilfe riet.[112]) Alsbald befahl er die Mu-

sterung des bewaffneten „Ausschusses" der Untertanen und mahnte die Vasallen zum Lehensdienst auf. Ferner verlangte er bei Markgraf Christian von Bayreuth als dem Obersten des fränkischen Reichskreises Bereithaltung der militärischen Kreishilfe sowie Aufschluß über den Zweck der vorgehenden mannigfachen Rüstungen. Zugleich einigte er sich mit seinen katholischen Nachbarn über gegenseitige Unterstützung für den Notfall und über die Besetzung der wichtigsten Pässe und Flußübergänge. Unter dem goldsteinischen Volk hatte er einen geborenen Franzosen als Agenten, durch den er über alle Bewegungen des Feindes genau unterrichtet wurde, so daß er auch den Herzog von Bayern mit wichtigen Nachrichten versehen konnte.[113]) Doch ging die Gefahr diesmal glücklich an den Bistümern vorbei; die Kriegerscharen wurden teilweise wieder abgedankt, teils nach Savoyen weitergeführt.

Überblicken wir zum Schluß nochmals die bisherige politische Stellung des Bamberger Bischofs, so zeigt er sich uns vom Beginn seiner Regierung ab als ein treuer Anhänger der Liga sowie ihres Hauptvertreters, des Herzogs Maximilian, und auch noch nach ihrer durch Österreichs Eifersucht herbeigeführten Auflösung hält er allzeit an der Bundesidee wie am engsten Zusammengehen mit Bayern beharrlich fest. Nicht zum wenigsten deshalb wurde er dann nach dem am 13. September 1617 erfolgten Tod Julius Echters dank den Bemühungen des bei der Neuwahl anwesenden und von Papst Paul V. hiefür mit besonderen Weisungen versehenen Kölner Nuntius sowie aller an der Erneuerung der Liga interessierten Kreise auch dessen Nachfolger.[114]) So verknüpfte er Bamberg und Würzburg, die mit einander einen außerordentlich ansehnlichen Herrschaftsbereich darstellten, zum ersten Mal durch Personalunion noch enger, als es bisher schon ihre Interessengemeinschaft getan hatte. Überdies erlangte er damit zu seinem tief verschuldeten Stift Bamberg den geradezu sprichwörtlichen Reichtum der Würzburger Lande, welche Julius Echter als trefflicher Haushalter in langen Friedensjahren aus tiefem Verfall zu vorher nie erreichter Blüte und Leistungsfähigkeit emporgehoben hatte.[115]) Hiedurch vereinigte Johann Gottfried eine bedeutsame Macht in seiner Hand, die ihn dann, als unter dem Eindruck der böhmischen Revolution

die Liga in ihrem ursprünglichen Umfang wieder zustande kam, befähigen sollte, noch mehr als bisher eine hervorragende politische Rolle zu spielen.

Anmerkungen zum I. Kapitel.

[1]) Looshorn V S. 280 ff.; BA (= Briefe und Akten) IV S. 394 ff., 399, 401 ff.; BA VI S. 205, 303, 417, 479, 481, 495; ferner: Stumpf, Zeitschrift für Bayern und die angrenzenden Länder, Bd. I, München 1816, S. 22 ff.

[2]) Vgl. die Pfarrvisitationen von 1611 (Looshorn V S. 409).

[3]) Von 1556—1609, also in 53 Jahren, folgten 7 Bischöfe auf einander: Georg IV. Fuchs von Rügheim 1556—1561, Veit II. von Würtzburg 1561—1577, Johann Georg I. Zobel von Giebelstadt 1577—1580, Martin von Eyb 1580—1583, Ernst von Mengersdorf 1583—1591, Neidhart von Thüngen 1591—1598, Johann Philipp von Gebsattel 1599—1609. Vgl. Looshorn V S. 1 ff.

[4]) Zu ihrer Behebung ließ der neue Bischof Johann Gottfried gleich im Anfang seiner Regierung, wahrscheinlich 1610, ein eigenes „Landbuch und Beschreibung der Ämter" (Ba. Select, Amtsbücher Nr. 1188) anfertigen. Hier sind die in den einzelnen Ämtern vorhandenen Mißstände aufgeführt, desgleichen die dort bestehenden milden Stiftungen, die Besoldungen der Beamten usw.; kurz, wir haben es da mit einem für die Kulturgeschichte des Bamberger Landes äußerst wichtigen Dokumente zu tun, dessen Herausgabe sich sehr verlohnen würde.

[5]) Looshorn V S. 299 ff.; Ba. kath. Bd. I fol. 43 ff.; Weber S. 5.; Gropp, Collectio scriptorum et rerum Wirzeburgensium. Francof. et Lips. 1744 Tom. II.

[6]) Der schon 1581 gestorbene Vater war zwar protestantisch, hatte sich aber katholisch trauen und alle Kinder katholisch erziehen lassen. Auf dem Sterbebett verlangte er nach einem katholischen Priester, der ihn indes nicht mehr lebend antraf. Der Tote wurde dann auch katholisch beerdigt. Die 1601 verstorbene Mutter war eine sehr fromme Frau und von Haus aus katholisch. Vgl. Looshorn V B. 369; Weber S. 1.

[7]) Er sprach neben dem Lateinischen auch noch das Französische, Italienische und Spanische. Vgl. Weber S. 28 A.

[8]) Alsbald nach dem Eintreffen der zur Konsekration nötigen päpstlichen Bullen empfing er am 2. Februar 1610 durch den Regensburger Bischof Wolfgang von Hausen die bischöfliche Weihe. Vergl. Weber S. 17.

[9]) Weber S. 127 ff.; Looshorn V S. 470.

[10]) Weber S. 120 ff.

[11]) Vgl. C. Chroust, Abraham von Dohna. München 1896. S. 267 A. 1, 2, 3: „Seine Steifheit muß fast sprichwörtlich gewesen sein". Achaz von Dohna schreibt an seinen Bruder Christof am 24. Dezember 1612: „Bambergs Gravität ist nun in Italien". Während dieser Reise des Bischofs standen Rang- und Präzedenzstreitigkeiten auf der Tagesordnung. Solche gab es, wie aus Paris an Christof von Dohna am 24. Januar 1613 geschrieben wird, schon zu Ferrara und Bologna mit den Kardinalstatthaltern, von denen der Bischof als Vertreter des Kaisers den Vortritt beanspruchte; ebenso vor dem Einzug in Rom, wo ihm die Kardinäle die begehrte Präeminenz nicht zugestanden. Auch der kühle Empfang in Wien nach der Rückkehr war zum Teil auf ähnliche Konflikte des Bischofs mit Klesl, der an Rangstolz und Selbstbewußtsein niemanden nachstand, zurückzuführen; freilich waren daneben auch andere Gründe maßgebend, von denen indes später zu reden sein wird. Jedenfalls klagte Klesl: Der Bamberger wollte es einem Herrn (d. h. Erzherzog) von Österreich gleichtun.

[12]) Weber S. 7.

[13]) Ritter II S. 256, 332.

[14]) Ritter II S. 73.

[15]) BA VII S. 123; Ussermann Episcopatus Bambergensis. St. Blasien 1801, S. 228, 229.

[16]) Vgl. Ritter II S. 223 ff.

[17]) Ba. kath. Bd. I fol. 1 ff. Kopie des Abschieds; ferner Wolf II S. 455 ff.; Stumpf, Beilagen S. 3 ff.; Ritter II S. 255.

[18]) BA VII S. 19 und S. 60; Mc., Entst. n. 14. fol. 68 ff.

[19]) BA VII. S. 60; Ba. kath. Bd. I fol. 17, 19, 20; Wa. G. 4053.

[20]) Ba. kath. Bd. I fol. 20 ff.

[21]) Ba. kath. Bd. I fol. 22 ff.; Ritter II S. 331; Hefele S. 30, BA VII S. 52, 53.

[22]) BA VII S. 62, 63,; Ba. kath. Bd. I fol. 35.

[23]) Ba. kath. Bd. I fol. 35; BA VII S. 80.

[24]) Ba. kath. Bd. I fol. 32.

[25]) BA VII S. 99 A. 2, 125.

[26]) Hefele, S. 32, 33.

[27]) BA VII S. 125.

[28]) Ba. kath. Bd. I fol. 32.

[29]) Bat. kath. Bd. I fol. 35 ff.

[30]) Ba. kath. Bd. I fol. 39.

[31]) Ba. kath. Bd. I fol. 38.

[32]) Ba. kath. Bd. I fol. 41 ff.

[33]) Ba. kath. Bd.I fol. 42.; BA VII S. 327 A. 1

[34]) Ba. kath. Bd. I fol. 51 ff., BA VII S. 341 ff.

[35]) Ba. kath. Bd. I fol. 43 ff.

[36]) Ba. kath. Bd. I fol. 67 ff.; Hefele S. 35. Zuerst hatte Bayern auch für 1611 50 Monate in Aussicht genommen.

[37]) Ba. kath. Bd. I fol. 51 ff.

[38]) Ba. kath. Bd. I fol. 57 ff.

[39]) Dr. Förner mußte infolge Krankheit in Bamberg zurückbleiben. Vergl. Ba. kath. Bd I fol. 55.

[40]) Der Domdechant Neustetter sollte außerdem die zwei bayerischen Gesandten einladen, in Bamberg auf ihrer Rückreise einen Besuch zu machen, wie es auch bereits der eine von ihnen, der Hofratspräsident Gundakar von Tannberg, mündlich zugesagt. Vergl. Ba. kath. Bd. I fol. 58 ff.

[41]) Aretin S. 140, 141.

[42]) Ba. kath. Bd. I fol. 61 ff.

[43]) Ba. kath. Bd. I fol. 67 ff.

[44]) Ba. kath. Bd. I fol. 63, 64. Ueberdies hatte Bamberg wie jeder Stand in dieser Reihe noch 300 Ztr. Handrohrpulver, 600 Ztr. Lunte, 600 Ztr. Blei und 600 Stück Schanzzeug zu liefern.

[45]) Hefele S. 34.

[46]) Ba. kath. Bd. I fol. 61 ff.

[47]) 1615 betrugen laut der Bamberger Hofkammerrechnung die Einkünfte 100552 fl. 7 Pfd. 21 dl. Davon mußte die ganze Hofhaltung bestritten werden: Reisen (eine 40tägige Visitationsreise kostete 1537 fl. 2 Pfd. 15½ dl.), die Besoldung der Räte, Diener und des Hofgesindes (13562 fl. 3 Pfd. 7½ dl.), die der Offiziere (1850 fl.), Auslösung vornehmer Besuche in Gasthäusern (451 fl. 130 Pfd. 27 dl.), Unterhaltung des Jesuitenkollegs (5276 fl. 29½ dl.), Gerichtskosten an das Reichskammergericht zu Speier (967 fl. 5 Pfd. 27 dl.) etc. Das Deputat d. h. die Zivilliste des Fürsten betrug nur 6000 fl. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 93930 fl. 7 Pfd. 10½ dl. (Vgl. Weber S. 13.).

[48]) Vgl. Looshorn V S. 376; Weber S. 14.

[49]) BA VII S. 199 A. 2, 256.

[50]) Ba. kath. Bd. I fol. 65, 66.

[51]) Ba. kath. Bd. 1 fol. 101.

[52]) Ba. kath. Bd. I fol. 71, 73 ff.

[53]) Ba. kath. Bd. I fol. 67 ff.

[54]) Ba. kath. Bd. I fol. 69, 70.

[55]) Ba. kath. Bd. I fol. 55.

[56]) Hefele sagt S. 37, daß Bamberg den Abschied nicht unterschrieben habe; das ist unrichtig: Das Original des Rezesses in Ba. kath. Bd. I fol. 73 ff. trägt die genauen Unterschriften der drei Bamberger Gesandten. Vgl. auch Mc. Entst. n. 37 fol. 67 ff. und n. 26½ fol. 222 ff.; desgleichen Aretin S. 134.

[57]) Nur hielt Johann Schweikhart Bayern gegenüber es für bedenklich, darüber die Zustimmung aller Stände einzuholen, weil dann andere Bundesglieder mit der gleichen Forderung kämen. Bayern bestritt zwar diese Anschauung nicht, doch erachtete es die Befragung der anderen Stände „mehreren glimpfs halber" für nötig, da die Fristen durch Gesamtbeschluß angesetzt seien. Fast alle Oberländer hatten sich bereits mit diesem Gesuch einverstanden erklärt und so stellte es der bayerische Herzog Mainz anheim, die rheinischen Stände zu befra-

gen, was von diesem gemäß seiner vorher geäußerten Meinung dann auch unterlassen wurde.

[58]) Ba. kath. Bd. I fol. 101, 122, 124, 126; BA VIII S. 51, 52 A. 1, 3.

[59]) Ba. kath. Bd. I fol. 113, 115, 117, 119, 120, 142, 143, 144; BA VII, S. 401 A. 1, 3.

[60]) Der Graf hatte bereits auf dem Würzburger Tag dieses Ansuchen dem Bund unterbreiten wollen, war aber infolge anderer kaiserlicher Aufträge erst in Würzburg eingetroffen, als die Gesandten der Bundesstände die Stadt bereits wieder verlassen hatten, zumal auch die bayerischen Räte gerade im Hinblick auf die bevorstehende Ankunft Hohenzollerns den Abschied möglichst beschleunigten. Der vom Jülicher Unwesen am meisten bedrohte Kölner Kurfürst wollte deswegen sogar eine neue allgemeine Ligatagung auf den 1. April berufen haben. Indes Herzog Maximilian lehnte von allem Anfang an und auch jetzt noch jede Verquickung der Jülicher Frage mit der Liga ab, wie er denn schon zum größten Aerger des Mainzers jegliche Erörterung dieser Angelegenheit auf der jüngsten Würzburger Versammlung abgewiesen hatte. Da Johann Schweikhart ungewiß war, ob der geplante neue Generalkonvent zustandekommen oder ob die Adjunkten die Sache auf sich nehmen und die übrigen Stände dem Beschluß derselben beitreten würden, weil in so wichtiger Sache alle Bundesglieder mitzureden hätten, hielt er dafür, daß jeder Stand einzeln um seine Hilfeleistung ersucht würde, was Hohenzollern dann auch tat. Vergl. BA VIII S. 52 A. 2; Ba. kath. Bd. I fol. 146, 152, 160, 162.

[61]) Zuletzt bezahlten die 15 Monate überhaupt nur die drei geistlichen Kurfürsten. Vgl. Ba. kath. Bd. I fol. 180, 196, 198; BA VIII S. 217, 218; BA IX S. 379 A. 1.

[62]) Ba. kath. Bd. I fol. 86, 88, 94, 96, 100, 139, 141, 181, 184, 186; BA VII S. 409 A. 1.

[63]) Vgl. Ritter II S. 171 ff.

[64]) Weber S. 14 ff.

[65]) Unter der gleichen Bedingung gestattete der Bischof auch dem bayerischen Herzog die Werbung in den Stiftslanden, als dieser durch seinen Oberst Alexander von Haslang um dieselbe Zeit zum eigenen Schutz Volk annehmen ließ. Vgl. Ba. kath. Bd. I fol. 104, 106, 109.

[66]) Ba. kath. Bd. I fol. 98, 108.

[67]) Vermengte Orte sind solche, wo die Besitzrechte unter verschiedene Herrschaften verteilt sind, hier zwischen Bamberg und Würzburg.

[68]) Ba. kath. Bd. I fol. 109, 110, 112, 127, 129, 131; BA VII S. 417 A. 3. Zugleich verordnete Johann Gottfried für seine überall offene und unbewehrte Residenz Bamberg, daß die Tore, Ketten und Schranken instand gesetzt und die Vorkehrungen gegen Feuersgefahr aufs beste getroffen würden, um Plünderung und anderes Unheil durch vorüberziehendes Kriegsvolk zu verhüten. Die Bürgerschaft sollte alsbald gemustert, die Wachen auf den Türmen und bei den Toren Tag

und Nacht verstärkt sowie die Losung nach altem Herkommen durch den Oberschultheiß und die 4 Hauptleute der Stadt erteilt werden. Auch sollten sich die Bürger „mit Kraut und Loth" genugsam versehen. Die nämlichen Maßregeln wurden in den „Munteten" getroffen. Degleichen verfügte der Bischof, daß auf den Notfall aus jedem Flecken des Stiftes ein ge wohl bewehrte Leute zur Verstärkung der Bürgerschaft nach Bamberg geschickt würden. (Ba. 30jähr. Kriegakten, Convolut 20 fol. 154 ff.)

[69]) Vgl. Hefele S. 39.

[70]) Ba. kath. Bd. I fol. 196, 198.

[71]) Daß es sich tatsächlich so verhielt, erfahren wir auch aus einer späteren Äußerung des Bischofs an Julius Echter nach dem Einfall der Unierten in die fränkischen Stifter: Wenn er die nötigen Geldmittel an der Hand gehabt oder sie sonstwie hätte erlangen können, würde er es gewiß nicht so weit haben kommen lassen. Vgl. Ba. kath. Bd. I fol. 204.

[72]) Ba. kath. Bd. I fol. 133, 135, 137.

[73]) Ba. 30jähr. Krieg-Akten, Convolut 20 fol. 163.

[74]) Ba. kath. Bd. I fol. 198.

[75]) Ba. 30jähr. Krieg-Akten, Convolut 20 fol. 182.

[76]) Ba. 30jähr. Krieg-Akten, Convolut 20 fol. 163; Hefele S. 41, 42.

[77]) Ba. kath. Bd. I fol. 189, 190, 195.

[78]) Looshorn V S. 377; Wa. Miscell. 2807.

[79]) BA VIII S. 271, 272.

[80]) Ba. Kreistagsakten n. 13; BA VIII S. 271 ff.

[81]) BA VIII S. 271; Ba. kath. Bd. I fol. 195, 201; Wolf II S. 550.

[82]) BA VIII S. 204; Mc. Entst. n. 8. fol 41.

[83]) Ba. kath. Bd. I fol. 204.

[84]) Ba. 30jähr. Krieg-Akten, Convolut 20 fol. 182, 189.

[85]) Ba. kath. Bd. I fol. 200, 202, 204.

[86]) Näheres bei Hefele S. 45 ff.

[87]) BA VIII S. 270, 271.

[88]) Ba. 30jähr. Krieg-Akten, Convolut 20 fol. 167. Der Markgraf von Ansbach hatte den Bamberger Bischof ersucht, bei Rattelsdorf eine Schiffsbrücke schlagen zu lassen, um das Kriegsvolk besser und schneller fortbringen zu können. Am 22. Mai aber meldete der Ansbacher Oberst Fuchs von Bimbach im Auftrag seines Herrn, daß dieser aus wichtigen Gründen einen anderen Weg genommen und die Reiterei schon bei Karlstadt unterhalb Würzburg, das Fußvolk indes bei Ochsenfurt den Main überschritten habe.

[89]) Mc. Entst. n. 26½ fol. 269, 270; Ba. 30jähr. Krieg-Akten, Convolut 20 fol. 191, 194, 228.

[90]) Ritter II S. 338 ff.; Ba. kath. Bd. I fol. 205.

[91]) Wa. Militärsachen 2053, 2054.

[92]) Die Angaben bei Looshorn V S. 378 über diese Werbung stimmen nicht und auch die Darstellung bei Hefele S. 48, als ob der Bamberger die 3 Kornet Reiter, Julius Echter aber das ganze Regiment zu Fuß in Bestallung nahm, ist unrich-

tig. — Das Regiment zu Fuß befehligte der Oberst Burkard Hieronymus von Ruswurm, die 2 Bamberger Kornet die Rittmeister Wolf Heinrich Fuchs von Schweinshaupten und Hans Otto von Schaumberg, das Würzburger Kornet Rittmeister Karl von Gent. Die Führung der einzelnen Fähnlein verteilte sich folgendermaßen: Die 5 Würzburger Kompagnien standen unter Oberst Ruswurm und den Hauptleuten Maximilian von Nebra, Hans Georg von Bennenburg, Hans Mosch und Hans Gräf; die 3 Bamberger unter Oberstleutnant Jakob von der Burk und den Hauptleuten Wolf Werner von Eichelberg und Moriz Großkopf. Die adeligen Offiziere waren meist Amtsleute der beiden Bischöfe, Ruswurm zu Königshofen, Nebra zu Röttingen, Gent zu Karlstadt, Schaumberg zu Fürtenberg, Fuchs zu Lichtenfels, Eichelberg zu Waischenfeld.

[93]) Wa. Miscell. 2807.

[94]) Looshorn V S. 378.

[95]) Für sämtliche Reiter wurde der Musterplatz auf den 4. August nach Augsfeld zwischen Haßfurt und Zeil bestimmt, für das Fußvolk auf den 5. September und zwar für das Bamberger nach Lichtenfels, für das Würzburger nach Königshofen. Vgl. Wa. Militärsachen 2055, 2057; Ba. kath. Bd. I fol. 410; Mc. Tom. I fol. 215 ff.

[96]) BA VIII S. 355, 356.

[97]) BA IX S. 520.

[98]) Vgl. Hefele S. 49.

[99]) Ba. kath. Bd. I fol. 207.

[100]) Ba. kath. Bd. I fol. 207, 213; Mc. Entst. n. 27 fol. 519, 528, 530.

[101]) Ba. kath. Bd. I fol. 211, 215; Mc. Entst. n. 27 fol. 702.

[102]) Ba. kath. Bd. I fol. 216, 234 ff.; Mc. Entst. n. 27 fol. 741.

[103]) Das Protokoll dieser Tagung Ba. kath. Bd. I fol. 234 ff. und BA VIII S. 544 ff.; das Original der Bamberger Instruktion Ba. kath. Bd. I fol. 228 ff.

[104]) Sie sollten auch beim Kaiser um Überlassung des Passauer Volkes anhalten und ihm Mitteilungen vom jetzigen Bundestag machen.

[105]) Dem Bischof Julius Echter waren nämlich unlängst 52 000 fl. durch den Ansbacher Markgrafen auf dem Transport nach München abgefangen worden. Vgl. Hefele S. 44, 52.

[106]) Auch die zu Würzburg für 1610 bewilligten 40 Monate sollten unverzüglich erlegt werden. Die angeregte Zahlung von 40 Monaten für den Kaiser aber wurde abgelehnt. BA IX S. 379 A. 1.

[107]) Hiebei schlug Velheim zum Generalkriegskommissär einen Herrn von Hohenburg vor, vermochte aber damit nicht durchzudringen. Es wurde vielmehr der Oberst von Hövelich dazu ernannt. Ferner brachte der Bamberger den Oberst Hans Otto von Vohenstein als besonders geeignet zum Kriegsrat in Empfehlung.

[108]) Original des Abschiedes Ba. kath. Bd. I fol. 262 ff.; vgl. auch Aretin S. 144 ff.

[109]) Vgl. Hefele S. 54.
[110]) Mc. Entst. n. 28 fol. 349.
[111]) Ritter II S. 346 ff.
[112]) BA VIII S. 573.
[113]) Mc. Entst. n. 28 fol. 316, 319, 582.
[114]) Bamberg und Würzburg zahlten für 1 Regiment zu Fuß von 10 Fähnlein monatlich 33 502 fl., Bayern 28 350 fl.; für die beiden Bischöfe belief sich die Summe insofern etwas niedriger als sie nur 8 Fähnlein bei einander hatten. Ferner zahlten die Stifter für 1 Kornet Reiter von 150 Mann monatlich 2950 fl., Bayern für 1 Kornet von 100 Mann 1554 fl. Weiter hatten die Bischöfe sich verpflichtet, zur Abdankung Reitern und Knechten 1 Monat über den verdienten Sold zu zahlen. Bayern gewährte für diesen Fall über die Löhnung hinaus dem Fußvolk nichts, der Reiterei einen halben Monat. — Im übrigen wurden die bischöflichen Truppen allgemein als ein schönes Volk gerühmt; es waren bei der Musterung 1000 Mann über die nötige Zahl gewesen und so hatte man eine genügende Auswahl treffen können. Vgl. Ba. kath. Bd. I fol. 271, 272, 275.
[115]) Mc. Entst. n. 28 fol. 582.
[116]) Der Würzburger war eben ein alter Mann, er stand bereits im 66. Lebensjahr, Johann Gottfried dagegen erst im 35.
[117]) BA VIII S. 609 A. 3; Ba. kath. Bd. I fol. 277, 279, 281; Ba. 30jähr. Kriegsakten, Convolut 22.
[118]) Ba. kath. Bd. I fol. 291; Mc. Entst. n. 10 fol. 187.
[119]) Ba. kath. Bd. I fol. 292, 293.
[120]) Ba. kath. Bd. I fol. 295.
[121]) BA VIII S. 661; Mc. Entst. n. 21½; Hefele S. 55.
[122]) BA VIII S. 595 A, 664 A.
[123]) Vgl. Burger S. 42 ff.
[124]) Ba. kath. Bd. I fol. 361, 363; Wolf II S. 633 ff.
[125]) Dabei wurde aber nicht gesagt, ob darunter das Reichskammergericht oder der Reichshofrat zu verstehen sei.
[126]) Ba. kath. Bd. I fol. 357 ff.
[127]) Ba. kath. Bd. I fol. 297, 299, 303.
[128]) BA VIII S. 663 A 3.
[129]) Zugleich behandelte er Jocher mit außerordentlicher Liebenswürdigkeit, so daß dieser in einem Schreiben an seinen Herrn die ihm erwiesenen „großen Ehren" nachdrücklich hervorhob. Vgl. Mc. Entst. n. 29 fol. 159, 162, 165; Ba. kath. Bd. I fol. 301.
[130]) Von Würzburg aus reiste Jocher nach Eichstätt weiter, um den dortigen Bischof im Namen der beiden Bundesdirektoren und nicht zum geringsten auch im Auftrag von Bamberg und Würzburg endlich für die Liga zu gewinnen; aber auch dieser Versuch war wie alle früheren erfolglos. Vgl. BA VIII S. 664 A; Mc. Entst. n. 29 fol. 164.
[131]) Freilich ergingen sich die Oberländer darüber in lauten Klagen wegen der großen Unkosten, die ihnen durch einen so langen nutzlosen Aufenthalt in Augsburg erwuchsen; denn eine

Heimreise in der Zwischenzeit verlohnte sich für viele Abgeordnete nicht, am wenigsten für den Bamberger.

[132]) BA VIII S. 711 A.

[133]) Ba. kath. Bd. I fol. 312.

[134]) Dieser war auch Domherr zu Würzburg und ein guter Freund von Johann Gottfried.

[135]) Ba. kath. Bd. I fol. 289.

[136]) Ba. kath. Bd. I fol. 306, 308, 309.

[137]) Mißmutig meldete nun Pelheim seinem Fürsten: „muß jeder Stand auf sein quotam bedacht sein oder die ganze liga kommt zum höchsten spot und bei den kriegsleuten mer dann um 100 000 fl. schadens; es fehlt zwahr allen gesandten schwer, aber da ist kein ander mittel als bargelt zu erdenken; gott weiß, wie man mit den kriegsleuten noch übereinkommt, denn sie sind sehr schwierig, daß das unternehmen so bald ein end hat."

[138]) Im Hinblick auf das mit offener Empörung drohende Passauer Volk berieten sich dann auch die Oberländer, wie stark man sich dieser Gefahr gegenüber noch zur Abwehr gefaßt halten wolle. Von verschiedenen Seiten wurden dazu die Bamberg—Würzburger Truppen vorgeschlagen, da man diesen ohnehin auch bei früherer Abdankung die 3 Monate, auf die ihre Bestallung laufe, völlig bezahlen müsse. Doch wurde der endgültige Schluß darüber auf die Ankunft der übrigen Stände verschoben. Vgl. Ba. kath. Bd. I fol. 312, 314, 316.

[139]) Burger S. 45 ff.

[140]) Und auch aus anderen Gründen; Pelheim schrieb nämlich am 28. November seinem Herrn von Augsburg aus: „warumb ich nach München gezogen, stelle ich, so es gottes wille, meiner mündlichen relation anheimb in bedenkung, daß sich nicht alles schreiben läßt". (Ba. kath. Bd. I fol. 322).

[141]) Ba. kath. Bd. I fol. 320, 322.

[142]) Protok. Ba. kath. Bd. I fol. 338 ff. u. BA VIII S. 710 ff.

[143]) Würzburg dankte lediglich Gott.

[144]) Ba. kath. Bd. I fol. 351 ff.

[145]) Vgl. BA VIII S. 720 A und Hefele S. 58. Eine richtige Addition der Angaben bei Hefele spricht mehr für 80 000 fl., welche auch Pelheim in einem Brief an seinen Herrn vom 1. Dezember 1610 ausdrücklich angibt. (Ba. kath. Bd. I fol. 326. Desgleichen ist auch in BA VIII S. 723 die Restsumme auf 80 000 fl. angegeben.

[146]) In Posten von 2000, 4000, 6000 und 8000 fl.

[147]) Ba. kath. Bd. I fol. 324, 326, 328, 330, 332; BA VIII S. 774 A. 1; Mc. Entst. n. 10 fol. 241.

[148]) BA VIII S. 715, 717; Ba. kath. Bd. I fol. 324, 326.

[149]) Mit dem Hinweis auf all dieses schrieb Pelheim nunmehr seinem Fürsten: „ich glaube also, daß des gelthergebens nicht allein kein ende, sondern erst der rechte anfang gemacht; gott wolle es alles zum besten wenden!"

[150]) Ba. kath. Bd. I fol. 318, 322.

[151]) Um sich mit den Obersten wegen der Abdankung zu verständigen, wurden diese nach Augsburg berufen, wo aus der

Gesamtheit der anwesenden Gesandten gewählte Kommissionen mit ihnen wegen der Bezahlung verhandelten. Auch Pelheim gehörte einem solchen Ausschuß an und zwar dem, der sich mit dem Reiteroberſten Balthasar v. Maradas zu vergleichen hatte.

[152]) BA VIII S. 725; vgl. dagegen Hefele S. 59.

[153]) Ba. kath. Bd. I fol. 334, 336; Originalabschied Ba. kath. Bd. I fol. 365 ff.; Aretin S. 153.

[154]) Ba. kath. Bd. I fol. 330; Wa. Militärsachen 2059, 2061.

[155]) Vgl. Hefele S. 60.

[156]) Besonders wegen der Verquickung dieser Frage mit dem Jülicher Erbstreit, da auf dem Prager Fürstentag am 7. Juli 1610 Kursachsen mit den Jülicher Landen belehnt worden war. (Wolf III S. 19 ff.)

[157]) Burger S. 59 ff.

[158]) Ba. kath. Bd. I fol. 403.

[159]) BA IX S. 154.

[160]) Ba. kath. Bd. I fol. 383 ff.

[161]) BA IX S. 15 A. 3, 63 A. 1.

[162]) BA IX S. 80 A. 1.

[163]) Bamberger Instruktion Ba. kath. Bd. I fol. 404; BA IX S. 244 A. 2.

[164]) Hefele S. 63; BA IX S. 242 ff.

[165]) Bamberg hatte nach einer ungefähren Schätzung von Ende November 1610 für sein unterhaltenes Kriegsvolk 69 650 fl. aufgewendet und 9600 fl. zur Bundeskasse erlegt. Das waren also im ganzen 79 250 fl.; die 42 Monate betrugen 52 080 fl., die 10 Monate 12 400 fl., zusammen also 64 480 fl. Bei der Abgleichung blieben dann 14 770 fl. übrig. — Die 69 650 fl. für die Truppen waren, wie schon erwähnt, nur eine ungefähre Angabe, weil damals die Rechnungen noch nicht völlig zusammengestellt werden konnten. (Ba. kath. Bd. I fol. 318.) In einer ausführlichen Darlegung der Ausgaben für das Kriegsvolk durch die Bamberger Stiftskammer auf die gegenwärtige Tagung wurden die gesamten Ausgaben auf 78 195 fl. 28½ dl. berechnet. Dazu kamen dann die bar erlegten 9600 fl. und ferner verlangte Pelheim die Abrechnung der sich auf 3720 fl. belaufenden 3 Monate, welche sein Herr einstweilen für das auf Kosten des Bundes noch weiter unterhaltene Fähnlein Fußvolk ausgelegt hatte. Daneben standen noch einige kleinere Posten, so daß sich die ganze Summe der von Bamberg für die Liga aufgewandten Geldmittel jetzt auf 94 770 fl. belief. Vgl. dazu Hefele S. 63 A 2 und Ba. kath. Bd. I fol. 381, 408, 410.

[166]) Augsburger Abschied vom 21. März 1611 Ba. kath. Bd. I fol. 455, 457; BA IX S. 269.

[167]) BA IX S. 217.

[168]) Ba. 30jähr. Kriegsakten, Convolut 21 fol. 15, 17, 72 ff. Am 22. März endlich ließ er ein besonderes Mandat verkündigen, daß von jetzt ab jegliche Werbung im Stiftsgebiet verboten sei und kein Untertan bei Leibesstrafe und Verlust seines etwa zu erwartenden Erbteils sich in irgend welche fremde Bestallung einlassen solle. (Ba. Militärsachen 1604–1699).

[169]) Ba. 30jähr. Kriegsakten, Convolut 21 fol. 17.
[170]) Ba. kath. Bd. I fol. 469.
[171]) Kotzau war auch Domherr zu Würzburg und Propst des Kollegiatstiftes St. Jakob in Bamberg.
[172]) Ba. kath. Bd. I fol. 470 ff.
[173]) Hiebei regte Johann Gottfried auch an, Bayern möchte sofort durch eine Gesandtschaft Erkundigung einziehen, wohin die schon früher erwähnte Ansammlung von Kriegsvolk in der Oberpfalz gemeint sei.
[174]) Leider konnte dieses nirgends mehr aufgefunden werden.
[175]) Ba. kath. Bd. I fol. 484.
[176]) Infolge der verspäteten Ankunft der Mainzer Vertreter hatte sich der Beginn der Verhandlungen etwas verzögert. (Protokoll BA IX S. 376 ff.)
[177]) In der sächsischen Politik war eben ein Umschwung der Meinungen vor sich gegangen; man kam dort zur Einsicht, daß bei der ganzen Haltung Bayerns und der übrigen Oberländer von der Liga wenig Unterstützung in der Jülicher Streitsache zu erhoffen sei. Dazu gesellten sich dann die Warnungen des um sein Gutachten befragten Herzogs Julius Heinrich von Braunschweig und der durch die Verschwendung Christians II. hervorgerufene schlimme Stand des gesamten Staatshaushaltes (Ba. kath. Bd. I fol. 453; Wolf III S. 32 ff.; Ritter II S. 368.)
[178]) Ba. kath. Bd. I fol. 474, 481.
[179]) Ba. kath. Bd. I fol. 477, 483.
[180]) Zu deren Prüfung sandte Johann Gottfried auf Bitten seiner Vertreter, weil sich diese in den Rechnungen und den dazu gehörigen Belegen nicht so gut zurecht fanden, eigens seinen Kammermeister zu näherer Erläuterung nach Würzburg (Ba. kath. Bd. I fol. 474, 476).
[181]) Die Feinde sollten künftig nicht mehr bloß mit Worten abgewiesen, sondern in der Tat vertrieben werden. Der Bundesoberst aber sollte im Notfall auch ohne den Beirat der Adjunkten handeln dürfen.
[182]) Abschied vom 30. April Ba. kath. Bd. I fol. 486 ff.
[183]) Hefele S. 66 ff.
[184]) Das Memorial ist ohne Datum und ohne Angabe des Verfassers; aber aus dem ganzen Inhalt und 2 kurzen ebenfalls undatierten, zwischen den Geheimsekretären der Bischöfe von Bamberg und Würzburg, Georg Eder und Dietrich Locher, gewechselten Schreiben ergibt sich Zeit und Urheberschaft ohne jeden Zweifel (Ba. kath. Bd. I fol. 395 ff., 401, 402).
[185]) BA IX S. 543, 560, 582, 749, 760; BA X S. 120 A. 2, 158, 159 A. 1, 178, 185, 186 A. 1, 205 A. 1, 207, 239, 240 A. 1, 249 A. 3.
[186]) BA IX S. 761.
[187]) BA IX S. 749. Der Bamberger wurde über die Verhältnisse am kaiserlichen Hof zu Prag durch Rudolfs II. Räte Barvitius und Hannewald genau unterrichtet (Ba. Acta Nr. 361; BA X S. 139, 140, 141 A. 1).
[188]) Ritter II S. 117, 119.
[189]) Wolf III S. 32 ff.

190) BA IX S. 382, 761 A. 2; vgl. auch L. Keller, die Gegenreformation in Westfalen und am Niederrhein III (Publikationen aus den k. preußischen Staatsarchiven 62. Bd.) S. 276.

191) Ba. kath. Bd. I fol. 401, 402.

192) BA IX S. 761 A. 2.

193) Dieser war erst nach Mühlhausen in Thüringen geplant, wurde dann aber infolge des Todes des sächsischen Kurfürsten Christian II. verschoben u. schließlich nach Nürnberg verlegt.

194) Schon Ende Februar 1611, als der Kaiser nach dem Einfall seines Passauer Volkes in Oberösterreich und Böhmen von König Matthias und den böhmischen Ständen schwer bedroht war, hatte er sich durch seinen Gesandten Tengnagel wie an andere Reichsstände so auch an Bamberg um Hilfe wenden wollen. Aber Tengnagel war bald nach seiner Abreise noch in der Nähe von Prag durch die böhmischen Stände festgenommen worden (BA IX S. 154 A. 1, 165 A. 2, 184 A. 259).

195) Er nahm dort auf den Bamberger Besitzungen als neuer Fürst die Erbhuldigung entgegen.

196) BA IX S. 761, 762.

197) Weber S. 23. Chroust meint in BA IX S. 757 A. 3, die Bitte sei bezeichnend für des Bischofs auch sonst wohl bekannte Eitelkeit, und verweist auf ähnliche Stellen im Gedicht des Abraham von Dohna auf den Reichstag von 1613. Doch diese Anschauung geht zu weit, da der Hinweis auf Dohna wegen dessen überall zu Tage tretender Gehässigkeit nicht recht stichhaltig ist. Der Bamberger war in seinem Privatleben von der größten Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit, von seiner reichsfürstlichen Würde aber hatte er die höchste Vorstellung und so ist es bei ihm, dem eifrigen Katholiken und Jesuitenzögling, nicht zu verwundern, daß er Anstand nahm, einem der schärfsten Gegner der Katholiken, dem er noch dazu in seiner fürstlichen Stellung ebenbürtig war, sich irgendwie unterzuordnen.

198) BA IX S. 763.

199) Johann Gottfried hielt seinen feierlichen Einzug zu Nürnberg in einem mit 6 Schimmeln bespannten Prachtwagen und mit einem Gefolge von 136 Personen (Weber S. 24; BA IX S. 799, 816; BA X S. 7, 9, 16, 35, 55, 57 A. 3).

200) BA X S. 139, 140, 141 A. 1.

201) BA X S. 140, 141; Ritter II S. 357.

202) Wolf III S. 46 ff.

203) Als trotzdem bald darauf Wolf Dietrich den Einfall in das Stift Berchtesgaden unternahm, beklagte sich Herzog Maximilian darüber beim Bamberger aufs bitterste. Aber wie ungern dieser auch den Wortbruch vernahm, so gab er doch der Hoffnung Ausdruck, Gott möge dem Salzburger die Gnade verleihen, daß er sich eines Besseren bedenke und von derartigem unnachbarlichen Beginnen abstehe. Zugleich bot er nochmals „beiden Teilen zum Besten" seine Vermittlung an, was freilich Bayern jetzt entschieden ablehnte und vielmhr zu gewaffneter Gegenwehr schritt (Ba. kath. Bd. I fol. 504, 508).

[204]) BA IX S. 449, 450 A. 1; Ba. kath. Bd. I fol. 494.
[205]) Ba. kath. Bd. I fol. 496, 497, 500, 502; Hefele S. 70; BA IX S. 450 A. 1, 520, 521.
[206]) Die dringendsten Klagen erhoben zu Rothenburg die evangelischen Untertanen der Bamberger Aemter Burgkundstadt Lichtenfels und Weismain in einem eigenen ausführlichen Schreiben. Aber auch sonst war dort eine Menge ähnlicher Beschwerden gegen Johann Gottfried eingelaufen.
[207]) BA IX S. 562, 721, 751, 771; Weber S. 14 ff.
[208]) BA IX S. 815 A. 6.
[209]) BA X S. 81 A. 1.
[210]) BA X S. 171, 172.
[211]) Hefele S. 72, 73.
[212]) Gleich Julius Echter gab auch der Bamberger bei Tafel und überhaupt bei jeder Gelegenheit seine Gewogenheit gegenüber dem ganzen Haus Bayern geflissentlich zu erkennen und beim Abschied begleitete er den Gesandten trotz dessen Bittens davon abzusehen bis an den Wagen, sodaß Forstenhäuser seinem Herrn berichten konnte, daß ihn nie bei einer seiner vielen Gesandtschaften von geistlichen oder weltlichen Fürsten soviel Ehre erzeigt worden wie zu Würzburg (BA X S. 228 ff.).
[213]) BA X S. 264, 265; Ba. kath. Bd. II fol. 1 ff.
[214]) Auch Johann Schweikhart, der die von ihm selbst vorgeschlagene Partikulardefension an der Zurückhaltung der beiden fränkischen Bischöfe hatte scheitern sehen, lehnte aus Mißmut darüber den jetzt von diesen gewünschten Beitritt für seine vieneckischen Besitzungen ab.
[215]) Der protestantische Herzog Heinrich Julius von Braunschweig beherrschte die gesamten Regierungsgeschäfte; auch der Markgraf Joachim Ernst von Ansbach, der ausgesprochene Katholikenfeind, wußte sich das besondere Vertrauen Rudolfs II. zu gewinnen und wurde von ihm nach Prag berufen.
[216]) BA X S. 120 A. 2, 158, 159, 239, 240 A. 1.
[217]) BA X. S. 249 A. 3, Mc. Entst. n. 44 fol. 401; Looshorn V S. 394.
[218]) BA X S. 346 A. 1; Burger S. 71 ff.; Hefele S. 76.
[219]) BA X S. 346, 347 A. 1.
[220]) Schon am 17. Februar 1612 sandte der lebhaft für die Wahl seines Bruders Matthias tätige Erzherzog Maximilian seinen Oberkämmerer Hans Christof von Stadion an die Bischöfe von Bamberg und Würzburg, um ihre guten Dienste zu erbitten. Diese erklärten sich alsbald willfährig und Johann Gottfried fügte noch bei, er wolle sich hierin verhalten, „wie einem ehrlichen Priester gebühre," auch, da es an ihm gelegen oder soviel Kaisertümer als Herren von Österreich vorhanden wären, gemäß seiner zum Haus Habsburg „tragenden affektion" einem jeden mit zu einer solchen Krone verhelfen. Da aber auch Matthias schon bei Jahren war, sollte zur Vermeidung eines zweiten Interregnums die Wahl eines römischen Königs nicht mehr lange aufgeschoben werden. Dafür nahm Bamberg zunächst Erzherzog Maximilian in Aussicht und nach dessen Ablehnung Erzherzog Albrecht. Für den Fall, daß auch

dieser sich weigern würde, zog es die Erzherzoge aus der Grazer Linie: Ferdinand und Leopold in Betracht; doch diese letztere Angelegenheit sollte vorläufig überhaupt keine Erledigung finden (BA X S. 316, 502, 576).

[221]) Der Bamberger brachte damals im Verein mit Kurköln die seit dem Einfall des Passauer Volkes in Oberösterreich und Böhmen bestehende Feindschaft zwischen Matthias und Erzherzog Leopold wieder zu einem versöhnenden Ausgleich und verpflichtete sich so den Kaiser, der denn auch wiederholt in einer für den Bischof sehr ehrenden Weise dessen ausführliches Gutachten wegen der Bedrohung Siebenbürgens durch die Türken und wegen der deshalb äußerst nötigen Berufung des Reichstages erbat.

[222]) Schon am 20. August empfahl ihn der Kaiser dem Kardinal Cäsius als seinen Gesandten (BA X S. 574, 575 A. 1, 582, 583, 584, 621 A. 5). Vgl. Chr. Häutle, Des Bamberger Fürstbischofs Johann Gottfried von Aschhausen Gesandtschaftsreise nach Italien und Rom 1612 und 1613. Tübingen 1881; ferner A. Steinhuber, Geschichte des Kollegium Germanikum Bd. I Freiburg 1895, S. 355.

[223]) Die Possidierenden bauten das 1 Stunde von Köln entfernte Mühlheim zur Stadt aus und begabten es mit wichtigen Handelsrechten. Die dadurch benachteiligte Stadt Köln führte hierüber am Reichshofrat Klage mit dem Erfolg, daß der Bau untersagt wurde. Die Possidierenden aber setzten diesen dennoch fort. Vgl. Ritter II S. 403 ff.; Hefele S. 77.

[224]) BA X S. 657 A. 1; Mc. Entst. n. 44 fol. 551.

[225]) Es war dies die Königinmutter Maria von Medici; ihr Sohn Ludwig XIII. war erst 10 Jahre alt. Vgl. Ritter II S. 337.

[226]) BA X S. 621, 622.

[227]) BA X S. 646 A. 2; Ba. kath. Bd. II fol. 5 ff.

[228]) Am 12. Oktober konnte dann Johann Schweikhart an Kurtrier berichten, daß alle nötigen Schritte bei Bamberg getan seien (BA X S. 679; Mc. Entst. n. 44 fol. 563, 566, 591, 593).

[229]) Schuld daran war, wie Bischof Klesl dem Bamberger selbst schrieb, die Langsamkeit in der Ausfertigung der nötigen Schriftstücke von Seite der kaiserlichen Kanzlei, welche noch den alten Schlendrian, wie er sich unter Rudolf II. eingebürgert hatte, gewohnt war. Zuletzt wurde an Johann Gottfried, der längst alles zum Aufbruch vorbereitet hatte und nur noch auf das Einlangen der nötigen Papiere wartete, sogar die Zumutung gestellt, erst nach Prag zu reisen, ohne daß ihm indes nähere Gründe dafür angegeben wurden, was er aber mit dem Hinweis auf seine bereits getroffenen Dispositionen ablehnte. Klesl gab sich zwar damit zufrieden, erklärte aber hinterher dem Bamberger in seiner polternden Art: es sei ihm leid, daß der Bischof nicht erst nach Prag komme, da der Kaiser mit ihm „viel vertreuliche sachen, die sich nit schreiben lassen," zu besprechen gehabt hätte. Er wisse nicht, wie dies nun zu regeln sei; der Bamberger hätte die Rechnung nicht ohne den Wirt machen

sollen, weil Matthias an dieser Legation „alles gelegen, was künftig die Oratores zu Rom traktieren möchten." Am 14. Oktober schließlich konnte der Bamberger Agent am kaiserlichen Hof, Hartmann Drach, melden: der bischöfliche Kanzleibote habe nach 25tägigem Warten die nötigen Instruktionen und Kreditive in entsprechender Ausfertigung erhalten und damit den Heimweg angetreten. Vgl. Ba. Acta 361 fol. 28, 29, 31, 32, 38, 40, 41, 48, 49, 50, 52, 54, 60, 61, 85.

[230]) Nachdem inzwischen auch, wenn gleich mit den größten Schwierigkeiten, die nötigen Geldmittel aufgebracht worden waren. (Häutle S. 6 ff.; Weber S. 26, 27).

[231]) BA X S. 736, 737 A. 2, 3.

[232]) Zugleich mit diesem Memorandum erhielt Johann Gottfried entsprechende lateinische Kredenzschreiben an den Papst, den Kardinal und Protektor der deutschen Nation Scipio Caffarelli Borghese, den Großherzog von Toskana und die Herzöge von Mantua und Modena. Am 5. November schrieb er dann von München aus an Julius Echter, er wolle heute seine Reise nach Tirol fortsetzen und bemerkte zugleich, Herzog Maximilian habe ihm angedeutet, daß in Kürze ein allgemeiner Bundestag ausgeschrieben werden solle und zwar auf Vorschlag des Mainzers wieder nach Würzburg (Ba. kath. Bd. II fol. 9 ff.; Wa. R 1007 fol. 66 ff.)

[233]) Neben der Erweisung der üblichen Obedienz im Namen des Kaisers sollte er sich auch um die Erlangung einer Beisteuer für den Türkenkrieg bemühen (Chroust, Abraham von Dohna S. 264 A. 2).

[234]) BA X S. 750 A. 4, BA XI S. 210, 227, 235 ff., 302, 318 A. 1, 355 A. 2.

[235]) BA X S. 756 A. 2, 776, 802 A. 3.

[236]) Auf dem Zug durch die bayerischen Lande war dem Bamberger von Herzog Maximilian dessen Oberst und Hofmarschall Alexander von Haslang, durch Tirol von Erzherzog Maximilian dessen Oberstallmeister Hans von Stauffenberg als Ehrenkavalier beigegeben. Wie schon in Bayern und den österreichischen Erblanden fand Johann Gottfried auch bei der großen Zahl der italienischen Fürsten als kaiserlicher Gesandter die ehrenvollste und gastfreieste Aufnahme.

[237]) Häutle S. 6 ff.; Looshorn V S. 399.

[238]) Weber S. 27; Mc. Entst. n. 44 fol. 626; Ba. kath. Bd. II fol. 11.

[239]) Für Klesls Absichten wirkte am spanischen Hof noch Ende Februar und Anfang März 1613 der eben in besonderer Sendung dort weilende kaiserliche Kämmerer Alexander von Ridolfi. Vgl. BA X S. 569; BA XI S. 232, 233 A. 1; Ritter II S. 376 ff.

[240]) BA XI S. 20 A. 1.

[241]) BA XI S. 20, 21 A. 1. Der alte Herzog Wilhelm von Bayern meinte zu dieser Lage der Dinge: wenn des Bischofs Klesl Praktiken tatsächlich so seien, wie der Bamberger durch Haslang melde, werde es in Rom noch große Mühe bedürfen,

da sich der Papst allem Anschein nach gar zu sehr von den Kardinälen leiten lasse.

[242]) Auch die erwähnten Mainzer Abgeordneten erachteten es für dringend nötig, im Namen beider Bundesobersten den Bamberger nochmals aufzufordern, er möchte sich durch keine Schwierigkeit abschrecken lassen, sondern vielmehr dem Papst die „ungleichen" Informationen über die Liga benehmen und eine ausgiebige Unterstützung erwirken (BA X S. 825; BA XI S. 21 A. 2, 22; Ba. kath. Bd. II fol. 28, 30, 32, 33, 37, 40, 43).

[243]) Ba. kath. Bd. II fol. 13, 23, 26.

[244]) BA X S. 825; BA XI S. 36.

[245]) BA XI S. 305.

[246]) BA X S. 56, 136, 294, 686.

[247]) BA VIII S. 528.

[248]) Dieser spielte auch später noch in den Beziehungen Kaiser Ferdinands II. zur Kurie eine Rolle. Vgl. Römische Quartalschrift für christliche Altertumskunde und für Kirchengeschichte, 13. Bd. Rom 1899: Jos. Schnitzer, Zur Politik des hl. Stuhles in der 1. Hälfte des 30jährigen Krieges, S. 154 A. 1.

[249]) Dagegen zeigten sich die älteren Kardinäle dem Bund entschieden geneigt.

[250]) BA XI S. 52.

[251]) BA XI S. 50 ff.

[252]) Voll Besorgnis darüber erklärte er schon am 11. Februar seinem Bruder Ferdinand, dem Kurfürsten von Köln, unter Hinweis auf den unerfreulichen Bericht des Bambergers, daß bei so geringer Gewogenheit des Papstes und des Kardinals Borghese wenig Hoffnung auf eine Unterstützung der Liga vorhanden sei.

[253]) BA XI S. 52 A. 1; Ba. kath. Bd. II fol. 47 ff.

[254]) Dieser hatte sich in fortwährenden Mahnungen besonders bei dem langsamen und bedenklichen Mainzer kundgetan (BA X S. 56, 136, 294, 686).

[255]) BA XI S. 52 A. 1; Ba. kath. Bd. II fol. 49 ff.

[256]) BA X S. 674 ff., 733, 821, 827 ff.; BA XI S. 26 ff., 34, 41, 42, 74 ff., 80, 92, 93 A. 2.

[257]) Wie der Bamberger und der Mainzer glaubte auch Herzog Maximilian zunächst an einen Umschwung der Gesinnungen am Wiener Hof; schon am 18. Februar schrieb er an Johann Schweikhart: da Klesl sich jetzt der Liga „etwas näher gemacht" und ihre Notwendigkeit selbst erkennt, auch der Kaiser der gleichen Meinung sein soll, werden hoffentlich die Bundessachen beim Papst ebenfalls besser vorwärts gehen und die Werbung des Bischofs von Bamberg nicht fruchtlos bleiben (BA X S. 835 A. 1, BA XI S. 53, 54 A. 3).

[258]) Es war Kardinal Karl von Madruzzo, Bischof von Trient.

[259]) BA XI S. 177, 178 A. 3.

[260]) A. Chroust, Abraham von Dohna S. 267 A. 2 und Häutle S. 21 ff.; beide nehmen nur Rangstreitigkeiten als Ursache des kühlen Empfangs an.

[261]) Der Kaiser dagegen sah sich in seiner Hoffnung auf eine Beisteuer zum Türkenkrieg getäuscht und mußte sich mit schönen Redensarten begnügen (A. Chroust, Abraham von Dohna S. 264 A. 2).

[262]) Der Kölner Nuntius versicherte gleichfalls in denselben Tagen den Mainzer wiederholt der Unterstützung des katholischen Bundes durch den hl. Stuhl und verlieh dabei dem Wunsch der Kurie Ausdruck: Die Katholiken möchten sich nur selbst unter einander besser vergleichen, damit alles „desto fruchtbarer abgehe" (BA XI S. 169, 170 A. 2).

[263]) Er überreichte dem Bischof ein kostbares über 1500 Taler gewertetes Trinkgeschirr aus einem großen Jaspis, gab daneben Zusicherungen wegen Bewilligung einer Zollerhöhung beim nächsten Reichstag und belehnte ihn feierlich mit den Regalien seines Stiftes (Chroust, Abraham von Dohna S. 266 A. 3, 4).

[264]) Weber S. 28 ff.; Häutle S. 23 ff.

[265]) BA XI S. 170 A. 1.

[266]) Julius Echter hatte aus Furcht vor dem Markgrafen von Ansbach dringend ersucht, von der in Aussicht genommenen Tagung zu Würzburg abzusehen.

[267]) Ritter II S. 378 ff.

[268]) Hefele S. 78.

[269]) Ba. kath. Bd. II fol. 32, 33, 40; Mc. Entst. n. 50 fol. 164.

[270]) Das Protokoll der Tagung aller katholischen Stände BA XI S. 125 ff.; vgl. auch Wolf III S. 354 ff.

[271]) Hefele S. 80; Ba. kath. Bd. II fol. 52 ff.; Wolf III S. 355.

[272]) Protokoll der engeren Ligatagung BA XI S. 201 ff.

[273]) Ba. kath. Bd. II fol. 60 ff.; Wolf III S. 363 ff.; Hefele S. 81 ff.; Aretin S. 157 ff.

[274]) Mc. Entst. n. 51 fol. 47.

[275]) BA XI S. 270.

[276]) Mc. Entst. n. 51 fol. 118.

[277]) BA XI S. 305, 306.

[278]) Hefele S. 84.

[279]) Mc. Entst. n. 51 fol. 129 ff.

[280]) Burger S. 91 ff. Trotzdem vermochte Johann Schweikhart mit dem Erzherzog Albrecht nicht handelseins zu werden.

Anmerkungen zum II. Kapitel.

[1]) Ritter II S. 377 ff.
[2]) BA XI S. 518 A. 3.
[3]) BA XI S. 518 ff.
[4]) Dieser Reichsabschied bestimmte: auf dem nächstens zu erneuernden Deputationstag soll vor allen Dingen das Kammergericht außerordentlich visitiert, die Dubia Cameralia erledigt, die besten Mittel, um den Vergewaltigungen der Stände unter einander vorzubauen, erwogen, das „Unterhaltungswesen" des Kammergerichtes besser geordnet und die Revisionen der Kammergerichtsurteile erledigt werden (F. D. Häberlin, Neueste teutsche Reichsgeschichte XXI, Halle 1790 S. 312).
[5]) Hefele S. 86 ff.; Ritter II S. 384 ff.
[6]) BA XI S. 843, 848, 849, 861, 879 ff.; Burger S, 83 ff.
[7]) Looshorn V. S. 405.
[8]) Doch mit Ausnahme von Koburg.
[9]) BA XI S. 876, 946, 950.
[10]) BA XI S. 484 ff.
[11]) Schon am 22. September hatte Dr. Jocher diese Kunde seinem Herzog nach München gemeldet (BA XI S. 811 A. 2, 989).
[12]) BA XI S. 811 A. 2, 989.
[13]) Bereits in der weiter oben erwähnten Instruktion an seine Reichstagsgesandten hieß es: dem Kaiser ist als höchstem Haupt billig eine Reichshilfe zu bewilligen. Als dann Johann Gottfried auch diesmal infolge der Spaltung des Reichstages die schon auf dem Kurfürstentag von 1611 und auf dem Frankfurter Wahltag von 1612 vergebens nachgesuchte Zollerhöhung nicht erhalten konnte, obwohl er sie im Hinblick auf die großen Kosten der italienischen Reise mehr als je angestrebt hatte, brachte er allerdings die neubewilligten 30 Monate, die sich für sein Stift auf 37200 fl. beliefen, bei den für die Sendung nach Rom gemachten Aufwendungen in Abzug. Das Reichskammergericht erließ zwar wie an andere säumige Stände auch an Bamberg eine Zahlungsaufforderung und drohte mit dem Prozeß, doch der Bischof wußte sich zu rechtfertigen und man ließ es aus Billigkeitsgründen dabei bewenden (Ba. kath. Bd. II fol. 165; ferner Chroust, Abraham von Dohna S. 268, 344, 345; BA X. S. 38, BA XI S. 852 A. 1).
[14]) Ba XI S. 870.
[15]) Protokoll: BA XI S. 881 ff.; Ba. kath. Bd. II fol. 66 ff.; Hefele S. 88 ff.
[16]) Der Grund für diese Anlehnung Salzburgs an Österreich war, daß Bayern sich auch mit dem neuen Erzbischof überworfen hatte und so der alte nachbarliche Gegensatz der beiden Lande fortdauerte (Wolf III S. 146 ff.)
[17]) Vgl. außer dem Protokoll noch BA XI S. 881.

[18]) Auch diese waren von Österreich abhängig (Wolf III S. 317 ff.)

[19]) Wolf III S. 469 ff.; Ba. kath. Bd. II fol. 86 ff.; Hefele S. 91; Stumpf, Beilage III S. 40 ff.; BA XI S. 987.

[20]) BA XI S. 899.

[21]) Bereits am 17. Oktober hatte Johann Gottfried seine Räte wegen dringender Stiftsangelegenheiten von der Ligatagung nach Hause senden müssen. Mit der Vertretung seines Bistums bei den weiteren Beratungen und der Ausfertigung des Abschieds hatte er dann den sein besonderes Vertrauen genießenden Würzburger Rat Dr. Brand beauftragt. Am gleichen Tag hatte auch der Bischof selbst Regensburg endgültig verlassen, einmal, weil die Reichstagsverhandlungen in der Hauptsache abgeschlossen waren, dann auch, weil die eben allenthalben wütende Pest auch in Regensburg stets größere Fortschritte machte und schon ein „Meßpriester" im Gefolge des Fürsten ihr erlegen war (Ba. kath. Bd. II fol. 85; Chroust Abraham von Dohna S. 268, 344, 345; BA X S. 38, BA XI S. 852 A. 1).

[22]) Ritter II S. 397 ff.

[23]) Mc. Entst. n. 67 fol. 25 ff.

[24]) Im Hinblick darauf, daß, „obwohl der stende wenig, doch selbige vermüglich, bei einander nahe gesessen, euferig und also beschaffen, daß sie mit und neben Bayrn zur bloßen Defension stark genug sein würden" (BA XI S. 993).

[25]) Wolf III S. 561 ff.; BA XI S. 994 A. 1; Ba. kath. Bd. II fol. 104 ff.; Mc. Entst. n. 67 fol. 14 ff.; Mc. Entst. n. 62.

[26]) Ba. kath. Bd. II fol. 144, 145, 148.

[27]) Ba. kath. Bd. II fol. 149 ff., 161 ff.

[28]) Protokoll Mc. Entst. n. 61; Wolf III S. 585 ff.; Hefele S. 93 ff.

[29]) Ba. kath. Bd. II fol. 149 ff.

[30]) Außerdem sollte Herzog Maximilian als Administrator des Fürstentums Leuchtenberg dem Stift zur Bezahlung der vom verstorbenen Landgrafen Georg Ludwig schuldig gebliebenen Summe von 11150 fl. verhelfen (Ba. kath. Bd. II fol. 164).

[31]) Mainz und die beiden anderen geistlichen Kurfürsten wünschten dann noch genauere Auskunft, mit deren Erteilung gleich den übrigen Oberländern auch Johann Gottfried im Interesse der allgemeinen Defension einverstanden war (Ba. kath. Bd. II fol. 202, 204, 206, 209, 211, 284 ff.; Mc. Entst. n. 67 fol. 150, 152, 165).

[32]) Ba. kath. Bd. II fol. 167 ff.

[33]) Original des Abschieds Ba. kath. Bd. II fol. 169 ff.

[34]) Mc. Entst. n. 67 fol. 217 ff.

[35]) Mc. Entst. n. 67 fol. 233 ff. Zu Beginn des Jahres 1615 wurde dann die Mahnung aus Anlaß der Versammlung der schwäbischen Ligastände zu Waldsee erneuert und auch an die Strafbestimmungen erinnert. Bischof Heinrich von Augsburg, welcher an der Zusammenkunft teilnahm, erhielt Voll-

machten, mit den säumigen Ständen entweder auf Fristen oder auf Nachlaß eines Drittels oder der Hälfte zu verhandeln. Johann Gottfried selbst mahnte den Augsburger noch in einem dringenden Schreiben, allen Fleiß dabei anzuwenden. Aber auch dieser und spätere Versuche scheiterten (Ba. kath. Bd. III fol. 5, 7, 9, 11, 12, 13, 14, 227).

[36]) Der Erzbischof von Salzburg verlangte bestimmte Privilegien, die ihm von allen Oberländern verweigert wurden. Doch noch am 15. Juni gab der Bamberger Bayern gegenüber der Hoffnung Ausdruck, Salzburg werde sich noch eines Besseren erklären, als es sich jetzt vernehmen lasse (Mc. Entst. n. 10 fol. 290).

[37]) Mc. Entst. n. 67 fol. 553 ff.

[38]) Mc. Entst. n. 10 fol. 292.

[39]) Ba. kath. Bd. II fol. 237, 264 ff.

[40]) Auf dem Eichstätter Gebiet sollten die Orte Pleinfeld, Spalt und Abenberg mit je 300 Mann für den Ernstfall besetzt werden (Mc. Entst. n. 10 fol. 236).

[41]) Das heutige Doos bei Nürnberg.

[42]) Ba. kath. Bd. II fol. 253, ff., 263; Mc. Entst. n. 10 fol. 236.

[43]) Ba. kath. Bd. II fol. 251.

[44]) Ba. kath. Bd. II fol. 241.

[45]) Hefele S. 97.

[46]) Der von lebhaftem Eifer für die Abschaffung der unerfreulichen Mißstände seines Bistums beseelte Bischof war trotz der auch ihm aufgenötigten Wahlkapitulation bald mit dem Domkapitel, das hartnäckig an seinen angemaßten Rechten festhielt, in Konflikt geraten. Er wies dessen weitgehende Forderungen zurück und ließ sich sogar 1618 durch Papst Paul V. von dem auf die Wahlkapitulation geleisteten unkanonischen Eid lossprechen. Erst sein früher Tod brachte das Domkapitel wieder in den Besitz der beanspruchten Rechte. Vgl. Georg Weigel, die Wahlkapitulationen der Bamberger Bischöfe 1328—1693 (Würzburger Dissertation), Aschaffenburg 1909.

[47]) Looshorn V S. 439.

[48]) Ba. kath. Bd. II fol. 218, 222, 226, 230, 231, 235. 238, 291, 294, 341.

[49]) Der dem Bamberger eng befreundete Bischof Johann Christof von Eichstätt hatte die Trauung in München vorgenommen (Wolf III S. 546 ff.).

[50]) Mc. Entst. n. 67 fol. 325.

[51]) Ritter II S. 407 ff.

[52]) Mc. Entst. n. 67 fol. 335.

[53]) Dieser trat dann 1621 in bayerische Dienste, zunächst als Hofratsvizekanzler; später wurde er geheimer Ratskanzler. Er gab seine bisherige Stellung auf, weil seine Frau am 19. Dezember 1620 in Eichstätt als Hexe hingerichtet worden war (Riezler, Geschichte Bayerns V S. 17).

[54]) In diesem Flecken, der mit hoher und niederer Gerichtsbarkeit Eichstätt zuständig war, hatten die Nürnberger unter dem Vorwand des Patronatsrechtes den vom Eichstätter Bischof

eingesetzten Pfarrer mit Gewalt abgeführt und einen evangelischen Prädikanten eingesetzt. Dagegen protestierte nun Eichstätt, trotzdem auch der Markgraf von Ansbach für Nürnberg Partei ergriff.

[55]) Ba. kath. Bd. II fol. 178, 181, 188; Ba. 30jähr. Kriegsakten, Convolut 27 fol. 9.

[56]) Mc. Entst. n. 67 fol. 353.

[57]) Ba. kath. Bd. II fol. 185 ff.

[58]) Ba. kath. Bd. II fol. 188 ff.

[59]) Protokollnotizen Mc. Entst. n. 67 fol. 410 ff.; Wolf III S. 618 ff.

[60]) Ritter II S. 407 ff.

[61]) Ba. kath. Bd. II fol. 191 ff.

[62]) Dieser stand, wie schon erwähnt, eigentlich in Bamberger Bestallung, aber Johann Gottfried hatte ihn zur Übernahme neuburgischer Dienste beurlaubt, da er selbst ihn vorläufig nicht benötigte.

[63]) Hefele S. 100.

[64]) Mc. Entst. n. 65 fol. 26 ff.

[65]) Schon hatte Herzog Maximilian bei ihm angefragt, ob er die 5 Monate nach Düsseldorf oder München erlegen wolle; der Bundeskasse könne man sie nicht entnehmen, da er auch die bereits früher zum Vorrat bewilligte Summe noch nicht bezahlt habe. Johann Gottfried versprach dann, seine Angebühr auf Michaelis nach München zu entrichten; bis dahin bat er um Nachsicht wegen „anderwärts vorgefallener" notwendiger schwerer Ausgaben seines Stiftes. Bayern ließ es bei diesem Zeitpunkt, regte aber an, das Geld gleich nach Köln oder Düsseldorf zu schicken. Darauf erwiderte Ende September der Bischof, er habe an beiden Orten keinerlei Verrichtung; deshalb möge der Herzog die Summe nach München nehmen und von dort ihrer Bestimmung zuführen. Ende Oktober mahnte Bayern neuerdings bei Johann Gottfried, dessen Antwort lautete, er habe keine Handelsleute in Nürnberg auftreiben können, weil in München und Augsburg die in Franken gangbaren Münzsorten der Drei- und Sechsbätzner überhaupt nicht und die groben Reichssorten in so geringem Preis angenommen würden, daß die Kaufleute nicht ohne merklichen Verlust die Bezahlung in Nürnberg annehmen und an den genannten Orten wieder leisten könnten. Daher sollte der Herzog andeuten, bei welcher Gelegenheit der Betrag nach Nürnberg oder Frankfurt an jetzt in Franken gangbaren Münzsorten erlegt werden könnten. Aber die Bezahlung verzögerte sich noch weiter, sodaß Mitte März 1615 Wolfgang Wilhelm selber deswegen beim Bamberger mahnte. Dieser entschuldigte sich: sie wäre längst geschehen, wenn er nur gewußt hätte, wohin; er bat dann um entsprechende Anweisungen sowie um Geheimhaltung der ganzen Angelegenheit, damit ja bei den Gegnern kein Anstoß erregt würde. Der Pfalzgraf sandte darauf seinen durch Eid zur strengsten Verschwiegenheit verpflichteten „Kammerkanzleiverwandten" Johann Faber nach Bamberg, der am 6. April endlich die fällige Summe ausbezahlt erhielt (Ba. kath.

Bd. II fol. 200, 207, 281, 283, 366, 368; Mc. Entst. n. 67 fol. 443 ff.; Ba. kath. Bd. III fol. 75, 76, 78).

[66]) Ritter II S. 410; August Müller, der Jülich-Clevesche Erbfolgestreit im Jahre 1614 (Münchener Dissertation), Berlin, 1900, S. 92 ff.

[67]) Ba. kath. Bd. II fol. 268, 271.

[68]) Ba. kath. Bd. II fol. 288, 290, 319, 321, 322.

[69]) Ba. kath. Bd. II fol. 340.

[70]) Ba. kath. Bd. III fol. 39, 42, 53, 55.

[71]) Ba. kath. Bd. III fol. 73, 74, 122 ff., 177.

[72]) Ritter II S. 427 ff.; Wolf III S. 601 ff.

[73]) Ba. kath. Bd. III fol. 36, 38.

[74]) Mc. Entst. n. 67 fol. 539.

[75]) Ba. kath. Bd. II fol. 344, 352, 353.

[76]) Mc. Entst. n. 67 fol. 539; Ba. kath. Bd. II fol. 369, 371, 372, 377, 379, 386; Ba. kath. Bd. III fol. 1.

[77]) Ba. kath. Bd. III fol. 1, 3, 16, 17, 20, 22.

[78]) Ba. kath. Bd. III fol. 23, 26, 28, 30, 31, 33, 35.

[79]) Wolf IV S. 1 ff.; Ba. kath. Bd. III fol. 110, 112, 114, 115, 116, 118, 120.

[80]) Ba. kath. Bd. III fol. 174, 176, 179, 181, 185, 186, 187.

[81]) Veranlaßt durch ein eigenes Zuschreiben des Erzherzogs und der Adjunkten des österreichischen Direktoriums, nämlich des Bischofs Jakob von Konstanz, der Äbte Heinrich von Kempten, Thomas von Salmansweiler und Georg von Weingarten sowie der Stadt Überlingen.

[82]) Ba. kath. Bd. III fol. 189, 191, 193, 195, 217, 220, 223, 225.

[83]) Mc. Entst. n. 72; Riezler V S. 113; Wolf IV S. 28 ff.; Ba. kath. Bd. III fol. 229, 231.

[84]) Ba. kath. Bd. III fol. 232, 234, 235, 237, 238, 242, 244, 246, 250.

[85]) Ba. kath. Bd. III fol. 256, 260.

[86]) Selbst der nur schriftlich eingeladene Bischof von Regensburg zeigte sich damit einverstanden; seine Beteiligung kam aber infolge der Kürze der Zeit nicht mehr zustande. Vgl. Ba. kath. Bd. III fol. 275, 277, 279, 282, 284, 288, 319, 320, 322.

[87]) Ba. kath. Bd. III fol. 248, 250, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 286, 288, 291, 296, 297, 298, 318, 322.

[88]) Die übrigen Vertreter waren für Würzburg Domdechant Konrad Friedrich von Thüngen und Rat Dr. Johann Brand, für Eichstätt Domherr Michael von Landenberg und Vizekanzler Bartholme Richel, für Augsburg Domdechant Christof von Aue und Kanzler Matthäus Wanner, für Ellwangen Kanzler Dr. Karl Kibler (Ba. kath. Bd. III fol. 316).

[89]) Bamberger Eventualnebeninstruktion Ba. kath. Bd. III fol. 324.

[90]) Ba. kath. Bd. III fol. 300, 316, 326, 346, 348, 350, 354, 356; Mc. Entst. n. 72.

[91]) In diesem Berichte hieß es, daß Bayern von einem allgemeinen Tag die Beilegung der Zwistigkeiten hoffe. Mit Beziehung darauf verwahrte sich später Maximilian in einer

Erklärung an Bamberg und Würzburg dagegen, als ob er noch in der Eigenschaft eines Bundesobersten den Generalkonvent beschicken wolle und als ob er selbst ihn den Oberländern vorgeschlagen hätte. Er bat deshalb beide Bischöfe „das Werk" so anzustellen, damit nicht „ungleicher Verstand" ihm Ungelegenheiten verursachen und gute Entschließungen verhindern möchte (Ba. kath. Bd. III fol. 367, 369, 380, 382, 384, 386, 387, 388, 389, 391, 393, 394, 396).

[92]) Ba. kath. Bd. III fol. 396.

[93]) Ba. kath. Bd. III fol. 358, 360, 361, 363, 365.

[94]) Johann Schweikhart antwortete: es sei zu fürchten, daß nicht nur die einberufene allgemeine Tagung, sondern auch die ganze katholische Defension sich völlig zerschlüge und so die letzten Dinge ärger als die ersten würden (Ba. kath. Bd. III fol. 430, 440).

[95]) Looshorn V S. 451.

[96]) Ritter II S. 429; Wolf IV 2. Kap.

[97]) Adalbert Wahl, Kompositions- und Sukzessions-Verhandlungen unter Kaiser Matthias während der Jahre 1613—1615 (Bonner Dissertation), Bonn 1895, S. 37 A. 1 und Wilhelm Meier, Kompositions- und Sukzessions-Verhandlungen unter Kaiser Matthias während der Jahre 1615—1618 (Bonner Dissertation), Bonn 1895, S. 3.

[98]) Ba. kath. Bd. III fol. 79, 81, 83, 91, 94, 96, 97, 99, 101, 121, 124, 126, 144.

[99]) Ba. Kreistagsakten n. 22; Hefele S. 107.

[100]) Wolf III S. 620 ff.

[101]) Ba. kath. Bd. II fol. 355, 356, 365; Ba. kath. Bd. III fol. 162, 164, 170, 173; Mc. Entst. n. 67 fol. 537.

[102]) Hefele S. 108.

[103]) Ba. kath. Bd. III fol. 418, 424, Looshorn V S. 393, 443, 455.

[104]) Nämlich Veit Ulrich Marschalk, Georg Bastel Stieber, Joachim Stieber, welch letzterer überdies Bamberger Amtmann war, und Hans Friedrich Schenk von Simau.

[105]) Ba. kath. Bd. III fol. 436.

[106]) Ba. kath. Bd. III fol. 416, 432, 442.

[107]) Ba. kath. Bd. III fol. 442, 453, 454, 459, 461; Ba. Kreistagsakten n. 22 fol. 19.

[108]) Mc. Entst. n. 72; Wolf IV S. 90 ff.

[109]) Ma. k. schw. 399/13 fol. 154.

[110]) Ba. kath. Bd. III fol. 434 ff., 442 ff.

[111]) Wolf IV S. 90 ff.; Hefele S. 110; Riezler V S. 114.

[112]) Hefele S. 111.

[113]) Ma. k. schw. 399/13 fol. 154, 168, 175, 176, 184; Ba. Kreistagsakten n. 22; Ba. 30jähr. Kriegsakten, Convolut 28.

[114]) Weber S. 41 ff.

[115]) Buchinger, Julius Echter von Mespelbrunn, Würzburg 1843, S. 320 ff.; Ritter I S. 630.

Register.

(Hinter A. stehende Zahlen beziehen sich auf die Anmerkungen und zwar auf die des ersten Kapitels, wenn ihnen ein I, auf die des zweiten, wenn ein II vorangeht.)

Aachen 94.
Abenberg A. II 40.
Aufenstein von, kurpfälz. Untermarschall 105.
Albrecht. Erzherzog 61 76 75 81 f. 92 103 A. I 220 280.
Alexander VI., s. Päpste.
Anhalt: Christian I., Fürst 29 69.
Ansbach: 23 45 48 56, Joachim Ernst, Markgraf 22 24 f. 27 ff. 34 ff. 37 39 48 f. 52 f. 60 62 94 119 A. I 88 105 215 266 II 54.
Aschaffenburg 9 41 109.
Aschhausen: Gottfried von, Amtmann in Würzburg 6 A. I 6 — Konrad 6 — Philipp Heinrich 6.
Aue Christoph von, Domscholaster in Augsburg 43 ff. A. I 134 II 88.
Augsburg 11 32 f. 41 50 f. 55 f. 93 ff. 106 108 ff. 116 A. I 140 II 65 — Heinrich von Knöringen, Bischof 8 11 43 110 A. I 131 II 35.
Augsfeld A. I 95.

Baden = Durlach: Friedrich, Markgraf 23 f. 26.
Bamberg Hochstift: Finanzen 4 ff. 13 ff. A. I 47 165 — Kärnten 59 ff. — Militär 29 ff. 37 ff. 52 98 ff. A. I 114 165, 168 — Personen: Bischöfe: Johann Philipp von Gebsattel 4 f. 8; Johann Gottfried von Aschhausen, s. d. — Orte s. u. Burgkundstadt, Ebersberg, Ebrach, Fürth, Knetzgau, Lichtenfels, Oberwallenstadt, Rattelsdorf, Schmachtenberg, Schney, Weismain, Zeil — Personen: s. unter Bauer, Berlinen: s. unter Bauer Berlichingen, Burk, Drach, Eder, Eichelberg, Ertlin, Förner, Fuchs Wolf Heinrich, Geutenstein, Großkopf, Kotzau, Lindt, Neustetter, Pelheim, Peßler, Ruswurm, Schaumburg, Schütz — Stadt: 12 f. 23 27 29 33 99 — Verteidigungsanstalten A. I 68 — Topographisches: Aegidienspital 7; Ehehaltenhaus 7; Geierswörth 8; St. Jakob A. I 171.
Barvitus Johann, kais. Rat A. I 187.

Bauer, Bambergischer Hauptmann 98 100 A. II 62.
Bauer Jakob von Eiseneck, Neuburgischer Hauptmann 105.
Bayern 4 9 14 f. 17 21 f. 24 f. 34 39 46 49 f. 55 101 — Wilhelm V. Herzog 9 10 f. 12 f. 15 31 52 69 86 91 114 A. I 241 — Maximilian I. Herzog 7 8 11 f. 16 18 20 26 30 ff. 36 ff. 39 ff. 41 f. 45 ff. 49 ff. 59 62 64 ff. 68 ff. 74 ff. 81 ff. 87 ff. 97 ff. 107 ff. A. I 57 60 173 203 212 232 236 252 257 II 30 65 91.
Bayreuth: Christian, Markgraf 25 28 130.
Bechtal 102 A. II 104.
Bellarmin Robert, Kardinal 7 70.
Bennenburg Hans Georg von Hauptmann A. I 92.
Berchtesgaden 43.
Berlichingen Georg Philipp von, bambergischer Rat 28.
Bingen 103 106.
Böhmen 52.
Bologna A. I 11.
Borghese Scipio Caffarelli, Kardinal 70 73 78 A. I 232 252.
Brand Dr. 112 f. 118 A. II 21 88.
Brandenburg 22 101 — Johann Sigismund, Kurfürst 94 103 ff.
Braunschweig: Heinrich Julius, Herzog 57 A. I 117 215.
Brömser Hans Reinhard, kurmainzischer Rat 71.
Burgau 41.
Burgkundstadt Amt A.I 206.
Burk Jakob von der, Oberstleutnant A. I 92.

Cäsius, Kardinal A. I 222.
Camerarius Ludwig 69.
Castro, Graf Francesco ee, span. Botschafter in Rom 70 72.
Christian I. von Anhalt, s. unter Anhalt.
Christian II. Kurfürst, s. unter Sachsen.
Christian Markgraf, s. unter Bayreuth.
Collalto Rambald v., kaiserl. Hofkriegsrat 89.

Deutschorden 61 107.
Dillingen 41 110.
Dinkelsbühl 107 111 f.
Dohna Abraham von A. I 197 — Achaz von A. I 11 — Christoph von A. I 11.
Donau 38 ff.
Donauwörth 98.
Donnersberg Joachim von, bayerischer Oberstkanzler 15 43 49 72 94.
Doos 98.
Drach Hartmann, Bamberger Agent am kaiserlichen Hof A. I 229.

Eversberg, Amt 24.
Ebrach 29.
Echter Julius s. unter Würzburg.
Eder Georg, bamberger Geheimsekretär A. I 184.
Effern Wilhelm Ferdinand v., kurmainzischer Rat 71.
Eichelberg Wolf Werner von, Hauptmann 98 A. I 92.
Eichstätt 11 64 86 90 f. 94 98 100 104 106 f. 110 f. 116 A. I 130 — Bischöfe: Johann Konrad von Gemmingen 17 21 A. I 130 — Johann Christoph von Westerstetten 108 117 A. II 49.
Ellwangen 23 93 f. 100 106 108 110 f.; Johann Christof, Propst 8 23.
England 22 79.
Ernst, Erzbischof, s. u. Köln.
Ernst der Fromme, s. Sachsen-Gotha.
Ertlin Johannes, Weihbischof in Bamberg 6.

Ferdinand, Erzherzog s. unter Steiermark.
Ferdinand, Koadjutor, s. Köln.
Ferrara A. I 11.
Florenz 91.
Forchheim 98 100 106.
Förner Dr. Generalvikar in Bamberg 14 f. A. I 39.
Forstenhäuser Dr. Otto, bair. Hofrat 63 A. I 212.
Fränkischer Kreis 25 27 30 107.
Frankfurt 49 f. 67 79 115 A. II 65.
Frankreich 22 36 37 78 91.
Friedrich Markgraf, s. Baden.
Friedrich IV., Pfalzgraf s. Kurpfalz
Fuchs Hans Philipp von Bimbach, Ansbacher Oberst 23 A. I 88.
Fuchs Wolf Heinrich von Schweinshaupten, Rittmeister 98 100 A. I 92.
Fürth 29 98.
Fugger 46.
Fulda 6 10 16 23.
Furtenbach Zacharias, Generalvikar 111.

Geizkofler, Zacharias, Reichs-Pfennigmeister 23 59 69.
Gent von, Karl, Rittmeister 119 A. I 92.
Gerolzhofen 29.
Götz Johann. bair Rat 109.
Gregor XIII., s. Päpste.
Geutenstein Dr. Leonhard 14.
Goldstein Wilh. v. 118.
Gräf Hans, Hauptmann A. I 92.
Graz 59.
Großkopf Moritz, Hauptmann 98 A. I 92.
Günterode, Heinrich von, Kriegsoberst 57.

Hahn Gg., bamb. Kanzler 85.
Hall (Schwäbisch) 22.
Hannewald Andreas, kais. Rat, 60 A. I 187.
Haslang, bair. Oberst 70 A. I 236 241.
Heidelberg 105.
Heilbronn 106.
Heinrich, Bischof, s. Augsburg.
Heinrich IV. s. Frankreich.
Heinrich Julius, Herzog, s. Braunschweig.
Heinrich, Abt, s. Kempten.
Herdingshausen von 23.
Herliberg Hannibal von 35 97.
Hessen-Darmstadt 88.
Hessen-Kassel 25; Moritz Landgraf von 57 ff. 106 119.
Hildesheim 90 f.
Hövelich Johann, von, Oberst A. I 107.
Hohenburg von A. I 107.
Hohenzollern Eitel Friedrich, Graf 68 — Johann Georg, Reichshofratspräsident 21 25 A. I 60.
Hyazinth von Casale, Kapuziner 89.

Jakob, Bischof, s. Konstanz.
Ingolstadt 102.
Joachim Ernst, Markgraf, s. Ansbach.
Jocher Dr. Wilhelm 41 89 A. I 119 130, II 11.
Johann Christoph, Propst, s. Ellwangen.
Johann Georg, Kurfürst, s. Sachsen.
Johann Gottfried von Aschhausen, Bischof von Bamberg 1 ff. passim. — Wahl 5 f. — Jugend 6 — Charakter 6 f. A. I 197 — Eintritt in die Liga 8 ff — Ligapolitik cf. Liga — Kaiserlicher Kommissär auf dem Kurfürstentag zu Nürnberg 65 ff. — Gesandter des Kaisers Mathias an die Kurie 67 ff. — Tätigkeit beim Reichstag 1613 88 ff.
Johann Konrad von Gemmingen s. Eichstätt.

Johann Schweikhart, Erzbischof, s. Mainz.
Jülich (Erbfrage) 11 f. 21 22 ff. 25 28 f. 33 37 52 55 58 101 103.

Kaisheim 118.
Karlstadt a. M. A. I 88.
Kassel 23.
Kempten: Heinrich, Abt 8 A. II 81
Kibler Dr. Karl A. II 88.
Kinzigtal 38.
Kitzingen 24 f. 47 94.
Klesl Melchior, Bischof von Wien 70 73 75 ff. 79 86 ff. 114 f. A. I 11 229 239 257.
Knetzgau 24.
Koburg 29 A. II 8.
Köln 10 17 33 f. 52 f. 58 65 67 71 87 90 f. 94 A. I 221 223 — Ernst, Erzbischof 10 43 A. I 60 — Ferdinand, Koadjutor 10 A. I 252.
Königshofen A. I 95.
Kolbinger Abraham, kurpfälz.
Kolburger Abraham, kurpfälz. Kriegskommissär 105.
Komburg 5 6 18.
Konstanz 44; Jakob Fugger, Bischof 8 11 20 A. II 81.
Kotzau, Hektor von, Domscholaster in Bamberg 53 55 f. 79 ff. 85 103 ff. A. I 171.
Kronach 106.
Kurfürstentag 1610: 60.
Kurpfalz 25 f. 62 66 105 f. — Friedrich IV. 37.

Landenberg Michael von A. II 88.
Lauda a. d. Tauber 6.
Leopold, Erzherzog, s. Passau.
Letzingen 105.
Leuchtenberg: Georg Ludwig, Landgraf von A. II 310.
Leucker Dr. Esaias 33 44.
Lichtenfels (Amt) 24 A. I 206 — Stadt A. I 95.
Liga: Gründung 8 f. — Würzburger Tagung Februar 1609: 13 ff. — Vorgeschichte des Adjunktentages vom Mai 1609: 22 f. 28 f. 31 ff. — Generalkonvent in München August 1610: 32 ff. — Augsburger Bundestag November 1610: 42 ff. — Augsburger Tagung März 1611: 50 ff. — Tagung in Würzburg April 1611: 53 ff. — Pläne und Vorschläge zu Sondervereinigungen 61 ff. — Frankfurter Verhandlungen März 1611: 79 ff. — Spaltung 81 ff. — Defensionstag 1613: 90 ff. — Augsburger Tagung 1614: 95 ff.
Lindt, bamb. Hauptmann 98. scher Geheimsekretär 98.
Locher Dietrich, würzburgischer Geheimsekretär A. I 184.
Lorenzo da Brindisi, Kapuziner 7.
Lothringen 36, 61 91 — Karl von, Kardinal 6 92.
Lucca 91.
Lüttich 90 f.
Luzern 70.

Madrid 7 70 72.
Magdalena von Bayern 101.
Madruzzo Karl von, s. Trient.
Main 23 106.
Mainz 5 6 8 f. 11 13 17 f. 21 26 30 34 41 49 f. 61 86 97 105 A. II 30 — Johann Schweikhart, Erzbischof 9 10 ff. 20 31 33 50 f. 54 59 61 64 f. 67 f. 70 75 78 81 85 87 89 105 106 ff. 110 ff. A. I 57 60 214 228 254 257 280 374.
Mannheim 105.
Mansfeld Ernst von 118.
Marradas Balthasar von, Reiteroberst A. I 151.
Maria, Königin von Frankreich 68.
Marx Sittich von Hohenems, s. Salzburg.

Marschalk Veit Ulrich A. II 104.
Matthias, König von Ungarn 22 47 57 A. I 194 220 221 — Kaiser 7 67 72 f. 78 f. 86 ff. 92 97 103 114 f. A. I 229 257 261 263.
Maximilian, Erzherzog und Deutschmeister 17 21 59 90 f. 97 106 ff. 114 A. I 220 236 II 81.
Mersberg von, Oberst 39 47 f.
Metternich, Adam Wolf von Gracht genannt 62.
Metternich Lothar von, s. Trier.
Modena 91.
Moritz, Landgraf, s. Hessen-Kassel.
Mosch Hans, Hauptmann A. I 92.
Mühlhausen i. Thür. A. I 193.
Mühlheim a. Rh. A. I 223.
München 5 8 11 13 21 26 28 31 ff. 41 44 68 f. 71 111 A. I 105 140.
Münster 58 90 f.

Nassau: Johann Graf v. 29.
Nebra Maximilian von, Hauptmann A. I 92.
Neustetter Christoph, genannt Stürmer, Domdechant in Bamberg 5 14 79 85 A. I 40.
Niederlande 22 101.
Nürnberg 23 25 52 60 67 71 102 104 106 A. I 193 199 II 65.

Oberösterreich 52.
Oberpfalz 29 52 A. I 173.
Oberwallenstadt 24.
Ochsenfurt A. I 88.
Oesterreich 21 31 46 48 87 92 f. 107 f.
Oettingen 106.
Oranien Moritz von 103.

Päpste 18 31 40 111 — Gregor XIII. 6 — Paul V. 59 68 ff. 72 ff. 89 97 114 120 A. II 46.
Passau 22 f. 25 f. 28 33 44 104 116 — Leopold, Erzherzog, Bischof 8 22 27 43 55 59 A. I 220 221.
Pelheim Johann Onufrius, Hofmarschall in Bamberg 14 f. 31 ff. 42 ff. 50 ff. 53 ff 79 ff. 85 95 ff. 103 ff. 111 117 A. I 107 137 140 142 145 151 165.
Peßler Dr. Johann, bambergischer Rat 28 85.
Pfalz-Neuburg 22 — Wolfgang Wilhelm 94 101 ff. 116 ff. A. II 65.
Plank Dr. Stefan 35 45.
Pleinfeld A. II 40.
Polen 72 91.
Pont-à-Mousson 6.
Prag 35 59 65 A. I 215 229.
Preysing Joh. Christoph, bair. Rat 109.

Rain 119.
Ramée Lorenz von, Oberst 23.
Rattelsdorf A. I 88.
Regensburg 25 ff. 104 113 116 118 A. II 21 86 — Wolfgang von Hausen, Bischof 8 A. I 8.
Reichsadel 116 ff.
Reichstag 1613: 85 ff.
Rhein 23 24 ff 29 32 38 52 94 104 ff.
Richel Bartholme, Eichstätt. Vizekanzler 102 108 110 117 f. A. II 53 58.
Ridolfi Alexander von A. I 239.
Ridolfi Ludwig von 73 77.
Rom 5 70 ff. 111 A. I 11.
Rothenburg 58 62 83 A. I 206.
Rudolf II., Kaiser 7 13 21 22 26 ff. 34 39 47 57 59 f. 65 f. A. I 104 106 187 194 215 229.
Ruischenbergh Johann von 37.
Ruswurm Burkhard Hieronymus von, Oberst A. I 92.

Sachsen, Kurfürstentum 49 ff. 53 ff. 60 66 f. 88 A. I 177 — Kurfürsten: Christian II. 51 55 A. I 177 190 — Johann Georg 60.
Salmansweiler A. II 81.
Salzburg 11 31 87 90 f. 97 104 A. I 296 306 II 16 86 — Erzbischöfe: Wolf Diedrich von Raittenau 60 f. 63 A. I 203 — Marx Sittrich von Hohenems 68.
Sand bei Zeil 24.
Savoyen 91.
Schaumburg Hans Otto von, Rittmeister 26 97 A. I 92.
Schmachtenberg (Amt) 24.
Schney 24.
Schöntal a. d. Jaxt 6.
Schütz Hieronymus, bambergischer Kammermeister 51.
Schwaben 38.
Schweinfurt 52.
Selbitz Veit von 23 28 f.
Simau Hans Friedr. Schenk von A. II 104.
Solms Hans Gg. von 118.
Spalt A. II 40.
Spanien 31 50 68 89 91 101 103.
Speier 26 33 41 86.
Spinola Ambrosius 75 f.
Stadion Hans Christof von A. I 220.
Stauffenberg Hans von A. I 236 — Sebastian Schenk von 111.
Steiermark: Ferdinand, Erzherzog 7 59 97 A. I 220 — Kaiser A. I 248.
Stiebar Gg. Bastel A. II 104 — Joachim A. II 104.
Straßburg 22 26 29 33 f. 37.
Stravius Dr. Heinrich 68.

Tannberg Gundakar von, bair. Hofratspräsident A. I 40.
Tengnagel Franz A. I 194.
Thüngen Konrad Friedrich von A. II 88.
Tivoli 59.
Trautmannsdorf Adam, Frhr. von, Oberst 23.
Trient: Karl von Madruzzo, Bischof A. I 258.
Trier 16 17 34 61 — Metternich Lothar von, Kurfürst 68 87 109.

Ueberlingen 108 A. II 81.
Ulm 39 f. 106.
Union 22 25 29 32 f. 36 f. 40 f. 47 52 57 59 62 66 f. 70 75 106 f. 114 f.

Venedig 91.
Vohenstein Hans Otto von, Oberst A. I 107.

Waldaschaff 10.
Waldsee A. II 35.
Weingarten A. II 81.
Weismain (Amt) A. I 206.
Wensin Lorenz von, bair. Jägermeister 8 9 11 30 f.
Werdenau Konrad von, Eichstätter Hofratspräsident 110 118.
Wien 77 f.
Wolfgang von Hausen s. Regensburg.
Worms 33 41 62.
Würtemberg 26.
Würzburg 4 f. 6 10 13 ff. 17 18 20 f. 23 34 ff. 40 46 51 61 63 f. 67 81 86 f. 91 105 f. 109 f. A. I 130 171 — Echter Julius von Mespelbrunn 7 8 10 13 ff. 15 f. 17 23 f. 25 ff. 29 ff. 34 ff. 37 ff. 41 ff. 45 ff. 49 54 58 63 ff. 67 ff. 94 100 f. 103 f. 105 ff. A. I 71 92 105 116 143 212 232 266 II 91.

Zeil 24.
Zobel von Giebelstadt, Brigitta 6 A. I 6.
Zuñiga Balthasar Graf, span. Gesandter in Prag 18, 70 f. 75 f. 97.

Lebenslauf.

Am 27. Juli 1888 wurde ich, Johann Setterl, zu Hof in Bayern geboren als der Sohn des kgl. Briefträgers Adam Setterl und dessen Ehefrau Marie, geborene Benkert. Meine Konfession ist die katholische. Nach vierjährigem Besuch der Volksschule in Bamberg kam ich an das dortige Neue Gymnasium, das ich 1907 absolvierte. Darauf studierte ich an den Universitäten München und Würzburg zuerst Neuphilologie und hernach Realien. Im Oktober 1911 legte ich dann mit gutem Erfolg die Lehramtsprüfung aus den realistischen Fächern ab. Während meiner Universitätsstudien hörte ich in München die Herren Professoren Dr. Breymann, Dr. Buchner, Dr. Döberl, Dr. v. Drygalski, Dr. Friedrich, Dr. Göttler, Dr. Grauert, Dr. v. Heigel, Dr. Knöpfler, Dr. Kutscher, Dr. von d. Leyen, Dr. Lipps, Dr. Munker, Dr. Paul, Dr. Pöhlmann, Dr. Rehm, Dr. v. Riezler, Dr. Rothpletz, Dr. Schick, Dr. Simonsfeld, Dr. Wilhelm, in Würzburg die Herren Professoren Dr. Brenner, Dr. Chroust, Dr. Henner, Dr. Kärst, Dr. Regel, Dr. Rötteken. Nach dem Examen war ich als Erzieher bei Erlaucht Herrn Grafen Anton von Waldburg-Zeil in Ratzenried (Württemberger Allgäu) tätig. Zur Zeit stehe ich im Heeresdienste an der westlichen Front.

Das Thema der Dissertation stellte Herr Professor Dr. Chroust, dem ich für die Förderung der Arbeit auch an dieser Stelle meinen Dank ausspreche. Den gleichen Dank schulde ich den kgl. Archivbeamten in München, Bamberg und Würzburg sowie Herrn Professor Dr. Dürrwächter.

Die mündliche Prüfung fand am 27. Februar 1914 statt.